

tute bianche & disobbedienti:
körperlich kommuniziert

leben im kapitalismus:
reell subsumiert

us-immobilienkrise:
anatomisch anlysiert

wortfluchten:
nicht standardisiert

2x venezuela:
ganz schön regiert

sozialstaat:
theoretisch re-präsentiert

außerdem:
viele veranstaltungen & buchbesprechungen

frühling 2008 / preis 4,80 euro

25

Inhaltsverzeichnis

Erscheinungsdatum dieser Ausgabe: 10.03.08, Redaktionsschluss # 26: 15.05.08

Die **Redaktionstreffen** der grundrisse finden jeden 2. und 4. Montag im Monat im „Amerlinghaus“ in der „Teestube“, 1070 Wien, um 19 Uhr statt. Interessierte LeserInnen sind herzlich eingeladen.
Weitere Infos unter: **www.grundrisse.net** und unter **redaktion@grundrisse.net**
Ein Jahresabo kostet für 4 Nummern Euro 18,-, **das 2-Jahres-Abo nur 33,- Euro**!
Bestellungen entweder an **grundrisse@gmx.net** oder an K. Reitter, Antonigasse 100/8, A-1180 Wien
Bankverbindung: Österreich: BAWAG Konto Nr. 03010 324 172 (K. Reitter), Bankleitzahl 14000.
International: BIC = BAWAATWW, IBAN = AT641400003010324172, Empfänger = K. Reitter,

Impressum: Medieninhaberin: Partei grundrisse Antonigasse 100/8, 1180 Wien
Herausgeberin: Redaktion grundrisse (Wolfgang Bacher, Dieter A. Behr, Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Robert Foltin, Daniel Fuchs, Käthe Knittler, Birgit Mennel, Minimol, Franz Naetar, Paul Pop, Karl Reitter, Andrea Salzmann, Lisl Steger, Klaus Zoister)
MitarbeiterInnen dieser Nummer: Markus Griesser, Anna Leder, Engelbert Stockhammer, Jana Sommeregger, Tom Waibel, Stephanie Weiss
Graphikkonzept: Harald Mahrer, Layout: Karl Reitter, Umschlag: Andrea Salzmann
Erscheinungsort: Wien. Herstellerin: Digidruck, 1030 Wien
Offenlegung: Die Partei grundrisse ist zu 100% Eigentümerin der Zeitschrift grundrisse.
Grundlegende Richtung: Förderung gesellschaftskritischer Diskussionen und Debatten.

ISSN: 1814-3156
Key title: Grundrisse (Wien, Print)

Editorial

Liebe LeserInnen, die 25. Ausgabe der **grundrisse** liegt vor euch, und auch diesmal erwartet euch eine spannende Mischung linker Theorie und Debatte. Im Frühjahr 2008 sind die **grundrisse** an einer Menge Veranstaltungen beteiligt, kurz vorgestellt werden diese im zweiten Teil dieses Editorials.

Im Jänner wurde im que(e)r Beisl das *Buch sexuell arbeiten. eine queere perspektive auf arbeit und prekäres leben* vorgestellt. Für Teile der Redaktion bietet dieses Buch neben dem von Pauline Boudry, Brigitta Kuster und Renate Lorenz herausgegebenen *Reproduktionskonten fälschen! Heterosexualität, Arbeit und Zuhause* nicht nur einen wichtigen Diskussionsansatz, sondern auch ein Instrumentarium, Geschlechterordnung, koloniale und rassistische Settings sowie Kapitalismus zu analysieren. Neben einer Buchbesprechung findet ihr zu diesen Themen ein der Zeitschrift beigelegtes Plakat mit den zehn Thesen zu „sexuell Arbeiten". Ein Interview mit Brigitta Kuster und Renate Lorenz wurde nicht rechtzeitig fertig, darum wird es in der nächsten Nummer erscheinen. Seid gespannt!

Einem Teil der aktuellen **grundrisse** liegt auch die aktuelle Ausgabe von turbulence.ideas for movement bei. Der „Ins Licht hinein" betitelte Text ist eine unseres Erachtens nach äußerst brauchbare Zusammenfassung der Entwicklung (radikaler) sozialer Bewegungen und linker Thematiken der letzten Zeit (u.B.: Heiligendamm, Klimawandel, Banlieu-Unruhen) und stellt daher eine wichtige Diskussionsgrundlage dar. Eine Veranstaltung mit dem turbulence-Kollektiv ist derzeit in Planung …

Doch nun zu den Beiträgen der vorliegenden Ausgabe: Stephanie Weiss´ Text über Kommunikations- und Kampfformen der radikalen Linken in Italien lässt nicht nur einen wichtigen, wenngleich auch zum Teil bereits abgeschlossenen Aspekt sozialer Kämpfe zu Beginn des 21. Jahrhunderts Revue passieren, ihre auf Interviews vor Ort basierende Recherche lenkt den Blick auf die Veränderung hinsichtlich der Rolle von Körperlichkeit im politischen Handeln. „Reelle Subsumtion des Lebens unter das Kapital" von Robert Foltin ist ebenfalls nahe an dieser Thematik. Sein Text verweist auf die Tendenzen des zeitgenössischen Kapitalismus, über die klassische Variante der (teilweise unbezahlten) Aneignung von Arbeit hinaus alle Bereiche des Lebens in den Prozess der Kapitalakkumulation hineinzuziehen.

Die US-Immobilienkrise vor einigen Monaten zeigte erneut die Instabilität der kapitalistischen Ordnung auf. Engelbert Stockhammer analysiert Entstehung, Entwicklung und Auswirkungen dieser Krise und weist auch auf die gar nicht so neoliberalen, sondern vielmehr „pragmatisch keynesianischen" Antworten der herrschenden Wirtschaftspolitik hin.

Die Wortfluchten Tom Waibels knüpfen an die längst überfällige Publikation der deutschsprachigen Übersetzung von Gayatri Chakravorty Spivak´s bedeutenden Text „Can the Subaltern speak" an. Die Schwierigkeiten der Übersetzbarkeit des „Nicht-Sprechens" der Subalternen, aber auch jene der Unterscheidung der Herstellung von Subalternität von anderen Subjektivierungsweisen wie ArbeiterInnenklasse oder Multitude werden behandelt.

Bernhard Dorfers Text „Mit Verfassungsreferenden zur Befreiung" mag als Bindeglied des Textes von Waibels zum folgenden von Anna Leder gelesen werden. Er zielt aber auf weit grundsätzlichere Fragen der Reichweite der politischen Form in emanzipatorischen Prozessen als das gescheiterte Chavistische Verfassungsreferendum, an dem der Artikel über die „Ökonomie der Barrios" von Anna Leder anknüpft. In den Barrios, den Wohnviertel der städtischen Armen, wurde die Niederlage mit-besiegelt. Denn Emanzipation kann nur durch kollektives Handeln von unten verwirklicht werden, nicht durch verordneten „Sozialismus" von oben bei gleichzeitiger Vereinzelung der Menschen. Anna Leder ist im Übrigen Aktivistin des Komitees „Solidarität mit den Clasistas!", das wir euch auf Seite 34 vorstellen möchten. Einer soeben beendeten Solidaritätsreise des Komitees nach Venezuela verdanken wir auch die Bildstreifen dieser Nummer.

Markus Griesser zeigt in „Farewell to the welfare state?" vier mögliche Theoretisierungen des Sozialstaates auf. Von den Debatten der frühen marxistischen ArbeiterInnenbewegung über die 1970er Debatte über die „Sozialstaatsillusion" bis hin zu neo-sozialdemokratischen Ansätzen aber auch der „Dialektik" von staatskritischen sozialen Bewegungen und sozialstaatlichen Reformen wird der Bogen gespannt – nicht zuletzt für eine Wiederaufnahme einer oft unter allgemein staatstheoretischen Diskussionen begrabenen Debatte. Ausführliche Buchbesprechungen zu „Sexuell Arbeiten" von Kuster/Lorenz, „Revolutionierung des Alltags von Heide Hammer und Peter Birkes „Wilde Streiks im Wirtschaftswunder" runden die Ausgabe ab. Wohl bekomm´s!

Eure
grundrisse-Redaktion

Veranstaltungsreigen!

Dieses Mal können wir euch eine ganze Reihe von Veranstaltungen empfehlen, bitte beachtet auch die Ankündigungen auf unserer Webseite www.grundrisse.net. Dort findet ihr unter „Termine“ laufend aktualisierte Hinweise auf Veranstaltungen, an denen wir selbst beteiligt sind, aber auch auf solche, die wir einfach für gut finden! Hier nun aber die aktuell fixierten Termine in chronologischer Reihenfolge

Unruhen in China

17. März, 20 Uhr, Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien Zu diesem Thema gibt es drei Referate zu den aktuellen Umwälzungen, die teilweise auf genauen Untersuchungen vor Ort basieren. Das chinesische Schriftzeichen auf dem abgebildeten Plakat bedeutet überdies Unruhe. Diese Veranstaltung wird organisiert von „Welt in Bewegung“, der Zeitschrift „Perspektiven“ und der grundrisse-Redaktion.

Auf den Spuren der Clasistas - Bericht einer Politreise nach Venezuela

19. März, 20 Uhr, que[e]r, Wipplingerstrasse 23, 1010 Wien Ebenfalls auf Erfahrungen im Lande selbst beruht die Veranstaltung zur Situation in Venezuela. Es wird über den Kampf der Clasistas, einer linke Gewerkschaftsströmung, berichtet. Ihre konsequente Ausrichtung auf eine radikale Gesellschaftsveränderung bringt sie zunehmend in Konfrontationskurs mit der Regierung Chávez. Diese Veranstaltung soll ihr politische Selbstverständnis, die derzeitige Situation sowie politische Perspektiven in Venezuela zur Diskussion stellen.

Alternativenkongress

3. April bis 6. April, Forum Stadtpark, Graz Ausgehend vom Buchprojekt „ABC der Alternativen“ findet in Graz ein großer dreitägiger Kongress satt. Infos gibt es auf der Werbeseite http://www.alternativen-kongress.org/. Als VeranstalterInnen fungieren eine ganze Reihe von Gruppen, Initiativen und Organisationen. Im Ankündigungstext heißt es: „Vor allem zielt der Kongress auch darauf ab, die in Graz aktiven Initiativen in ihrer Vielfalt zusammenzubringen, um gemeinsam mit einer spannenden Auswahl internationaler WissenschaftlerInnen und AktivistInnen und einem interessierten Publikum gesellschaftspolitisch brennend wichtige Themen sowie Interventions- und Transformationsmöglichkeiten kritisch-solidarisch zu diskutieren.“ Die grundrisse sind mit dabei!

Tagung zu „1968“

24. April bis 25. April, Museum für Volkskunde, Laudongasse 15 – 19, 1080 Wien In dieser zweitätigen Tagung, die aller Wahrscheinlichkeit am 24. um 14 Uhr beginnt, soll das Phänomen der 68er Revolte aus vielen Perspektiven untersucht und analysiert werden. Die Planung ist bis dato noch nicht ganz abgeschlossen. Aller Voraussicht nach werden unter anderem referieren: Alex Demirovic, Martina Kaller-Dietrich, Boris Kanzleiter, Jens Kastner, Helmut Kramer, David Mayer, Karl Reitter, Birgit Sauer, Christina Schultz, Dieter Segert, Heinz Steinert

Vortrag von Heide Gerstenberger: Entgrenzung und Privatisierung. Veränderungen von Staatsgewalt im Zeitalter der Globalisierung

8. Mai, 20 Uhr, Depot, Breite Gasse 3, 1070 Wien Heide Gerstenberger ist die Autorin der epochalen Studie zur Entwicklung der Staatsmacht: „Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt.“ Das Buch ist in zweiter Auflage beim Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen. Heide Gestenberger wird in ihrem Referat an den Thesen ihres Buches anknüpfen und auf aktuelle Entwicklungen kapitalistischer Staatsmacht eingehen. Ein Auszug aus dem Ankündigungstext: „Seit der Herausbildung von fürstlichen Territorialherrschaften wird die höchste Regulierungskompetenz in einem bestimmten Territorium als zentrales Charakteristikum von „Staat“ gesehen. An dieser Einheit von Staatsgewalt und Staatsgebiet hat sich nichts verändert, als Fürstensouveränität zur öffentlichen Gewalt revolutioniert wurde. In der Folge wurden Regulierungskompetenzen des Staates zunehmend erweitert. Mit der Globalisierung des Kapitalismus veränderten sich nicht nur die Bedingungen nationalstaatlicher Politik, es kommt auch zu einer Teilprivatisierung zuvor öffentlicher Gewalt sowie zur Aufspaltung staatlicher Souveränität in unterschiedliche Rechtsräume, mithin zur Auflösung der Einheit von Staat und Territorium.“ Die Veranstaltung wird vom Institut für Wissenschaft und Kunst organisiert.

Stephanie Weiss

Körper, Kommunikation, Konflikt

Zu Geschichte, Taktiken und Aktionsformen der Tute Bianche und der Disobbedienti

„We are invisible but we make ourselves visible and noticeable."

Einleitung

Die Tute Bianche, („weiße Overalls") haben spätestens seit den Protesten gegen das IWF in Prag im Jahr 2000 auch internationale Bekanntheit erlangt. In diesem Artikel soll versucht werden, Geschichte, Strategien und Taktiken sowie Aktionsformen der Tute Bianche und der Disobbedienti in Umrissen zu erklären.

Warum eine Analyse der Disobbedienti und nicht der Bewegung in Italien im Allgemeinen? Dies aus mehreren Gründen: Erstens wäre eine allgemeine Analyse gezwungenermaßen oberflächlicher; zweitens sind die Tute Bianche und die Disobbedienti meines Erachtens unter anderem deshalb interessant, weil sie neue Wege gingen und versuchten, aus dem „autonomen Ghetto" auszubrechen,indem sie in in einen Dialog mit anderen politischen Realitäten und Subjektivitäten traten und außerdem durch geschickte Taktiken grundlegende Gesellschaftskritik sowie radikale Politik „denkbarer" und „handelbarer" zu machen trachteten. Sie zeigten sich besonders offen für neue Sprachen und Handlungsweisen, die auch für nicht in autonome Praxen und Jargons Eingeweihte verständlich und nachvollziehbar waren.

Die Tute Bianche und die Disobbedienti sind historisch gesehen einer politischen Linie nahe, die aus der Autonomia Operaia der 1970er Jahre entstanden ist; sie stehen also in einer autonomen, (post-)operaistischen „Tradition". Auch ihre theoretischen Analysen sind postoperaistisch orientiert, insbesondere die von Negri und Hardt in den Büchern *Empire* bzw. *Multitude* angestellten Überlegungen haben großen Stellenwert eingenommen.

A. Geschichte

Drei Entwicklungslinien

„Die Tute Bianche sind entstanden, um den Konflikt auf der Straße auszuweiten, es ging darum, ein bisschen aus den alten geschlossenen, beinahe ‚autistischen' Handlungsweisen der Autonomen auszubrechen. Letztere dienten in den 1980ern und zu Beginn der 1990er Jahre vor allem der Verteidigung von in Wirklichkeit sehr geschlossenen Räumen." (Daniele Codeluppi, Centro Sociale AQ16, Reggio Emilia).

Die Tute Bianche sind in verschiedenen nord- und mittelitalienischen Centri Sociali[1] und deren Umfeld entstanden, drei Entwicklungslinien sind wichtig für ihr Agieren: Sie sind stark von „Luther Blissett"[2] beeinflusst, von denen sie vor allem den subversiv spielerischen Umgang mit den



Massenmedien sowie einige „Kommunikationsguerilla-Taktiken“ übernommen haben. Zweitens hatte die Entwicklung der italienischen Centri Sociali in den 1990er Jahren Einfluss auf die Entstehung der Tute Bianche: Im Jahr 1998 fand ein nationales Treffen verschiedener sozialer Zentren statt, in denen die Isolierung und Kriminalisierung der „autonomen Szene“ rund um die besetzten Zentren thematisiert und problematisiert worden war. Bei diesem Treffen wurde beschlossen, einen Versuch dahingehend zu unternehmen, aus der Ghettoisierung herauszukommen. Resultat war die „Carta di Milano“, eine Art „Konstitution“, die einige Centri Sociali unterzeichnet hatten. In dieser Charta wurde unter anderem ein offenerer Umgang mit Medien und Institutionen wie z.B. linken Parteien wie der Rifondazione Comunista oder linken Gewerkschaften (es gibt in Italien keine Einheitsgewerkschaft) sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen beschlossen: „An Stelle eines mit Vorurteilen beladenen antiinstitutionellen Diskurses, diesem ‚Wir sprechen nicht mit dem bürgerlichen Staat‘, entwickelte sich eine weitaus subtilere Infiltrierung lokaler Institutionen, eine Art Dialog, der sich keineswegs unterordnete, mit dem aber eine neue Qualität antagonistischer Praxis erreicht wurde“ (Bui, 2002: 134). Es kam also zu mehr Kommunikation mit linken Kräften außerhalb der autonomen Szene rund um die Centri Sociali - gemeinsame Aktionen wurden möglich und gemeinsame Projekte wurden durchgeführt: „Dieses ‚mit dem spreche ich nicht und mit dem anderen schon gar nicht‘ hatte zur Folge, dass man einfach mit niemandem mehr reden konnte. Stattdessen hatte eine Phase begonnen, in der ganz viele Leute anfingen, ohne Vorurteile miteinander zu kommunizieren“ (ebd.: 135).

Die dritte Ebene, die das Entstehen der Tute Bianche nachhaltig beeinflusst hatte, war die Bewegung der Zapatistas in Mexiko, insbesondere deren Formen politischen Agierens sowie das Faktum, dass sie Kommunikation als einen entscheidenden Aspekt anerkannt haben. „Die Tute Bianche versuchen deren Vorstellungen auf der Grundlage der beiden Leitlinien [der Zapatistas, Anm. St.W.] weiterzuentwickeln, also eines durch lokale Aktionen gekennzeichneten Raums sowie der Vorstellung eines öffentlichen europäischen und globalen Raums“ (Raparelli 2002: 85).

Von den „Unsichtbaren“ zur Auflösung der Disobbedienti

Die Tute Bianche hießen zunächst „die Unsichtbaren“, bevor ihre Praxis ausgefeilter und italienweit angewandt wurde und sie sich in „weiße Overalls“ umbenannten. Mit diesem Namen wollten sie auf die Unsichtbarkeit gesellschaftlich marginalisierter Subjekte ohne politische Repräsentation aufmerksam machen. Ende der 1990er Jahre entstanden die Tute Bianche und traten von nun an in weißen Overalls in Erscheinung. Sie waren in verschiedenen italienischen Städten (besonders im Nordosten Italiens und in Rom) netzwerkartig verbreitet und hatten eine tendenziell nicht-hierarchische Form der Organisierung: Es gab keine gewählten Vorsitzende oder ähnliches. Aus medientaktischen Gründen hatten sich die Tute Bianche jedoch für einen Sprecher (Luca Casarini) entschieden; von verschiedenen anderen Centri Sociali wurde die Wahl dieses *portavoce* als Tendenz zur Hierarchisierung kritisiert.

Die Tute Bianche führten verschiedenste, teils sehr erfolgreiche Aktionen durch, beschlossen jedoch bereits vor Genua, die weißen Overalls auszuziehen: „Genua repräsentierte einen Übergang. Kurz vor Genua gab es Diskussionen, in denen entschieden wurde, nicht in den weißen Overalls teilzunehmen, weil die Bewegung so groß und breit gefächert war und wir nicht eine fixe, starre Identität repräsentieren wollten. Wir vertraten außerdem dieselben Inhalte wie verschiedene andere Realitäten, wie etwa das Rete del Sud, und wollten uns nicht mittels der weißen Overalls von ihnen abgrenzen, sondern vielmehr gemeinsame Vorgehensweisen und Aktionen entwickeln“ (Neva Cocchi, TPO Bologna). Die Tute Bianche wollten demnach vermeiden ein „Label“ zu werden, das andere Gruppierungen und Kollektive ausschloss; vielmehr ging es darum, mit verschiedenen sozialen und politischen Realitäten in Genua gemeinsam Widerstand zu üben. Die Gewalterfahrungen in Genua waren schließlich auch der Auslöser für die AktivistInnen, sich als Tute Bianche ganz aufzulösen. Das Konzept war angesichts der militärischen Niederschlagung der Bewegung an seine Grenzen geraten und neue Wege mussten gefunden werden: „Das Schlüsselerlebnis der Tage von Genua ist je-

ner Abschnitt des 20. Juli, an dem der qualitative Sprung der Repression intensiv erlebt und die unmittelbare Notwendigkeit einer Neuorientierung der Praxen und Formen der globalen Bewegung deutlich wird " (Raparelli 2002: 86/87). Gleichzeitig waren in Genua aber auch positive Erfahrungen mit verschiedenen anderen Kollektiven und Gruppen gemacht worden; die AktivistInnen der Tute Bianche zogen daraus die Konsequenz sich mit ihnen zusammenzuschließen, und gemeinsam neue Praxen zu entwickeln. Gianmarco De Pieri aus Bologna definiert die Disobbedienti folgendermaßen: „Sie sind die Fortsetzung der Tute Bianche, mit viel mehr Frauen und Männern, die dieseErfahrung teilen in Italien und Europa. [...] Aber die Disobbedienti haben ebenso wenig wie die Tute Bianche ein Programm, dem man sich anschließen könnte und sie haben auch kein klares politisches Projekt. Sie wollen ein ständiges Fragen sein, ein zapatistisches fragend Laufen. [...]. Es ist ein Weg, der aus ständigem Fragen, aus zu bildenden Sprechweisen und Mythen, sowie aus von uns gemeinsam zu erfindenden Praxen besteht" (in: Azzellini 2002: 158). Zu den Disobbedienti gehörten neben den ehemaligen AktivistInnen der Tute Bianche die giovani comunisti (die Jugendorganisation der Rifondazione Comunista), Kollektive von StudentInnen, Prekären und auch Individuen, die sich damit identifizieren konnten. Die Disobbedienti richteten ihr Augenmerk auf den „sozialen Ungehorsam"; bei den Aktionen wurde darauf geachtet, einer Kriminalisierung der Bewegung entgegenzuwirken. Die Zusammenarbeit mit den giovani comunisti wurde jedoch schon vor Jahren aufs Eis gelegt, da sie „innerhalb der Logik der Partei und der Repräsentation blieben", so Daniele Codeluppi.

In den letzten Jahren gibt es die Disobbedienti offiziell nicht mehr, auch wenn die AktivistInnen in Berichterstattungen der Massenmedien immer noch als solche bezeichnet werden. Theoretische Analysen und politische Praxen wurden weiterentwickelt, es ist jedoch ein eindeutiger „roter Faden" der politischen Arbeit und auch der Aktionsformen zu erkennen. Nicht erst seit der Mitte-links Regierung unter Prodi (an der auch die Rifondazione Comunista beteiligt war) war die Stoßrichtung wieder klar von linken Parteien und Institutionen abgewandt (die teilweise Zusammenarbeit war ja auch früher rein taktischer Natur und hatte keinen einen tatsächlichen „Glauben" an diese Institutionen bedeutet). Es findet mehr gemeinsames Agieren mit politischen Realitäten anderer autonomer Centri sociali statt[3] und insbesondere eine intensive Zusammenarbeit mit parteiunabhängigen lokalen Bewegungen „von unten": Wie etwa gegen die Errichtung der NATO-Base in Vicenza („No Dal Molin"), gegen die Erbauung des Schnellgeschwindigkeitszuges TAV oder gegen die Müllverbrennungsanlage in Acerra in der Nähe Neapels, um einige zu nennen. Zentrale Thematiken sind nach wie vor die der Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, Migration und MigrantInnenrechte, autonome Kulturproduktion und Freiräume, Recht auf Wohnraum, Disziplin- und Kontrollszenarien in den Metropolen, Biomacht und Biopolitik. Heute sind die AktivistInnen der ehemaligen Disobbedienti gemeinsam mit ein paar anderen politischen Realitäten oder neu entstandenen Centri sociali im „Global Meeting Network" lose zusammengeschlossen. Alternative Medienberichterstattung unter www.globalproject.info als auch gemeinsame theoretische Auseinandersetzungen, Kampagnen und Aktionen werden durchgeführt.[4]

B. Strategien und Taktiken

Ziviler und sozialer Ungehorsam

Bei den Tute Bianche stand das Konzept des zivilen Ungehorsams im Mittelpunkt. Es handelt sich dabei um eine politische Praxis, die mittels Aktionen gesellschaftliche und politische Normen kollektiv bricht, um darauf hinzuweisen, dass diese Normen historisch und unter bestimmten politischen Bedingungen entstanden sind. Die Praxis des zivilen Ungehorsams soll auf die herrschende „kulturelle Grammatik" aufmerksam machen: Es wird versucht, in die hegemonialen Diskurse einzugreifen und diese zu verschieben: „Die Formen müssen an den Zielen ausgerichtet sein und das bedeutet, die Grenzen weiter auszudehnen, Illegalität in Legalität zu verwandeln" (Federico Martelloni 2002, 93). Es geht also darum, Legalität und Illegalität als in einem hegemonialen Kräftefeld Entstandene zu begreifen und gleichzeitig zu versuchen, bestimmte Verschiebungen zu erzielen.

Bei den Protesten in Genua im Jahr 2001 ist das Konzept des zivilen Ungehorsams, wie von den Tute Bianche praktiziert, an seine Grenzen gestoßen bzw. gescheitert: unter anderem in Anbetracht dessen, dass es sich bei der Praxis des zivilen Ungehorsams um ein politisches und kein militärisches Konzept handelt, das den Zusammenstoß zwischen dem G8-Gipfel - geschützt durch die Sicherheitskräfte des Staates - und der Bewegung primär simulieren sollte; der Staat reagierte jedoch - mit militärischen Mitteln auf den zivilen Ungehorsam - das Resultat: ein Toter und viele Schwerverletzte; dazu Federico Martelloni: „Der zivile Ungehorsam war politisch und nicht militärisch angelegt. [...] Der politische Mechanismus bestand darin, im Vorfeld öffentlich zu machen, was dann passieren würde. Dies legte auch die Ebene der

Auseinandersetzung fest. Körper gegen Körper war dabei einkalkuliert, ebenso, dass du aufgehalten und niedergeknüppelt wirst. Aber was in Genua passiert ist, dass die GenossInnen Angst haben müssen zu sterben, dass die Carabinieri schießen, es Angriffe mit Tausenden von Gasgranaten gibt [...], das war nicht einkalkuliert. Der Staat hat dort beschlossen, keine politische, sondern eine ausschließlich militärische Antwort zu geben" (ebd.).

Mit der Umbenennung und Umwandlung in die „Disobbedienti" versuchten die AktivistInnen, die Ebene des Konflikts „herunterzuschrauben" und einer Kriminalisierung der Bewegung entgegenzuwirken. In der Phase nach Genua konzentrieren sich die AktivistInnen auf den „sozialen Ungehorsam". Die Disobbedienti führten weiterhin eigene Aktionen durch, nahmen aber auch an den verschiedensten Streiks und Demonstrationen der Gewerkschaften teil; hier brachten sie vor allem die Anliegen jener ein, die auch für die Gewerkschaften „unsichtbar" waren, die „Sans-Papiers" sowie die prekär Beschäftigten.

Kommunikation, Medien, Schaffung alternativer Mythen

Die Tute Bianche und die Disobbedienti zeichnen sich durch einen für die autonome Bewegung unorthodoxen Umgang mit den Medien aus. Einerseits ist die Schaffung alternativer Medien notwendig (wie etwa indymedia oder www.globalproject.info); sie wollen sich jedoch nicht alleine auf diese verlassen, sondern versuchen bewusst, in das massenmediale Geschehen einzugreifen. Viele ihrer spektakulären Aktionen dienten dazu, sich einen Zugang zur offiziellen Berichterstattung „zu erkämpfen", um dergestalt auf bestimmte Themen aufmerksam zu machen. In diesem Zusammenhang wird die „Schaffung alternativer Mythen" relevant, eine Technik, die die Tute Bianche von den Zapatistas übernommen haben: Es geht um die Produktion eigener Bewegungsmythen bzw. „um das Problem der Beziehung zwischen dem Imaginären und dem Imaginierbaren, dieser Bewegung zwischen der Vorstellung von sich selbst und der anderen, möglichen Welt, die man andeuten will" (Roberto Bui). In einer Bewegung ist die kollektive Vorstellungskraft zentral; das, was erreicht werden will, muss zunächst auch imaginiert werden können. Roberto Bui erklärt dies folgendermaßen: „Wir glauben, dass die Multitude eine Suche nach neuen, begründenden Mythen ausdrückt. [...] Ohne eine Vorstellung, auf die man sich beziehen kann, eine offene und unendlich redefinierbare Erzählung, an der man frei teilhaben kann und die man frei benutzen kann, wird die Bewegung sich nur damit abmühen, ihre neue, experimentelle und noch unbekannte Erfahrung zu fixieren" (2002: 134). Die Bewegung soll also die jeweils eigene Geschichte ihrer Erfahrung und ihrer Vorstellungen „schreiben"; dabei handelt es sich jedoch nicht um eine fertige Geschichte, sondern um eine, die als „Rohentwurf" dient; eine Geschichte, die beliebig und von allen in der Bewegung Teilnehmenden abänderbar ist. Nicht „absolute Wahrheiten" stehen dabei im Zentrum, sondern die imaginäre Kraft der Menge. Die Tute Bianche und die Dissobedienti versuchten eben diese „alternativen Mythen" in ihrem Umgang mit den Medien strategisch einzusetzen: „Es geht darum, nicht mehr nur zu sagen ‚die Journalisten lügen', sondern zu versuchen diese Lügen durch ein Angebot von alternativen Mythen zu steuern durch die Verwendung bestimmter Wörter Sinnentstellungen zu produzieren, die dann von der Presse übernommen werden" (ebd.135). Ein Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Verwendung des Begriffs Multitude. Dieser Begriff war bis kurz vor Genua kein besonders geläufiges Wort; zur Zeit der Proteste wurde er jedoch zum Synonym für die AkteurInnen der Proteste: „Wie das geht, wurde z.B. vor Genua offensichtlich, als alle Kommentatoren auf einmal von der Vielfalt sprachen, ein Begriff, von Toni Negri aus der Etica Spinozas aufgegriffen wurde. Plötzlich konnten alle auf wunderbare Weise verstehen, was Vielfalt bedeutete, ohne jemals Negri und Spinoza gelesen zu haben" (ebd.).

Zum Einsatz von Körpern und zur Generierung von Symbolen

„Für uns ist die Frage des Körpers fundamental, weil wir glauben, dass man Politik nicht (nur) mit Worten machen kann, nicht nur mittels Deklarationen oder dem Internet. Du musst Politik konkret machen, und dein Körper funktioniert auch als Objekt, um auf Widersprüche aufmerksam zu machen." (Neva Cocchi, Bologna)

Die Tute Bianche und die Disobbedienti verwenden einerseits bewusst ihren eigenen Körper und schaffen eigene Symbole, um auf gesellschaftliche Widersprüche hinzuweisen. Sie betrachten die Herrschaft im Empire als alle Lebensbereiche umfassend und erkennen dadurch die Relevanz, die dem Körper in diesem Zusammenhang zukommt. Wenn Herrschaft über den Körper, über das Leben ausgeübt wird, dann muss auch mit dem Körper Widerstand geleistet werden. Die Tute Bianche und Disobbedienti gehen so weit, den Körper als Symbol des Ungehorsams zu definieren: „Der Körper kehrt als konkretes Symbol des zivilen Ungehorsams wieder und ist das Paradigma dieser Ära der Biomacht, der Kontrolle über das Leben selbst, die im Namen des globalen Marktes ausgeübt wird" (Cassurino 2002, 94).

a) Die Farbe Weiß und das Spiel mit der „Unsichtbarkeit"

Die Tute Bianche nannten sich zu Beginn die „Unsichtbaren"; die Verwendung der Farbe Weiß für ihre Kleidung sollte diese Unsichtbarkeit ausdrücken. Ihre Intention war es, durch eine Farbe bzw. Begrifflichkeit symbolisch auf das Fehlen politischer oder sozialer Rechte für bestimmte gesellschaftliche Subjekte aufmerksam zu machen. Die Tute Bianche bezogen sich zunächst vor allem auf (oft illegalisierte) MigrantInnen und die immer größer werdende Anzahl prekär Beschäftigter, die kaum gewerkschaftliche Vertretung haben und somit im politischen Kontext „unsichtbar" sind. Unsichtbar bleiben diese gesellschaftlichen Gruppen vor allem auch, weil „traditionelle" politische Kämpfe wie etwa Streiks de facto wegfallen (Menschen ohne gesicherten Arbeitsvertrag beispielsweise können kaum bzw. nur mit hohem Risiko streiken). Es sollte daher gemeinsam mit neuen Formen des Widerstands experimentiert werden. Die Verwendung weißer Overalls hatte mehrere Bedeutungen: Erstens sollten sie, wie schon erwähnt, auf die Unsichtbarkeit bestimmter sozialer Gruppen aufmerksam machen. Zweitens wurden sie in Anlehnung an die blauen Overalls der industriellen MassenarbeiterInnen getragen. Die weißen Arbeitsanzüge symbolisierten auch den Übergang zum Empire, in dem die Formen der Ausbeutung vielfältiger und subtiler werden und, nicht mehr primär Industriearbeiter betreffen. Die Farbe weiß als Summe aller Farben ist Ausdruck dafür, dass auch die gesellschaftlichen, Widerstand leistenden Subjekte vielfältiger werden.

Die Farbe dient somit als „Darstellungsform für eine Vielfältigkeit verschiedener Subjekte, die sich gemeinsam gegen die kapitalistische Herrschaft auflehnen und sich innerhalb des Konflikts als eine einzige Multitude wieder erkennen" (Cassurino 2002, 90). Weiß soll demnach Symbol der Multitude sein, die sich einerseits aus den verschiedensten ausgebeuteten Subjekten konstituiert und andererseits auch die Formen des politischen Widerstands vervielfältigt.

b) Die symbolische Inszenierung von Konflikt

„Wir sind uns der Wichtigkeit, die der Körper hat, bewusst geworden: Du kannst ihn je nach Kontext unterschiedlich einsetzen und wenn du Mechanismen in Gang bringen und Veränderungen erzielen möchtest, musst du ihn wirklich verwenden." [Interview mit Francesco, TPO Bologna]

Strategie der Tute Bianche war es, symbolisch Konflikt zu inszenieren, um auf gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse und hierarchische Spaltungen aufmerksam zu machen. So verlas beispielsweise Luca Casarini im Mai 2001 in Genua im Palazzo Ducale (in dem zwei Monate später der G8-Gipfel stattfand) eine „Kriegserklärung an die Mächtigen der Ungerechtigkeit und des Elends": Er beschrieb die DemonstrantInnen als ein „Heer von Träumern, Armen und Kindern, Indigenen der Welt, Frauen und Männern, Schwulen, Lesben, Künstlern, Arbeitern" (zit. in: della Porta et al. 2003:131). In dieser „Kriegserklärung" wurden verschiedenste Metaphern verwendet, um die politische Analyse der Tute Bianche zu verbildlichen. Luca Casarini sprach etwa vom Imperium, von der Festung, der Belagerung etc.; auch die geplante Demonstrationspraxis wurde metaphorisch geschmückt: In einem „Pakt mit der Stadt Genua" beschreibt er einen „Krieg [...], der mit den Körpern, mit den Worten, mit dem Teufelszeug und mit den mechanischen Instrumenten gekämpft geführt wird, die wir in unseren friedlichen Werkstätten der Phantasie aushecken" (zit. in: ebd.). Wenn dieser Krieg in den „friedlichen Werkstätten der Phantasie" ausgeheckt wird, kann es sich nicht um eine tatsächliche militärische Konfrontation handeln.

Auch mittels des Einsatzes des Körpers wurde Konflikt inszeniert; doch die Tute Bianche wollten durch ihr beinahe „militärisch" wirkendes Auftreten nicht primär einen realen Konflikt auf der Straße herbeiführen. Sie wollten keine tatsächliche militärische Auseinandersetzung - dies wäre auch aufgrund des augenscheinlichen Kräfteungleichgewichts ein masochistischer Akt: mit Schaumstoffumhüllungen, Autoreifen und Plastikschilder gegen die Gewehre und Panzer der Sicherheitskräfte.Vielmehr ging es ihnen um die symbolische Kraft dieser Inszenierung. In gleichsam karnevalesker Art wurde ein Aufeinanderprallen der verschiedenen Akteure (der Tute Bianche als VertreterInnen der gesellschaftlich Marginalisierten und der Polizei als Vertreterin bzw. Schützerin des Herrschaftsapparates) dargestellt, das sozusagen den politischen Konflikt zwischen Ausbeutern und Ausge-



beuteten körperlich darstellen sollte. Durch die Kleidung der Tute Bianche sollte das martialische Auftreten der Sicherheitskräfte imitiert, ironisch überhöht und in seiner Absurdität lächerlich gemacht werden. Die Schutzumhüllungen dienten dazu, auf das tatsächliche Gewaltmonopol der Polizei und des Militärs und die von ihnen ausgeübte Repression hinzuweisen. Negri und Hardt schreiben hierzu: „[...] Konnten die „Weißen Overalls" mit einem weiteren symbolischen Geniestreich aufwarten. Sie begannen die Spektakel polizeilicher Repression mimetisch nachzuahmen: Wenn die Polizisten ihre volle Kampfmontur anlegten und hinter ihren Plexiglasschilden und gepanzerten Fahrzeugen wie Robocops wirkten, bewehrten sich auch die Tute Bianche mit weißen Knieschützern und Footballhelmen und verwandelten ihre Rave-Trucks in monströse Vehikel für ein Scheingefecht - ein Spektakel voll postmoderner Ironie" (Hardt/Negri 2004: 295).

c) Der Schutz des Körpers

„Der Körper ist ein wertvolles Gut. Der Körper sind wir alle und jeder von uns. Wir haben nur einen Körper und fragen uns, was in den vergangenen drei Jahren geschehen wäre, wenn wir uns keine Sorgen um den Schutz gemacht hätten." (Luca Casarini)

Die Bekleidung der Tute Bianche hat außerdem auch Schutzfunktion: In möglichen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften sollten schlimmere körperliche Verletzungen durch am Körper angebrachte Schaumstoffe oder Autoreifen bzw. durch die „Schildkrötenformation" wie sie in Genua angewandt wurde - verhindert werden: Die AktivistInnen hatten sich seitlich, nach oben und nach vorne mit Plastikschilden „schildkrötenähnlich" geschützt). Sie thematisieren den Körper als wertvolles, zu schützendes Gut: „Der auch kollektiv geschützte Körper schafft Frauen und Männer, die wieder zu Protagonisten des Konflikts werden, da die Praxis einschließend ist und die Angst überwunden wird" (Cassurino 2002, 93). Dieser körperliche Schutz sollte helfen, die Angst zu überwinden und außerdem auch langsameren oder schwächeren AktivistInnen die Möglichkeit geben, an den Aktionen teilzunehmen. Durch den Schutz soll symbolisiert werden, dass die AktivistInnen ihren Körper nicht in quasi masochistischer Manier aufs Spiel setzen wollen: „Du hast durch diese Bekleidung dein Recht eingefordert, deinen Körper zu schützen und dadurch dein Recht, Widerstand zu leisten ausgedrückt und eingefordert" (ebd.). Direkter physischer Kontakt mit der Polizei sollte beispielsweise durch mit Luft gefüllte Lastwagenschläuche oder die Verwendung von Schildern so gering wie möglich gehalten. „Deren Ziel ist es, die Körper zu massakrieren und die Kontrolle über die direkte Aktion zu entreißen, damit sie keine Zustimmung mehr erhält und in ganz konkreter Hinsicht auf das angestrebte Ziel wirkungslos wird. Unser Ziel ist es, sie auf Abstand zu halten, die Belagerung aufrecht zu erhalten und zu versuchen, eine Bresche zu öffnen, durch die die Multitude körperlich hindurch kann" (ebd.: 94). Dass diese Überlegung zumindest in Genua nicht funktioniert hat und das Konzept deshalb gescheitert ist, ist bereits dargelegt worden. Der symbolische Wert des Einsatzes des eigenen Körpers hat in Genua zwar funktioniert, der praktische Wert war jedoch de facto annulliert: „Aber gleichzeitig wird diese praktische Schutzfunktion lächerlich gemacht, wenn du vor dir eine militärische Kraft hast, im Vergleich zu der du einfach nichts bist" (Neva Cocchi, Interview).

C. Aktionsformen

Historische Splitter: Ausschnitte einiger Aktionen

Im Folgenden werden einige der Aktionen der Tute Bianche und der Disobbedienti vor und nach den Protesten in Genua dargestellt. Das erste Mal wurden die weißen Overalls im September 1994 auf einer Demonstration gegen die Räumung des historischen Centro Sociale Leoncavallo in Mailand angezogen. Erst im Jahr 1998 trugen die Tute Bianche - diesmal theoretisch reflektierter und beeinflusst durch die Carta di Milano - die weiße Kleidung wieder und traten auch erstmals mit diesem Namen auf. Zu dieser Zeit begann die systematische Theoretisierung und Thematisierung der Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen. Das in diesem Kontext geforderte garantierte Grundeinkommen („reddito garantito") sollte genauso wie kostenloser Transport und freier Bildungszugang in lokalen Zusammenhängen sichtbar und verständlich gemacht werden. Die AktivistInnen stiegen in öffentliche Busse und verteilten gefälschte Fahrscheine, auf denen ein kostenloser Nahverkehr für Arbeitslose, MigrantInnen, und prekär Beschäftigte gefordert wurde (vgl. Azzellini 2002, 89). Im selben Jahr sind die Tute Bianche in ihren weißen Overalls des öfteren bei Live-Übertragungen in Fernsehstudios eingedrungen, bei Konzerten auf der Bühne erschienen und bei Kongressen aufgetaucht, um so die Aufmerksamkeit der Medien zu erringen und verschiedene Themen sichtbar zu machen. Zu den bekannteren Aktionen gehören auch der Versuch einer Stürmung des Nato-Flughafens in Aviano während des Kosovo-Krieges im April 1999 sowie eine Demonstration in Bologna im Jahr 2000 gegen einen Neonazikongress, der daraufhin abgebrochen wurde. Zu den wichtigsten Erfahrungen zählen die Proteste gegen den IWF Gipfel in Prag sowie gegen ein Treffen der OSZE in Bologna im

Jahr 2000. In Prag, wo DemonstrantInnen aus dem Pink-Silver-Block bis zum Konferenzgebäude vorgedrungen sind, sind die Tute Bianche das erste Mal in einem internationalen Kontext mit weißen Overalls erschienen. In den Jahren nach Genua, nach dem 11. September 2001 und den darauf folgenden Kriegen in Afghanistan und Irak wurde die Antikriegsbewegung in Italien immer wichtiger, sie involvierte bei weitem nicht nur die Disobbedienti und andere Centri Sociali, sondern weite Teile der Zivilgesellschaft. In diesem Zusammenhang war die Praxis des trainstoppings, also der Gleisbesetzungen, um Züge mit Waffenlieferungen aufzuhalten, weit verbreitet.

Die Thematisierung der Illegalisierung von MigrantInnen sowie der Kampf für MigrantInnenrechte und gegen Abschiebepraxen und -gefängnisse war und ist im Zentrum des politischen Handelns der Disobbedienti. Eine Demonstration der Tute Bianche im Oktober 1998 verschaffte JournalistInnen und ParlamentarierInnen Zugang zum Abschiebegefängnis (CPT - Centro di Permanenza Temporanea) in Triest. Dieses Abschiebegefängnis wurde nach der durch die Demonstration bedingten Medienaufmerksamkeit geschlossen (vgl. Azzellini 2002, 27). Eine ähnliche Aktion wurde im Mai 2000 gegen das Abschiebegefängnis in der Via Correlli in Mailand durchgeführt; auch dieses wurde anschließend zeitweilig geschlossen. Im Jänner 2002 drangen einige AktivistInnen in das CPT in Bologna in der Via Mattei ein, das gerade eben fertig gestellt, jedoch noch nicht eröffnet worden war und zerstörten teilweise die Infrastruktur des Gebäudes: Es wurden Stromleitungen herausgezogen, Schlösser demoliert und Transparente mit Forderungen wie „Bleiberecht für alle“ aus den Fenstern gehängt. Einige Personen wurden durch das Einschreiten der Polizei verletzt, aber das Ziel der Aktion wurde erreicht: Die Eröffnung durch die reale Zerstörung der Infrastruktur und die notwendigen Reparaturarbeiten konnte hinausgezögert werden und gleichzeitig wurde breit über dieses Thema berichtet.

„Genua hat uns gezeichnet“[5]

„*Wir haben unsere Unschuld verloren, weil wir uns unserer Rechte zu sicher waren*“; so Luca Casarini, der ehemalige Sprecher der Tute Bianche hinsichtlich der Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua 2001. Die Proteste waren ein historisches Ereignis: Sie waren nicht nur das bis dato größte Lebens- und Widerstandszeichen der so genannten globalen Protestbewegung, sondern bedeuteten auch die polizeiliche und militärische Niederschlagung der Bewegung, wie sie sonst nur in Diktaturen zu finden ist. In wenigen anderen Situationen sind die beiden „Gesichter“ des Empire so klar und offensichtlich zu erkennen wie in Genua: Auf der einen Seite eine Multitude verschiedenster, nicht repräsentierbarer Subjektivitäten, die sich zusammenfand, um kollektiv ihr Unbehagen und ihren Widerstand gegenüber den Herrschaftsstrukturen und den Spielarten der Macht auf die Straße zu tragen. Auf der andere Seite die hässliche, oft verschleierte Fratze des Empire: Krieg als Strukturmerkmal des Empire und das Einswerden von Krieg und Polizeiaktion, das durch den Diskurs der „Sicherheit“ möglich wird.

Die Proteste selbst waren nicht nur ein Aufschrei Hunderttausender gegen die hegemoniale Politik, sondern auch ein lebendiger Beweis einer Bewegung, die nicht an Repräsentation glaubt, sondern eine politische Kultur „von unten“ aufbaut, in der Marktwirtschaft und Konsumwahn abgelehnt werden; sie basiert vielmehrauf Kollektivität, Solidarität und Hierarchieabbau. Dem G8 wurden in Genua nicht lediglich Manifeste, Flugblätter und Pressekonferenzen gegenübergestellt. Auch die Multitude tanzender Körper war Ausdruck des Widerstandes gegen eine globale kapitalistische Herrschaftsordnung. Die Bewegung handelte nicht ausschließlich durch rationale Erklärungsansätze; ein bestimmter Umgang mit Körperlichkeit war ebenso Teil ihres politischen Agierens. Politik, Kunst, (Gegen)Kultur, gelebte Körperlichkeit und Begehren flossen in dieser Bewegung zu einer Symbiose zusammen. Dieses Ungeheuer der Multitude, die nicht auf eine einzige Identität und „politische Linie“aufbaut, die nicht auf Organisationen oder Parteien reduziert werden kann, sondern die ihre Stärke aus der Vielfalt des Handelns, Denkens und Fühlens speist, traf sich in diesen Tagen in Genua. Eine Multitude, die „integraler Teil eines gewebten Netzes [ist], das sich in multiplen Lebensformen ausdrückt und materiellen und immateriellen Reichtum in den Räumen, in denen [sie] leben, produziert“ (TPO Bologna).

Die Tute Bianche haben gemeinsam mit anderen politischen Realitäten und vor allem AktivistInnen verschiedenster Centri Sociali eine wichtige Rolle in Genua gespielt, insbesondere auch durch die Organisierung des „Demonstrationszugs der Ungehorsamen“, der am 20. Juli 2001 durch die Taktik der zivilen Ungehorsams in die rote Zone eindringen sollte, um dadurch die „symbolische Repräsentation der Machtausübung im postfordistischen Kapitalismus“ (Vecchi 2002) anzugreifen. Die Tute Bianche haben bei dieser Demonstration eine „defensiv-offensive Strategie“ verfolgt: Es sollte ein nicht destruktiver Konflikt entfacht werden. Dies bedeutete, dass körperlicher Selbstschutz mittels Polstern, Schilden, Helmen, Arm- und Schienbein-

schützern, Handschuhen, Gasmasken und Gasschutzbrillen erlaubt war, nicht aber Gewalt an Personen oder Angriffe auf Gebäude der Stadt Dies war auch mit dem Genoa Social Forum vereinbart worden, indem von den einzelnen Gruppen, die an diesem Tag unterschiedliche Aktionsformen wählten, ein „Pakt des gegenseitigen Respekts" unterschrieben wurde. In dieser defensiv-offensiven Strategie wollten die Tute Bianche einerseits radikale politische Praxis auf die Straße bringen, während sie zugleich versuchten, durch die explizite Ablehnung von offensiver Gewaltanwendung einer Gewaltspirale entgegenzuwirken: „Helme und Polsterungen zu verwenden bedeutet nicht, die erste Stufe der Eskalation hinaufzusteigen. Für uns war es das genaue Gegenteil: Der Zusammenstoß mit den Ordnungskräften wird mit einkalkuliert, doch der Gebrauch bestimmter Mittel erlaubte es, die Angst zu lindern, die physischen Schäden zu begrenzen und die Gruppe, die sich an der Aktion beteiligt, kompakt zu halten." (Luca Casarini 2001, 27). Die Schutzbekleidung war weder explizit legal noch illegal nach italienischem Gesetz, die Tute Bianche nutzten eine Gesetzeslücke. Mittels der Praxis des zivilen Ungehorsams und des versuchten Eindringens in die Rote Zone sollte, so Azzellini, keine Kriegssimulation betrieben werden, sondern „sie unterstreicht die politische Dimension des Konflikts. Sie ist immanent politisch" (ebd.). Der „Demonstrationszug der Ungehorsamen" wurde noch während des autorisierten Teils der Demonstration vier Stunden lang mit Tränengas und Knüppelattacken angegriffen. Spezielle Gruppen löschten die von den Sicherheitskräften verschossenen Gasgranaten mit durch Wasser gefüllten Mülleimern, während andere mit auf Einkaufswagen gestapelten Wasserflaschen umherfuhren, Wasser verteilten und durch Tränengas verbrannte Augen ausspülten. Eine Massenpanik wurde in dieser Situation nur durch oben genannten Vorgehensweisen und die Diszipliniertheit der TeilnehmerInnen verhindert (vgl. Azzellini 2002,13).

Am Rande der Demonstrationsspitze dieser Demonstration wurde gegen 17.30 Uhr Carlo Giuliani erschossen.

Bürgerkrieg, Kriminalisierung und „Genua nach Genua"

Die Geschehnisse während des Gipfels können auch als Antizipation oder „Miniaturform" kommender Bürgerkriege in europäischen Städten betrachtet werden (vgl. Petrillo 2002). Der Krieg wurde hier nicht „nach Außen" sondern „nach Innen" geführt. In diesem Bürgerkrieg standen einander zwei gänzlich ungleiche Gegner gegenüber: Auf der einen Seite die „aggressiven" DemonstrantInnen, deren „Waffen" selbstgebaute Schilder waren; auf der anderen Seite die „Verteidiger", 20.000 Polizei- und Militärkräfte mit Feuerwaffen, gepanzerten Fahrzeugen und Schlagstöcken mit Metallspitzen. Das Bild der gefährlichen, zerstörungswütigen DemonstrantInnen musste aufrechterhalten werden, um das Verhalten der Sicherheitskräfte zu rechtfertigen: „Es reichte nicht, willkürlich einen Belagerungszustand der Stadt herbeigeführt zu haben, er musste auf Basis realer oder imaginierter Zusammenstöße motiviert sein, um eine Rechtfertigung für die Repression zu finden" (ebd.: 32). So auch Negri: „Das Massaker von Genua kommt nicht von irgendwoher, war nicht zufällig, war nicht nur ein unangenehmer Zwischenfall. Es ist entschieden worden" (Negri 2001: 102). Und dies sei nicht auf Basis „eines klaren Willens, sondern aufgrund von einer Oszillation von Absichten" (ebd.) geschehen. Durch die Missachtung von Menschenrechten bei den DemonstrantInnen[6] wurde eine weitere Strategie verfolgt: „Den Kopf oder den Arm eines fünfzehnjährigen Jugendlichen einzuschlagen, hat ein klares Ziel: durch die Gewalterinnerung den Ordnungsruf „Du darfst nicht demonstrieren" körperlich einzuschreiben; das ist es, was die Militärs dieser Republik damit erreichen wollten" (Caminiti 2001,191). Kollektive, körperlich eingeschriebene Angst sollte also erreicht werden. In den Jahren nach Genua zeichnete sich in Bezug auf die Aufarbeitung der Geschehnisse von Genua von Seiten des italienischen Staates eine klare Linie ab: Die Prozesse gegen Polizei und Militär wurden mehrheitlich auf Eis gelegt, wie auch der Prozess gegen den Mörder von Carlo Giuliani eingestellt worden ist.

Ende 2007 wurde der erste Maxi-Prozess gegen AkivistInnen abgeschlossen: und zwar gegen die 25 italienischen AktivistInnen, denen „Verwüstung und Plünderung" in Genua vorgeworfen wurde.[7] Von öffentlicher Anklageseite waren im Oktober 225 Jahre Haft gegen die AktivistInnen gefordert worden. Im Endeffekt wurde das Strafausmaß mehr als halbiert: 110 Jahre für 24 der 25 AktivistInnen. 110 Jahre sind, so die italienische Rechtshilfe, „der Preis, den man bezahlen muss, wenn man die eigenen Ideen ausdrückt und gegen den Status quo eintritt." Gleichzeitig kann die Verringerung des Strafausmaßes aber auch als Erfolg der Bewegung gelesen werden, die Anfang November wieder die Straßen Genuas füllte und zeigte, dass es ein kollektives soziales und politisches Gedächtnis gibt. 80000 demonstrierten gegen die Krmininalisierung der Bewegung. „La storia siamo noi", „Die Geschichte sind wir", so das Transparent, das den Demonstrationszug anführte[8].

E-Mail: sterita310@gmx.at

Bibliographie:

Übersetzungen einiger italienischer Zitate von der Autorin

Andretta/della Porta/Mosca/Reiter (2003): No Global - New Global. Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung. Frankfurt/New York.

Associoazione Ya Basta (2000): The Age of Clandestinity. Mailand.

Azzellini, Dario (Hg.) (2002): Genua. Italien. Geschichte. Perspektiven. Berlin.

Azzellini, Dario (2001): Von den Tute Bianche zu den Ungehorsamen. In: Arranca. Nr. 23. Berlin. S.27-30

Berardi, Franco (Bifo) (2002a): Dopo Porto Alegre: guerra interna al capitale globale e autoorganizzazione del lavoro cognitivo. In: Derivo Approdi Nr. 21. Roma.S.2-4

Caminiti, Lanfranco (2001): Uomini neri e drappi giallirossi. In: AA.VV (2001): La sfida al G8. Rom. S. 181-192

Crimethinc (2006): Ricette per il caos. Manuale di resistenza urbana. Roma.

CSOA Auro e Marco (1994): Metropoli:conflitto continuo. In: Canevacci/De Angelis/Mazzi (Hg.) (1994): Culture del conflitto. Rom. S.48-54

D'Amico, Tano (2004): La dolce ala del dissenso. Figure e volti oltre i cliché della violenza. Neapel. (Photoband)

De Pieri, Gianmarco (2002): Appunti di metdodo. Ovvero quanto lavoro a genova. In: Posse. Filosofie, Politica. Moltitudini. Rom: S. 128-141

Fumagalli, Andrea (2002): Futur Anterieur. Bewegung und Bewegungen in Italien. In: Jungle World – Subtropen Nr.19, 11.11.2002.

Genoa Social Forum (2001): Genova. Il libro bianco. Genua.

Global Project: www.globalproject.info

Hardt, Michael/ Negri, Antonio (2004): Multitude, Krieg und Demokratie im Empire. Frankfurt/New York

Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt/New York

Interview mit Daniele Coeluppi, AQ16, Reggio Emilia, Oktober 2007

Interview mit Neva Cocchi, TPO und Assoziation Ya Basta, Bologna, Juli 2005

Interview mit Francesco, Centro sociale TPO und Kollektiv Passe Partout, Bologna, Juli 2005

L'Autore Multiplo RAM (Carli, Conti ,Pauer, Tiddi, Valentini, Vazquez) (1994): Luoghi e itinerari del conflitto metropolitano. In: Canevacci; De Angelis; Mazzi (Hg.) (1994): Culture del conflitto. Rom

Libera Università Contropiani Bologna (2002): Derive e approdi del movimento in Italia. In: Derive Approdi Nr.22. Rom. S.11-14

Maffeis, Stefania (2002): Interview mit Roberto Bui. In: Azzellini, Dario (Hg.) (2002): Genua. Italien, Geschichte. Perspektiven. Berlin. S. 133-144

Martelloni, Federico (2002): Il tempo della disobbedienza. In: Montagna, Nicola (Hg.) (2002): Controimpero. Per un lessico dei movimenti globali. Rom. S. 145-154

Mezzadra, Sandro/Raimondi, Fabio (2003): Globale Bewegung zur Multitude. Thesen über die Situation der Linken nach Genua. Jungle World. Subtropen 7/2003

Mezzadra, Sandro (2002): Europa, spazio politico globale. Derive approdi Nr. 22. Rom. S.2-4

Negri, Antonio (2002): La moltitudine e la metropoli. Alcune note in forma di ipotesi per un'inchiesta sul precariato nelle città globali. In: Posse. Politica. Filosofia. Moltitudini. Rom. S.309-317

Negri, Antonio (2001): Così cominciò a cadere l'impero. In: AA.VV (2001): La sfida al G8. Rom. S. 91-104

Notes From nowhere Collective (2004): Clandestinity: Resisting State Repression. In: Notes From Nowhere Collective (Hg.): We are everywhere

www.narconews.com/Issue34/article1098.html (Stand 27.2.2006)

Petrillo, Agostino (2002a): Genova, la settimana delle meraviglie. In: Derive Approdi 21.Rom. S. 27-37

Petrillo, Agostino (2002b): Città in rivolta. Los Angeles, Buenos Aires, Genova. Rom.

Pink, Paula/Silver,Sara (2002): Neue Zeiten – Neue Aktionsformen.

www.copyriot.com/bewegt/p&s+tb.html#start (Stand 1.6.2004)

Raparelli, Francesco (2002): Von der Niederlage 1977 zur „Bewegung der Bewegungen". In: Azzellini, Dario (Hg.) (2002): Genua. Italien,. Geschichte. Perspektiven. Berlin. S. 77-88

Sansonetti, Lorenzo (2002): Centri sociali di seconda generazione. In: Posse. Filosofie. Politica. Moltitudini. Rom.S.186-196

Vecchi, Benedetto (2002): Zona rossa. In: AA.VV (2001): La sfida al G8. Rom. S.143-156

Anmerkungen:

1 Centri Sociali lassen sich als zumeist besetzte, soziale, kulturelle und politische Zentren beschreiben, die jedoch in ihrer Vielfalt kaum verallgemeinerbar sind. Es handelt sich um gelebte Räume, in denen „andere Formen" des sozialen Umgangs und der Wissensproduktion praktiziert werden und Körperlichkeit sowie freud- und lustvolles Handeln ebenso relevant sind - und als politisch aufgefasst werden - wie die politischen Kämpfe um ein Grundeinkommen, gegen Prekarisierung, Krieg, Ausbeutung und für MigrantInnenrechte. Selbstverwaltung, Eigenproduktion, politische Autonomie und Unabhängigkeit von Parteien, Gewerkschaften und Institutionen zählen zu den Grundpfeilern der meisten Centri Sociali.

2 Das „Luther Blissett" Projekt war ein Kollektiv, das von 1994 bis 1999 existierte und aus der Erfahrung der Besetzung der Literatur-Fakultät in Bologna im Jahr 1990 hervorgegangen war. Zentral für das „Luther Blissett" Projekt war die Praxis des kollektiven Schreibens, das als Gegenstück zur intellektuellen Urheberschaft angesehen wurde. Das Kollektiv wendete sich gegen den „Geniekult" sowie die Annahme, dass der Autor/die Autorin der/die originäre ErfinderIn der jeweiligen Texte bzw. Geschichten sei. Vielmehr wurde das Schreiben (ebenso wie andere gesellschaftliche Praxen) als ein Produkt der gesellschaftlichen Produktion betrachtet (vgl. Maffeis, 2002: 133).

3 Insbesondere auch im Bereich der Bewegung für die Rechte von MigrantInnen: So organisierten verschiedenste Centri sociali ganz Italiens gemeinsam mit MigrantInnenorganisationen im März letzten Jahres eine autonome Demonstration gegen Abschiebegefängnisse und für die Legalisierung von MigrantInnen. An dieser nahmen über 5000 Menschen teil, es kam beim Versuch, die Polizeimauer am Weg zum Abschiebegefängnis zu durchbrechen wieder zu symbolischen Zusammenstößen zwischen Polizei und AktivistInnen der ehemaligen Disobbedienti.

4 Dieser Artikel ist historischer Natur, ich gehe nicht näher auf Theorie und Praxis der letzten Jahre ein, deshalb sind diese kurzen Anmerkungen gezwungenermaßen unvollständig und beschränkt.

5 Daniele Codeluppi, Reggio Emilia

7 In der Nacht vom 21. auf den 22. Juli 2001 wurde die Schule A. Diaz, in der DemonstrantInnen und JournalistInnen schliefen, von Sondereinheiten der italienischen Polizei gestürmt. Bei dieser Razzia wurden die zum Teil schlafenden Personen so stark geprügelt, dass 60 der 93 Anwesenden auf Krankenbahren heraus getragen wurden. Mehrere Personen wurden lebensgefährlich verletzt, einige fielen ins Koma (vgl. La Repubblica, 24.7.2001). Viele der Verletzten wurden in Gefängnisse weitergebracht. Die offizielle Einsatzbegründung war, dass sich in dieser Schule der harte Kern des Black Block befunden habe, der die Ausschreitungen provoziert habe. Es hatte kein Durchsuchungsbefehl vorgelegen, die Polizei berief sich auf den Artikel 41 der Strafprozessordnung, wonach ein Ort ohne richterliche Anordnung durchsucht werden kann, wenn der Verdacht auf das Vorhandensein von Waffen besteht und eine Dringlichkeitssituation gegeben ist (vgl. Azzellini 2002, 16). Es wurde behauptet, dass nach der Untersuchung zwei Molotowcocktails gefunden worden seien. Die von dieser Razzia betroffenen und krankenhausreif geschlagenen Personen waren hauptsächlich AktivistInnen der unabhängigen Medienagentur Indymedia, aber auch etwa Lorenzo Guadagnucci, Wirtschaftsredakteur der konservativen Bologneser Tageszeitung Il Resto del Carlino (vgl. Azzellini 2002, 16 und della Porta 2003, 32 f.). In derselben Nacht wurde auch eine Razzia in der gegenüberliegenden Pertini-Schule durchgeführt, in der sich der Sitz des Genoa Social Forums und der des Media Centers befanden. Auch hier wurden Menschen geprügelt, die Einrichtung und Computer der JounalistInnen von Indymedia zerstört, die Computer-Festplatten der Rechtsanwälte und Foto- und Filmmaterial beschlagnahmt. (vgl. La Repubblica, 23.7.01; della Porta 2003, 33 und Azzellini 2002, 16). Die Annahme des Genoa Social Forums ist, dass durch die Aktion Beweismaterial zu den Polizeiübergriffen zerstört werden sollte. Die Polizei meinte später zu den Vorkommnissen, dass sie „Pressezentrum sowie den Sitz des GSF und seiner Rechtsanwaltgruppe nur aus Irrtum betreten und sofort wieder verlassen [haben], nachdem der Irrtum erkannt worden sei" (della Porta 2003, 33). Viele der während der Proteste Verhafteten wurden in die Kaserne Bolzaneto, die zum Zwecke des G8-Gipfels in ein Gefängnis umgewandelt worden war, gebracht. Hier kam es zu schweren Misshandlungen der inhaftierten DemonstrantInnen. Diensthabende waren hier unter anderem Polizisten der Spezialeinheit GOM (Gruppi operativi mobili), die 1997 eingerichtet wurde, und das Ziel hat, die gefährlichsten Gefangenen zu überwachen. Diese Spezialeinheit war bereits 1998 und 2000 in „Gewaltepisoden in den Gefängnissen von Mailand und Sassari verwickelt" (della Porta 2003: 215). In Bolzaneto war das Recht, einen Anwalt zu sprechen, bereits im Vorfeld per Dekret aufgehoben worden. Die Staatsanwaltschaft begründete dieses Verbot damit, dass neben logistischen Problemen Verdunkelungsgefahr bestehe (ebd.). Den Verhafteten wurde Essen und Trinken vorenthalten, sie wurden akustischem Stress ausgesetzt, zu Schlafentzug gezwungen und mussten teilweise viele Stunden mit erhobenen Händen an der Wand stehen. In der italienischen Presse war lange Zeit vom „Lager Bolzaneto" die Rede: Frauen waren sexualisiertem (Psycho-)Terror ausgesetzt, viele wurden geschlagen, Gefängnisärzte rissen den Menschen Piercings aus und die Köpfe der Gefangenen wurden an den Wänden blutig geschlagen. Viele wurden dazu genötigt, faschistische Lieder zu singen. Laut Berichten von Amnesty International kam es in den Gefängnissen, in den Kasernen und Polizeiwagen zu systematischen Folterungen. Ein Einsatzpolizist sagte nach den Geschehnissen in einem Interview: „Die grundlegende Kultur in unseren Einheiten ist rechts, eine militärische Kultur. In Bolzaneto gibt es Sympathisanten von Forza Nuova (eine faschistische Partei, Anm. St.W.), man sieht sogar einige Hakenkreuze. In der Einsatzpolizei herrscht eine Kultur der Gewalt, vielen gefällt die Vorstellung zu prügeln" (Il manifesto, 1.8.2001). Laut Berichten von Festgenommenen (vgl. Azzellini 2002, 19 und La Repubblicca, 26.7.2001) hingen an den Wänden der Polizeireviere Bilder von Mussolini und Fotos der deutschen Wehrmacht. Am Samstagabend nach der Großdemonstration wurde der Einsatz der Polizei in der Sporthalle „Palasport" des Genueser Messegeländes gefeiert. 70 der 270 aus Bologna eingesetzten Polizisten hatten sich ein T-Shirt drucken lassen, auf dem geschrieben stand: „G8, Genua, Juli 2001. Ich war dabei". Das auf das T-Shirt gedruckte Bild zeigt einen am Boden liegenden Demonstranten, auf den von einem Polizisten in Robocop-Kleidung eingeprügelt wird (vgl. Azzellini 2002, 19).

7 Der zweite große Prozess gegen AktivistInnen wird in den nächsten Monaten abgeschlossen werden: der gegen 13 AktivistInnen von „Sud Ribelle", die wegen „subversiver Vereinigung" angeklagt sind. Von Anklageseite wurden im Jänner insgesamt 76 Jahre (Haft bzw. andere freiheitseinschränkende Maßnahmen) gefordert, für die ehemaligen Sprecher der Disobbedienti Luca Casarini und Francesco Caruso wurden jeweils 6 Jahre Haft gefordert. Auch hier wurde für eine Soli-Demo mobilisiert: Im kalabresischen Cosenza (wo auch der Prozess stattfindet) demonstrierten am 2. Februar über 15 000 Menschen gegen die Kriminalisierung der AktivistInnen unter dem Leitmotiv „Siamo sempre sovversivi", „Wir sind immer (noch) subversiv".

8 Mit diesem Gerichtsurteil, das für zwei Personen Haftstrafen von elf Jahren bedeutet, wird die immer wieder versuchte Spaltung in „gut" und „böse" fortgeschrieben: Während 14 AktivistInnen, die wegen der Geschehnisse beim Demozug der Disobbedienti in der Via Tolemaide angeklagt worden waren, ein deutlich verringertes Strafausmaß bekamen, sind diejenigen, die als Black Block eingestuft wurden, wegen „Verwüstung und Plünderung" verurteilt worden, und zwar mit Haftstrafen von 6 bis 11 Jahren.

Robert Foltin

Reelle Subsumption des Lebens unter das Kapital

Dieser Artikel ist ein Abschnitt aus einem größeren Text mit dem Arbeitstitel „Körper der Multitude". In einem ersten Teil geht es um die Produktion von Körper und Geschlecht sowie der Beziehung zwischen verschiedenen Arten der Arbeit (oder der Tätigkeit). Dabei wird die „Produktivität" für die kapitalistische Verwertung nur am Rande behandelt. Das ist das Thema dieses Artikels[1].

In den „Resultaten des unmittelbaren Produktionsprozesses" führt Marx (1969) die Unterscheidung zwischen *formeller* und *reeller Subsumption* der Arbeit unter das Kapital ein (vgl. Birkner / Foltin 2006, S. 89). Formelle Subsumption ist die Verwandlung von ehemaligen Handwerker_innen (aber auch Bäuer_innen und Sklav_innen) in entlohnte Arbeiter_innen, typischerweise in der Manufaktur (Marx 1969, S. 46ff). Der Arbeitsprozess unterscheidet sich noch nicht von dem in der vorkapitalistischen Produktionsweise. Die reelle Subsumption der Arbeit bedeutet die Organisation der Arbeit durch das Kapital in der großen Fabrik, die entsprechenden Produktionsmittel, insbesonders die Maschinerie werden durch die Unternehmer_innen zur Verfügung gestellt. Das Kapital ist nicht mehr nur Dirigent, sondern der Organisator der Arbeit, das Verhältnis zwischen Kapital und Proletariar_innen wird nicht allein durch den Lohn (oder andere, nicht nur monetäre Mittel) hergestellt, sondern durch die direkte Anordnung der Produktion in der Fabrik.

Im Gegensatz zur Manufaktur erscheinen die Produkte in der großen Fabrik nicht mehr als Ergebnis der lebendigen Arbeit, sondern des Kapitalismus. Besonders durch den Taylorismus, die Zerlegung der Arbeitsschritte am Fließband, erfüllt sich der Traum der Unternehmer_innen, dass die Produktion vermeintlich ohne störende Proletariar_innen funktioniert. Die in der Fabrik vergesellschaftete Arbeit erscheint als Teil der kapitalistischen Maschinerie. Während die formelle Subsumption eine Autonomie im Arbeitsprozess zuließ, damit auch Vorstellungen von Selbstverwaltung, so bedeutete die reelle Subsumption die Reduktion der Arbeiter_innen zu einem Anhängsel der Maschinen. Die vollkommene Enteignung des Wissens und Könnens der so genannten Massenarbeiter_innen am Fließband (die „Degradierung zum Affen") ließ keine Identifikation mit der Arbeit mehr zu, die Arbeiter_innen kämpften nicht mehr um die Arbeit, sondern gegen die Arbeit.

Der Kapitalismus hat die Tendenz, immer größere Bereiche der Welt und des Lebens zu unterwerfen. Da es kein räumliches Außen mehr gibt, verändert sich die Intensität der Unterwerfung in bereits eroberten Gesellschaften. Wir leben in einer Phase des Übergangs, die auch als Verschiebung von der formellen zur reellen Subsumption des Lebens analysiert werden kann. Immer größere Massen von lebendiger Arbeit wurden und werden zu Lasten der bäuerlichen Bevölkerung der Fabrikdisziplin unter-

worfen, in den ersten zwei Dritteln des 20 Jahrhundert in den Industriestaaten, jetzt auch immer mehr im Trikont. Aber auch immer größere Bereiche des Lebens unterliegen der „Fabrikgesellschaft“. In der „Arbeit des Dionysos“ beschreiben Negri / Hardt (1997, S. 116ff) die Verschiebung hin zur reellen Subsumption in Bezug auf die „Zivilgesellschaft“ (sichtbar als Parteien und Gewerkschaften, aber auch in den Strukturen der „Neuen Sozialen Bewegungen“): zur Zeit des „fordistischen“ Wohlfahrtsstaates bestanden politische Parteien und Gewerkschaften, aber auch Bürger_inneninitiativen, Vereine, Kirchen etc. in einer relativen Autonomie gegenüber dem Staat, waren nur „formell subsumiert“. Sie hatten die Funktion eines Transmissionsriemens zwischen Staat und Gesellschaft, indirekt auch zwischen Kapital und Gesellschaft. Die Bevölkerung wurde in die herrschenden Strukturen integriert, zugleich konnten die verschiedenen sozialen Gruppen die staatliche Organisation über die Zivilgesellschaft beeinflussen.

Der aktuelle Diskurs über „Neoliberalismus“ und eine angebliche Krise der Staatlichkeit erfasst die Veränderungen nicht wirklich. Es ist nicht der Staat, der verschwindet, Repression und Kontrolle sind stärker denn je. Es ist eher so, dass die Zivilgesellschaft (und nicht der Staat) ans Ende ihrer Bedeutung gekommen ist (vgl. Negri / Hardt 1997, S. 117). Der Einfluss von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Vereinen hat sich verringert, ideologisch wird das „individuelle Selbst“, das sich verkaufen muss, propagiert. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollen nicht mehr bloß dem Kapitalismus zuarbeiten, sondern sollen sich darüber hinaus selbst kapitalistisch organisieren. Der Kapitalismus greift jetzt direkt auf die lebenden und arbeitenden Individuen zu.

Diese Transformationen auf gesellschaftlicher Ebene lassen sich auch als Übergang von der Disziplinargesellschaft zur Kontrollgesellschaft analysieren, wie Deleuze (1992) anhand von Foucault zeigt.

In der Disziplinargesellschaft geht es darum, dass die Individuen, Klient_innen in Schule, Kaserne, Familie, Gefängnis, Psychiatrie genormt/geformt werden, sich in relativer Einheitlichkeit anpassen müssen. Die ganze Lebenszeit wird erfasst, Menschen bewegen sich aus der Familie in die Schule, aus der Schule in die Kaserne, in die Fabrik, zum Schluss endet mensch im Krankenhaus oder im Altersheim. Daneben funktionieren die Institutionen Gefängnis und Psychiatrie, um Außenseiter_innen wieder zu normalisieren. In den Institutionen wird Kommunikation zwischen Klient_innen unterdrückt oder behindert, sie werden gezwungen, über ein kontrollierendes, beobachtendes Zentrum zu kommunizieren. Das Leben ist durch Institutionen unterteilt, so wie auch der Raum und die Zeit der Klient_innen, Arbeiter_innen etc. (Birkner / Foltin 2006, S. 91). Die Institutionen geben normierte Menschen an die Gesellschaft zurück, normalisierte Arbeitskräfte, die Massengüter konsumieren sollen und sich in der Familie reproduzieren.

Die Krise der Institutionen der Disziplinargesellschaft durch die Revolten von 1968 und danach bedeutete keine Auflösung, sondern die Ausbreitung von diesen auf die ganze Gesellschaft. In der Kontrollgesellschaft hat das Eindringen und Akzeptieren des Lebens (Kommunikation, Kooperation, soziale Kontakte und Beziehungen) in die Institutionen als Gegenstück die Ausdehnung der Institutionen auf die ganze Gesellschaft. Das Gefängnis wird zur allgemeinen Überwachung, die Schule zu lebenslangem Lernen, die Psychiatrie in vielen Teilen in Selbsthilfegruppen ausgelagert. Die Institutionen werden immer mehr von Instrumenten der Disziplinargesellschaft, die normierte Personen an die Gesellschaft zurückgeben, zu Kontrollpunkten, von denen sie die ganze Gesellschaft überziehen (Birkner / Foltin 2006, S. 91).

Nicht mehr die Institutionen der Disziplinargesellschaft formen die Individuen, sondern das unternehmerische und eigenverantwortliche Selbst ist es, das „verantwortlich“ ist, nicht nur für Arbeit und Konsum, sondern auch für Bildung und Gesundheit. Der Kapitalismus scheint das ganze Leben zu organisieren. Auch wenn wir es sind, die lebendige Arbeit, unser Leben und unsere Beziehungen, die die Gesellschaft erzeugen, den Zusammenhang scheint der Kapitalismus herzustellen. Die Entwicklung hin zur reellen Subsumption, zur immer intensiveren Verwertung findet etwa in der Produktion von Wissen statt wie auch in der Produktion von Körper und Geschlecht. Es ist ein Durchgang durch (staatliche) Institutionen hin zu einem eigenverantwortlichen kapitalistischen Selbst.



Vor dem (industriellen) Kapitalismus gab es das Alltagswissen der Bäuer_innen, der Handwerker_innen etc. und eine schmale Elite, die „wissenschaftliches" Wissen produzierte. Mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft entstand der Anspruch eines „dritten Standes" zum weiteren Ausbau des Wissens, es blieb aber ein bürgerliches gesamtgesellschaftliches Wissen, das sich um geniale Einzelne gruppierte. Die Massen blieben ungebildet, für die Fabriken war hauptsächlich die Ausbeutung der Handarbeit und der Körperkraft interessant. Der Wunsch nach allgemeiner Bildung („Schulpflicht") entstand aus den Wünschen der Unterklassen in Zusammenhang mit den bürgerlichen Revolutionär_innen, die formal gleiche Bedingungen einforderten.

Der Fordismus brachte gleichzeitig einen Qualifizierungs- und einen Dequalifizierungsschub. Im Taylorismus werden die einzelnen Arbeitsgänge zerlegt, die Arbeiter_innen müssen nur noch wenige Handbewegungen ausführen, die leicht zu erlernen sind. Parallel steigt aber die notwendige Zahl der Ingenieur_innen und Verwalter_innen in der Fabrik, außerdem wird die Büroorganisation ausgedehnt und die Zahl der angestellten Mitarbeiter_innen steigt. Die Weiterentwicklung Richtung Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft mit Informatisierung und Computerisierung bedeutet neuerlich Qualifizierung auf der einen Seite, etwa für Programmierer_innen, aber auch die Vermehrung unqualifizierter Arbeiten, etwa der einfachen Dateneingabe oder der kommunizierenden Callcenter - Angestellten.

Die Art des Wissens und die Notwendigkeit seiner Produktion haben sich massiv verändert: Vom elitären Einzelgenie des 19. Jahrhunderts ist nicht mehr viel übrig geblieben, das Kapital braucht andere Intellektuelle als damals, eben etwa Ingenieur_innen, die eine möglichst kurze Ausbildung haben und schnell zu verwerten sind. Die Komplexität der Maschinen erfordert mehr Zusammenarbeit. Wurden früher Erfindungen aufgegriffen, wenn die gesellschaftliche Entwicklung dafür reif war (vgl. Braverman 177, S. 26), agierte im Fordismus der Staat als Gesamtkapitalist, der die elitäre Universitätsbildung gewährleistete und auch Grundlagenforschung finanzierte.

Nach der Massenuniversität wird die intellektuelle Entwicklung im „Neoliberalismus" vermehrt unmittelbar vom Kapital organisiert, ob nun direkt in der Firma oder in den kapitalgesponserten Fachhochschulen. Aber auch die meisten entqualifizierten Arbeiten setzen eine gewisse Grundbildung des Lesens und Schreibens voraus, was jetzt die Schulbildung bis in große Teile des Trikonts trägt.

Auch sexuell Arbeiten[2] wird dem Kapitalismus untergeordnet (Lorenz / Kuster 2007):

Nr. 3: Sexuelle Arbeit ist doppelt produktiv: sie produziert Produkte/Dienstleistungen und sie produziert ein vergeschlechtlichtes, verkörpertes, begehrendes Subjekt (S. 153). Nr. 7: Der produktive Charakter sexueller Arbeit wird […] häufig nicht anerkannt und auch nicht entlohnt (S. 154).

Die Erfassung der Körper, des Begehrens, des Sexes und des Geschlechts durch den Kapitalismus erfolgt ebenso zuerst einmal durch die entsprechenden Institutionen im Reproduktionsbereich: Kindergärten, Altersheime, Krankenhäuser, besonders aber durch die Familie. Auch wenn der Staat bereits über Diskurse regelnd in die Familie eingreift, so handelt es sich noch immer um eine maßgeblich selbstorganisierte Struktur. Hohe Löhne und Sozialleistungen im Fordismus fördern den Konsum und sind Kompensation für entqualifizierte und teilweise unerträgliche Arbeitsbedingungen. Die Kleinfamilie hat die Funktion, erholend und ausgleichend zu wirken und nicht zuletzt auch einen Ausgleich zwischen der Forderung nach schnellem Konsum in der Freizeit und längerer Planung zur Anschaffung langlebiger Konsumgüter zu schaffen (vgl. Lüscher 1988, S. 187ff). Die Ernährung und Erziehung der Kinder, die Versorgung und Stabilisierung der männlichen Arbeitskraft, die Produktion von Leben werden im fordistischen Familiensystem in die Reproduktion von Arbeitskraft verwandelt und als notwendiger Bestandteil der Reproduktion des Kapitalismus strukturiert (vgl. Foltin 2005, S. 44).

Konzentrierte sich die Produktion der Geschlechter, die sexuelle Arbeit bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts auf die Familie, so beginnt sich das jetzt zu ändern. Über den Konsum sind schon andere Begehrensformen (etwa Lesben und Schwule) sichtbar geworden und konstituierender Teil der kapitalistischen Verwertung, sexuell Arbeiten findet immer mehr außerhalb von Institutionen statt, auch an bezahlten Arbeitsplätzen. War der Zugriff auf den Körper zuerst noch formend, disziplinierend, normierend, so wird das in die individuelle Eigenverantwortung verlagert. Fitness und Körperbewusstsein, Eigenverantwortung für Gesundheit und Krankheit werden wichtiger als eine Einpassung in eine normierende Institution.

In Zusammenhang mit der Zunahme und Hegemonie der immateriellen Arbeit (die Produkte sind immateriell wie Wissen und Kommunikation), wird in Hardt (2004) die „affektive Arbeit" als Teil der immateriellen Arbeit diskutiert, die Produkte

sind „… ein Gefühl des Behagens, des Wohlergehens, der Befriedigung, der Erregung oder der Leidenschaft, auch der Sinn für Verbundenheit oder Gemeinschaft" (Hardt 2004, S. 182). Darunter sind die „Arbeiten" von der Fürsorge bis hin zu persönlichen Dienstleistungen gemeint, aber es fehlt in dieser Analyse das parallele Erfassen der Erzeugung von Subjektivitäten, eben die Produktion von Weiblichkeit und Männlichkeit wie auch des entsprechenden patriarchalen Unterdrückungsverhältnisses. Die affektive Arbeit erfasst nur den Teil der sexuellen Arbeit, der über das Subjekt, die Subjektivität hinausgeht.

Während im Fordismus ein relativ großer Teil der Bevölkerung andauernde und stabile Subjektivitäten entwickelte („Arbeiter_innen", „Hausfrauen"), wurde das in der Folge immer unsicherer, prekärer. Identitäten werden immer mehr vom Kontext beeinflusst und auch dieser Kontext ist unbeständiger. Kuster (2006, S. 14) beschreibt das an ihrer eigenen Existenz und der eines Mitarbeiters bei der Produktion eines Filmes: einmal nimmt sie (als Frau) die Position einer „Assistentin" ein, ein anderes mal ist sie „eigentliche Filmemacherin" und der Mitarbeiter der interviewte „Flüchtling". Dieses „Durchqueeren" (in Lorenz / Kuster 2007 „Durchqueren") verschiedener Identitäten ist charakteristisch für die „neoliberalen" Verhältnisse, bietet aber in seiner Ambivalenz zugleich Freiheit(en) wie auch Unterwerfung unter kapitalistische Verhältnisse.

Um postfordistische Lebens- und Arbeitsweisen zu erklären, die sich in allgemeiner Prekarisierung und Zunahme affektiver und sexueller Arbeiten kundtun, verwendet Virno (2005, S. 61ff) die Begrifflichkeiten von Aristoteles, der die „menschliche Erfahrung" in die drei Bereiche Arbeit, politisches Handeln und Intellekt einteilt. Immer mehr Arbeiten werden „virtuos" und ähneln „persönlichen Dienstleistungen".

Typisch für diese „Produktionsweise" ist der Zusammenfall der drei Elemente und charakteristisch dafür ist die Virtuos_in, die Interpret_in eines Musikstückes oder eine Redner_in. Das Produkt ist dabei kein Werk, sondern eine Performance. Die Arbeit fällt mit dem öffentlichen Auftritt (typisch für die Politik) zusammen. Die „Partitur", die die entsprechende Arbeit, die Performanz anleitet, ist dabei das allgemeine Wissen, von Virno anhand einer Anmerkung in den „Grundrissen" General Intellect genannt (vgl. unten).

Schon von seinem Ausgangspunkt her übersieht Virno (mit Aristoteles) entscheidende Faktoren der Konstitution der Gesellschaft. Die „menschlichen Erfahrungen" Arbeit, Politik und Intellekt existieren nur in Abgrenzung zu ihren Gegenstücken: der (unbezahlten) Haus- und Beziehungsarbeit, dem Leben im privaten Raum und dem Körper. Was bedeutet das Zusammenfallen der „männlichen", der „zentralen" Elemente mit den unsichtbar gemachten, den ausgeschlossenen? Die postfordistischen Arbeits- und Lebensverhältnisse bewirken ja auch ein Verschwimmen der Grenzen zwischen bezahlter („produktiver") und unbezahlter Arbeit, wie zwischen privat und öffentlich. Und die Virtuos_in kann nur mit „Körpereinsatz" auftreten, der Körper wird nicht nur wie in der Arbeit vernutzt, sondern spielt in seiner (häufig weiblichen) Ausformung eine entscheidende Rolle. Für die Virtuos_in ist das Produktionsmittel das Wissen, das Können, der auf der Bühne präsente Körper, der in der individuellen Konsumtion „erzeugt", vervollständigt, verbessert wurde, vom Lernen, über Stimmtraining bis hin zur Körperpflege. Lorey (2007, S. 8) charakterisiert anhand von prekär lebenden und arbeitenden Künstler_innen, Akademiker_innen etc. diese Formen der Subjektivierung. *Individuelle Reproduktion und Generativität, die Produktion des Lebens individualisiert sich und verlagert sich nun zum Teil „in" die Subjekte selbst hinein. Es geht um Regeneration jenseits der Arbeit, auch durch Arbeit, aber immer noch sehr häufig jenseits von angemessen bezahlter Lohnarbeit. Es geht um (Selbst-)Erneuerung, um ein Aus-sich-selbst-Schöpfen, sich selbst aus eigener Kraft wieder herstellen: eigenverantwortlich. Die Selbstverwirklichung wird zur reproduktiven Aufgabe für das Selbst.* Das ist „sexuell Arbeiten" auch als Herstellung von Heterosexualität und Geschlecht.

Der Übergang von der formellen zur reellen Subsumption findet für die verschiedenen Bereiche jeweils über institutionelle Strukturen statt, mit dem Staat oder mit der Familie. Der Nationalstaat oder seine Institutionen agieren als ideeller Gesamtkapitalist, der das Ganze im Blick hat. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Antwort auf kulturelle Widerständigkeiten in der Nachfolge von 1968. Es gibt den charakteristischen Ablauf: als Antwort auf kulturelle Kämpfe etablieren sich Projekte, manchmal bereits abhängig vom Markt, häufig aber gering subventioniert und unterstützt durch (staatliche) Institutionen und verbunden mit Selbstausbeutung. In der weiteren Entwicklung wird (kapitalistische) Evaluierung verlangt und die Projekte unterliegen dem Zwang der Unterwerfung unter die Verwertung.

Ob jetzt für Wissen und Bildung, Körper und Sex oder Kunst und Kultur, immer größere Bereiche werden zuerst den Institutionen unterworfen, dann der kapitalistischen Organisation. Die Subsumption

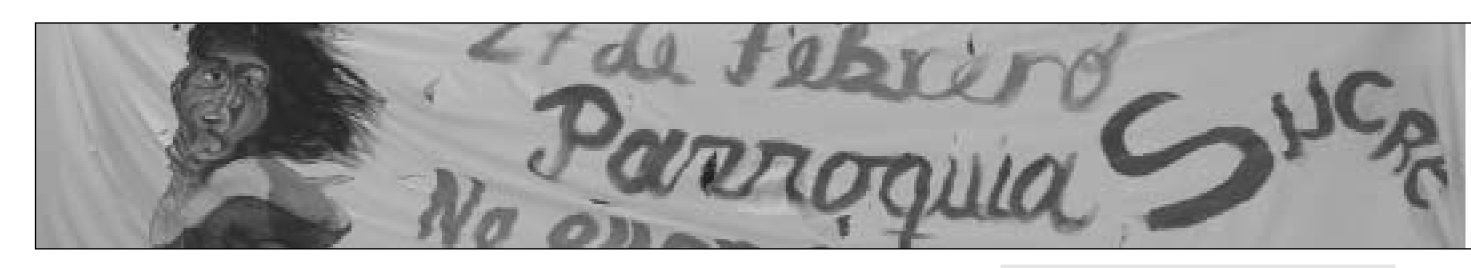
des Lebens unter das Kapital zuerst als Disziplinierung und Kontrolle und dann als Verwertung und Selbstkontrolle. Mit der Wertung als kapitalistisches Selbst wird auch die Produktion von Subjektivität aufgewertet und damit die sexuelle Arbeit.

In heutigen postfordistischen Arbeits- und Lebensverhältnissen ist die reelle Subsumption allerdings eine andere als zur Zeit der Unterwerfung der lebendigen Arbeit unter die Maschinen der großen Industrie. Die Enteignung des Wissens und der Fähigkeiten der Arbeiter_innen betrifft „das ganze Leben". Dieses ganze Leben behält aber auch Elemente der Autonomie, das Verhältnis zur Maschine verändert sich: war diese für die Facharbeiter_innen der Manufakturperiode als Werkzeug eine erweiterte körperliche Möglichkeit als verlängerter Arm (formelle Subsumption) und wurden in der großen Industrie die Arbeiter_innen von der Maschine dominiert, so ist die heutige Situation der individuellen Besitzer_innen von Handys und Computern beides zugleich: die „Maschine", etwa als Wissen oder Körperlichkeit, ist Werkzeug unter der Kontrolle der Arbeitenden, wobei die individuelle und kollektive Autonomie größer ist, als es den Facharbeiter_innen je möglich war (darum spricht Virno von neuerlicher „nur formeller Subsumption" Colectivo Situaciones / Virno 2006, S. 10). Umgekehrt sind aber die Arbeiter_innen noch mehr abhängig von den Maschinen, ein Leben ohne Internet oder sonstigen Kommunikationsmittel ist nicht mehr möglich. Und diese Kommunikationskanäle sind kapitalistisch organisiert, vom Internet bis hin zur Mobiltelefonie. Und auch die Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten durch Staat und Kapital sind intensiver als es gegenüber den Fließbandarbeiter_innen je sein hätten können.

Das Gleiche gilt, wenn der Körper als Werkzeug der sexuellen Arbeit betrachtet wird, wie in der affektiven Arbeit als Teil der immateriellen Arbeit diskutiert. Es gibt soviel Autonomie und Selbstkontrolle wie noch nie, die Einzelnen hatten noch nie soviel potentielle Entscheidungsfreiheit in Bezug auf ihre Lebensformen, eine körperliche Vielfalt ist möglich, die nur immer wieder an die Grenzen der Verwertung stößt. Zugleich aber hat es noch nie einen so intensiven Zugriff auf den Körper und das Leben durch den Kapitalismus gegeben. Die Arbeitsbedingungen der in Haus- und Betreuungsarbeit beschäftigten Migrantinnen sind teilweise unerträglich. Die tägliche Körperproduktion ist besonders für Frauen anstrengend und aufwändig, das Lächeln der Kundenbetreuerinnen und Bedienungen ist künstlich und gequält. Der Körperkult in der Öffentlichkeit kaum auszuhalten. Der Körper ist mehr dem Kapitalismus unterworfen denn je, die Ausbeutung dringt tiefer ein, als mensch es sich früher hat vorstellen können.

Der Kapitalismus ist abhängig vom Wissen, vom Intellekt, von den Beziehungen, den Gefühlen, von den Subjektivitäten, er ist abhängig von der Autonomie und Unabhängigkeit der Körper und der Leben. Um die Ausbeutung zu gewährleisten, muss das alles gefördert werden. Zugleich wird es aber immer sofort der Verwertung unterworfen, was die Autonomie und Unabhängigkeit wieder einschränkt. Ein Beispiel ist der widersprüchliche Umgang mit Wissen und Kreativität: einerseits muss das freie Fließen gefördert werden, durch die potentielle Unendlichkeit geht aber die Möglichkeit der Verwertung gegen Null. Darum Einschränkungen und die Erzeugung von künstlichem Mangel durch Copyright-Gesetze. Auch die Vielfalt der Körper, des Begehrens, der Beziehungen wird anerkannt, solange es der Verwertung unterliegt. Nicht kommerzielles Leben wird sofort eingeschränkt, begrenzt, privatisiert. Ein Beispiel ist die Säuberung öffentlicher Plätze von auffälligen Individuen, die als kommerzielle Subkulturen sehr wohl existieren dürfen. Und diese Widersprüche produzieren immer wieder Revolten, die Negation, den „Schrei" (Holloway 2002). Wir, die Multitude produzieren den Kapitalismus, aber wir leiden auch am herrschenden System. Es geht darum, in den unterschiedlichen Kämpfen dem Kapitalismus seine eigene Melodie vorzuspielen und dadurch die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Im und gegen den Kapitalismus.

E-Mail: r.foltin@aon.at



Literatur:

Atzert, Thomas / Müller, Jost (2004): Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Birkner, Martin / Foltin, Robert (2006): (Post-)Operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Multitude. Geschichte & Gegenwart, Theorie & Praxis. Eine Einführung. Stuttgart: Schmetterling Verlag. Theorie.org.

Boudry, Pauline / Kuster, Brigitte / Lorenz, Renate (1999): Reproduktionskosten fälschen! Heterosexualität, Arbeit und Zuhause. Berlin: b_books.

Braverman, Harry (1977): Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß. Frankfurt / New York: Campus.

Colectivo Situaciones / Virno, Paolo (2006): Die Reife der Zeit: Zur Aktualität der Multitude. In: grundrisse 20, S. 6-11.

Deleuze, Gilles (1992): Foucault. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foltin, Robert (2005): Fordismus und Familiensystem. In grundrisse 16, S. 41-47.

Hardt, Michael (2004): Affektive Arbeit. In: Atzert / Müller: Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität, S. 175-188.

Holloway, John (2002): Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Kuster, Brigitta (2006): Die eigenwillige Freiwilligkeit der Prekarisierung. In: grundrisse 18, S. 12-15.

Lorenz, Renate / Kuster, Brigitta (2007): sexuell arbeiten, eine queere perspektive auf arbeit und prekäres leben. Berlin: b_books.

Lorey, Isabell (2007): VirtuosInnen der Freiheit. Zur Implosion von politischer Virtuosität und produktiver Arbeit. In: grundrisse 23, S. 4-10.

Lüscher, Rudolf M. (1988): Henry und die Krümelmonster. Versuch über den fordistischen Sozialcharakter. Tübingen: Konkursbuchverlag.

Marx, Karl (1969): Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Frankfurt am Main: Verlag neue Kritik.

Negri, Antonio / Hardt, Michael (1997): Die Arbeit des Dionysos. Berlin: Edition ID-Archiv.

Virno, Paolo (2005): Grammatik der Multitude. Wien: Turia+Kant.

Anmerkungen:

1 Im an den Artikel anschließenden Teil wird es um Widerständigkeiten gehen, die „Subjekte" begründen, von der Arbeiter_innenklasse bis hin zu unterschiedlichen Begehrensformen (nicht nur Schwule und Lesben), die um Anerkennung kämpfen. In einem weiteren Teil geht es dann um die Ausarbeitung des Nicht-Subjekts „Multitude" als im Werden begriffenes Ensemble „gesellschaftlicher Individuen", die ihr Gemeinsames im „General Intellect", dem allgemeinen Wissen, und in der Vielfalt der körperlichen und nicht-körperlichen Beziehungen finden. Den Schluss bilden Spekulationen, inwiefern aktuelle nicht repräsentierbare Kämpfe über den Kapitalismus hinausweisen.

2 Der Begriff der „sexuellen Arbeit" wird in Boudry et.al. (1999) und Lorenz / Kuster (2007) herausgearbeitet. Dabei geht es um die Produktion von (heterosexuellen) Beziehungen und (nicht nur) geschlechtlicher Subjektivität (die tagtägliche Herstellung von „Frauen" und „Männern"). Das passiert auf verschiedenen Ebenen, einmal als Arbeitsteilung zwischen „zu Hause" und „in der Arbeit", weiters in der geschlechtlichen Zuschreibung von Arbeiten im Allgemeinen. Aber auch innerhalb von (Lohn)Arbeitsprozessen, am Fließband weniger als in Dienstleistungsberufen, wird etwa durch Rollenverteilungen oder Flirtverhalten zwischen Verkäuferinnen und Kund_innen Heterosexualität und Geschlecht nicht nur bestätigt, sondern produziert.

Engelbert Stockhammer

Anatomie und Auswirkungen der US-Immobilienkrise

Von der sub-prime Krise zur Wirtschaftskrise?

Am 22. Jänner 2008 reduzierte die Federal Reserve (Fed), die US-Zentralbank, in einer außerordentlichen Sitzung ihren Leitzins um einen ¾ Prozentpunkt. Dies ist die größte Zinsreduktion seit einem Vierteljahrhundert. Am Tag davor war es an den internationalen Börsen zu schweren Kurseinbrüchen gekommen. In den ersten drei Wochen des Jänners wurden nicht weniger als 5 Billionen US $ an Buchwerten vernichtet. Es gibt sie also wieder, die Finanzkrisen!

Ganz neu sind sie ja nicht. Seit der großen Deregulierung der Finanzmärkte durch den Neoliberalismus seit Anfang der 1980er Jahre treten sie als schreckliche und unberechenbare Monster immer wieder in Erscheinung und versetzen sogar jene in Angst und Schrecken, die ansonsten im globalen und flexiblen Kapitalismus profitabel zuhause sind: transnationale Konzerne und institutionelle Investoren. Die meisten und schwersten Finanzkrisen spielten sich an der aufstrebenden Peripherie des globalen Kapitalismus ab: Die Schuldenkrise in Lateinamerika Anfang der 80er, die Peso-Krise Anfang der 90er, die Südostasienkrise 1997/98, dazwischen die Türkei (1994 und 2001) und Russland. Auch in den westlichen Zentren gab es welche: ein Börsenkrach 1987, die Krise des Europäischen Währungssystems 1992/93, schließlich die Börsenkrise durch das Platzen der *telecom bubble* (2000/01). Dieser Artikel diskutiert (1) den Ausgangspunkt der Krise in Immobilienkrediten mit geringer Bonität, gibt (2) einen kurzen Überblick über die Ausweitung der aktuellen Krise,[1] versucht (3) die Krise im Rahmen des finanz-dominierten Akkumulationsregime zu kontextualisieren und kommentiert (4) die wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Krise.

Die sub-prime Krise

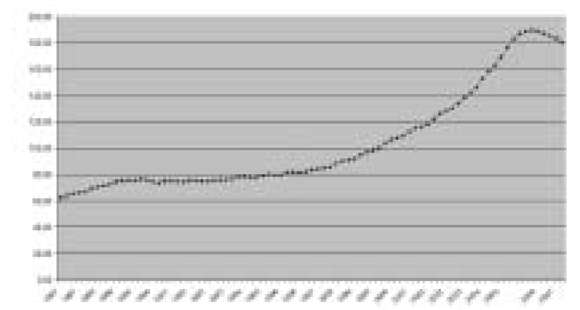
Die aktuelle Krise zwingt zum Lernen neuer Akronyme: *sub-prime*, NINA, ARM, ABS, CDO … . Dabei ging es doch zunächst nur um die Erfüllung des harmlosesten Teils des amerikanischen Traums: Den Besitz eines eigenen Hauses. Zu dessen Erfüllung muss oft ein Kredit aufgenommen werden. Verdächtig schnell war nach der Krise 2001 Ruhe eingekehrt auf den Finanzmärkten und der Immobiliensektor boomte. Die Grundstückpreise stiegen: Seit 2000 um mehr als 7% pro Jahr (seit 2004 gar mehr als 10%). Die Kreditvergabe an Haushalte wurde damit zu einem lukrativen und sicheren Geschäft für die Banken. Die Häuser stiegen in ihrem Wert; wer seinen Kredit nicht mehr bezahlen konnte, verkaufte sein Haus und konnte damit ohne größere Verluste (zumindest für die Bank) den Kredit zurückzahlen. Die Banken wurden im Marketing der Kredite aggressiver und in der Vergabe freizügiger. Der *sub-prime market* war geboren – damit sind Haushalte mit geringer

Kreditwürdigkeit, vulgo: jene, die früher keinen Kredit bekommen hätten. Ende 2006/Anfang 2007 war die Euphorie so groß, dass selbst Einkommen und Vermögen der Kreditnehmer nicht mehr geprüft wurden – die so genannten NINA Kredite: *no income, no assets*. Um die Kredit auch Haushalten schmackhaft zu machen, die sich nicht verschulden wollen, wurde Kredite mit variablen Rückzahlungsraten (*adjustable rate mortgages*, ARM) geschaffen, die in den ersten Jahren geringe Rückzahlungsraten haben und danach kräftig ansteigen.

Der sub-prime Markt war und ist eigentlich ein kleines Segment des gesamten Kreditmarkts. Jedoch war er in 2006 und 2007 der dynamischste Teil der Kredite und trug einen wesentlichen Teil des gesamten Kreditwachstums. Wie finanzierten die Banken diese rasant anwachsenden Kredite? Sie bündelten diese Kredite und verkauften sie weiter in Form der so genannten *asset backed securities* (ABS) und die *collateralized debt obligations* (CDO) oder gründeten eigenen Zweckgesellschaften in die die Kredite ausgelagert wurden. Der Kredit verschwand damit aus der Bilanz der Bank und die Bank erhielt Geld – zumindest solange alles gut ging.

Und dann geschah das unglaubliche: die Hauspreise hörten auf zu steigen, ja sie begannen sogar zu fallen. Das war natürlich ein harter Schlag für die Wirtschaftspresse der USA, hatte sie doch in ihnen endlich eine Anlageform gefunden, mit der es nur bergauf gehen konnte. Ende der 90er war dort zu lesen gewesen, dass in der New Economy der Dow Jones (der Aktienpreisindex der Wall Street) nur noch oben gehen könne. Unglücklicherweise hatte der Börsenkrach hier die normalen Gesetze der ökonomischen Schwerkraft schmerzhaft in Erinnerung gerufen. Aber die Immobilien würden ganz anders sein, Aktien sind ja nur Papier, aber in Häusern wohnen Menschen und die wollen ja nie alle gleichzeitig ausziehen. Irgendwo müssen sie ja wohnen. Eigenartig, dass die Preise dann 2007 zunächst stagnierten und schließlich gar zu fallen begannen (siehe Grafik 1). Eigenartig und unangenehm, waren doch die sub-prime Kredite in Zeiten der fallenden Hauspreise keine sicheres Geschäft mehr für die Banken.

Grafik 1 Immobilienpreise in den USA, 100 = 1999



Im Laufe des Frühjahrs und Sommers 2007 wurde klarer, dass viele der sub-prime Kredite nicht zurückgezahlt werden würden. Nun ging's ums Kleingedruckte: Wer hatte eigentlich für die Verluste geradezustehen, wenn die den ABS und CDO zugrundeliegenden Kredite nicht insolvent wurden? Etliche Banken mussten ihre Papiere zurücknehmen. Die sub-prime Krise war unangenehm für einige Kreditinstitute schmerzhaft für andere. Manche Banken hatten sich auf das Hypothekargeschäft spezialisiert und waren damit groß geworden ohne dass ihre Einlagen in gleichem Ausmaß gestiegen wären. Die ersten im *sub-prime* Segment aktiven Hypothekarbanken (Countrywide Financial, American Home Mortgage) mussten Konkurs anmelden. Ein ernstes, aber begrenzten Problem, so dachte man …

Der 9. August

… bis zum 9. August. Am 9. August stieg der Zins auf Interbankgeschäfte um kurzfristig 2%-punkte über den Zins auf Staatspapiere. Damit hatte die Krise den Kernbereich des modernen Finanzsystems erreicht. Banken haben im Laufe eines Geschäftstages unterschiedliche hohe Einnahmen und Ausgaben. Schon am nächsten Tag kann aus einem großen Minus ein sattes Plus (zb am Monatsende wenn die Gehälter überweisen werden). Am Interbankenmarkt nehmen und vergeben die Banken untereinander Kredite um ihren Liquiditätsbedarf auszugleichen. Diese Kredite sind überwiegend sehr kurzfristig, oft nur 24 Stunden. Ohne ihn wären innerhalb weniger Tage wohl die meisten Banken zu irgendeinem Zeitpunkt zahlungsunfähig. Üblicherweise sind die Zinsen auf dem Interbankmarkt nur marginal (0,5%-Punkte) höher als jene auf Staatspapiere. Letztere gelten als risikofrei. Die Differenz zwischen den Zinsen auf Staatspapiere und auf Interbankgeschäfte ist als Risikoprämie zu interpretieren. In anderen Worten: Die Banken trauten sich untereinander nicht mehr; sie vermuteten, dass einige von ihnen zahlungsunfähig werden könnten. Die Zentralbanken, die diese Entwicklung unerwartet trafen, reagierten prompt indem sie ihre Liquiditätsangebot erhöhten. In den folgenden Monaten haben die Fed und die EZB wiederholt an kritischen Tagen bis zu 100 Milliarden Euro an kurzfristiger Liquidität angeboten um den Interbankmarkt zu entlasten und die betroffenen Banken anderwärtig mit kurzfristigen Mitteln zu versorgen. Im September 2007 forderte die Krise beinahe ihr vorläufig prominentestes Opfer: die britische Bank Northern Rock, die viertgrößte Hypothekarbank Britanniens und wegen ihres großen Wachstums ein Liebling der Börse, wurde zahlungsunfähig und konnte nur dank umfangreicher staatlicher Garantien am Leben erhalten werden.

Im Laufe des Herbst 2007 begannen dann die Verluste sichtbar zu werden, als die Banken uneinbringbare Kredite abschrieben. Die Beträgen waren gewaltig: Merrill Lynch 24,5 Mrd., Citigroup 22,1 und UBS 18,4 Mrd. US $.[2] Insgesamt wird derzeit von rund 400 Mrd. US $ Verlusten im Zusammenhang mit der *sub-prime* Krise ausgegangen – das ist mehr als das Volkseinkommen Österreichs (rd. 300 Mrd. US $).

Das wacklige Fundament des finanzdominierten Akkumulationsregimes

Die eigentlich wichtige Frage ist, wie sehr die Krise auf andere Wirtschaftssektoren übergreifen wird. Mittlerweile greift die Krise im Finanzsystem um sich. Die Versicherungsbranche wird in Mitleidenschaft gezogen. Amerikanischen *monoliners* hatten ABS versichert und kommen in Schwierigkeiten. Ihre Kreditwürdigkeit wird von den Ratingagenturen herabgestuft. Als Konsequenz müssten auch all von ihnen versicherten Papiere herabgestuft werden. Banken, die diese Papiere halten müssten diese in ihren Bilanzen wertberichtigen, was alleine bis zu 140 Mrd. US $ kosten könnte.[3] Im schlimmsten Fall könnte eine große Bank zahlungsunfähig werden und eine Krise des gesamten Finanzsystems zur Folgen haben. Die Notenbanker werden ihr möglichstes tun, dies zu verhindern. Auch wenn der Super-GAU nicht eintritt, wird es ernstzunehmende Folgen haben: Haben die Banken Probleme mit ihren Bilanzen, so werden sie bei der Vergabe neuer Kredite zurückhaltender werden, der viel beschworene *credit squeeze*. Auch gesunde Industrieunternehmen würden dann keinen Kredit mehr bekommen, und können ihre laufenden Ausgaben nur schwierig decken und Investitionen nicht finanzieren. Die Umfragen der Fed unter Banken bestätigen diese Tendenz. Die britische Bank Egg, eine Tochter der Citigroup, entzog im Jänner 160.000 Kunden die Kreditkarten.

Eigentlich erstaunlich, dass die Börsen sich davon so lange wenig beeindrucken ließen. Am 22. Jänner war es dann soweit, die Kurse fielen. Die USA hatten Glück – an diesem Tag hatten die Börsen in den USA geschlossen und vor der Öffnung am folgenden Tag hatte die Fed bereits die Zinsen gesenkt und damit die Lage stabilisiert. Vorerst.

Finanzkrisen im Kapitalismus sind nichts Neues, warum also die ganze Aufregung? Die Rolle des Finanzsektors hat sich in der Phase der neoliberalen Regulationsweise verändert.[4] Speziell in den 1990er Jahren wurden folgende Charakteristika offensichtlich. Erstens hat sich im Zuge der *shareholder value* Orientierung das Verhalten der Unternehmen verändert. Sie schütten einen größeren Teil ihrer Gewinne eher als Dividenden aus, kaufen massive Aktien zurück und investieren weniger. In den USA wurde der Konsum zum wichtigsten Konjunkturmotor. Gleichzeitig verschulden sich die Haushalte in einem bisher ungekannten Ausmaß. Letzteres auch in vielen europäischen Ländern. Im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen hat sich die Verschuldung in nur zehn Jahren in Europe (im Durchschnitt) und den USA von rund 90% auf über 130% erhöht (siehe Tabelle 1). Wegen der steigenden Hauspreise war es oft einfach Kredit zu bekommen.

Schulden der privaten Haushalte
in % des verfügbaren Einkommens

	1995	2000	2005
Dänemark	188	236	260
Deutschland	97	111	107
Spanien	59	83	107
Frankreich	66	78	89
Irland		81	141
Italien	32	46	59
Niederlande	113	175	246
Finland	64	66	89
Schweden	90	107	134
Vereinigtes Königreich	106	118	159
EU	91	110	139
USA	93	107	135
Japan	113	136	132

Anmerkung: EU ist ungewichtetes Mittel für die vorhandenen Länder; Schulden für Dänemark, Spanien and Japan 2004 statt 2005. Quelle: Girourard et a. (2006).

Da im letzten Jahrzehnt ein beträchtlicher Teil der Konsumausgaben durch Schulden finanziert worden war, wird ein Rückgang der Verschuldung (oder auch nur deren Stabilisierung) die Konsumausgaben dämpfen. Wird ein credit crunch also das Wachstum abwürgen? Dahinter steht die größere Frage, warum – zumal in einem finanz-dominierten Akkumulationsregime – die Effekte der Finanzkrisen in den entwickelten kapitalistischen Ländern bisher nicht heftiger waren. Während die Finanzkrisen in der Peripherie meist mit heftigen Krisen, negativem Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit verbunden waren, sind jene im Zentrum meist recht glimpflich ausgegangen. Der Börsenkrach 1987 hatte kaum reale Auswirkungen, die EWS Krise hatte in jenen Ländern, in denen das Bankensystem stark betroffen war (wie Schweden) kräftige Auswirkungen, sonst aber mäßige. Schließlich, und das war wohl das überraschendste, kam das Platzen der telecom bubble zwar mit einer Rezession, aber mit einer relativ milden. Linke Kritiker des Neoliberalismus hatten argumentiert, dass die Deregulierung der Finanzmärkte zu einer Zunahme der Instabilität führen würde. Tatsächlich scheinen die

Konjunkturzyklen (in Nordamerika und Europa) eher stabiler als instabiler geworden zu sein. Eine gängige Erklärung dafür ist, dass es eine Verlagerung der Spekulation vom Aktienmarkt hin zu den Immobilien gegeben habe . Diese Erklärung ist natürlich v.a. auf die USA zugeschnitten, hat jedoch auch für einige europäische Länder, wo die Immobilienpreise stark gestiegen sind wie UK, Irland und Spanien, einen beträchtlichen Erklärungswert. Wenn dem so ist, dann ist die bevorstehende Krise, keine kleine, sondern wird die Widersprüche des Finanzkapitalismus deutlich hervortreten lassen.

Reaktionen der Wirtschaftspolitik

Entgegen der neoliberalen Ideologie agieren die Zentralbanken recht keynesianisch. Das Gerede von der Effizienz der Finanzmärkte und den Selbstheilungskräften der Marktwirtschaft ist schnell vergessen, wenn es mit den Finanzinstituten bergab geht. Dies ist keineswegs trivial. Mitunter glauben die Wirtschaftspolitiker die liberale Rhetorik, so in den 30er Jahren, was zum wirtschaftlichen Desaster führen kann. Der IMF verordnete sowohl Lateinamerika als auch Südost-Asien eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik. Nicht so im Norden. Derzeit sind die Zentralbanken darauf bedacht, die Banken mit Liquidität zu versorgen. Sie haben die Lektion der 30er Jahre gelernt. Ben Bernanke, der Fed-Präsident hat darüber sogar wichtige neu-keynesische Artikel geschrieben. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den Zentralbanken. Die Fed ist deutlich aktivistischer als die EZB und die Bank of England macht bei der Krise von Northern Rock eine traurige Figur, war aber pragmatisch genug den Kurs zu korrigieren. Bemerkenswerterweise gibt es nun auch erstmals seit Jahren eine Diskussion um die Rolle der Fiskalpolitik. Bernanke und sogar Strauss-Kahn, der IMF-Präsident, forderten eine aktive Fiskalpolitik. Freilich die EZB und der deutsche Finanzminister beharren auf der prä-keynesianischen „Budgetkonsolidierung über alles“-Ideologie, die auch den Stabilitäts- und Wachstumspakt auszeichnet.

Insgesamt ist die Wirtschaftspolitik also als pragmatisch keynesianisch zu bezeichnen, wenn auch in den USA stärker als in Europa. Eine baldige große Katastrophe (wie in den 30er Jahren) ist bei einer solchen Wirtschaftspolitik eher unwahrscheinlich, wenn auch nicht auszuschließen. Ein Kollaps des US-Dollars könnte dramatische Folgen haben. Die wichtigere Frage ist jedoch, was die mittelfristigen Perspektiven sind. Durch die Deregulierung des Finanzsystems hat die Wirtschaftspolitik die Vorbedingungen für die jetzige Krise geschaffen. Ein reguliertes Finanzsystem würde Instrumente wie die CDO und ABS nicht kennen. Im geltenden Basel II Regime der Bankenregulierung bewerten die Banken ihre Risken selbst (bzw. über Ratingagenturen), was die Wirkungen eines Abschwungs verschärft, da bei fallenden Kursen und Bonitäten, die Rückstellungen erhöht werden müssen. Das Finanzsystem wird wohl noch länger an stagnierenden Immobilien und Vermögenswerten laborieren. Fällt die zunehmende Verschuldung als Wachstumsmotor aus, so ist die Frage, woher die Dynamik kommen wird. Statt einer apokalyptischen Finanzkrise erscheint also eine langgezogene Stagnationsphase wie sie Japan seit Beginn der 90er Jahre erlebt plausibler.

E-Mail: engelbert.stockhammer@wu-wien.ac.at

Literatur:

Aglietta M., Rebérioux, A. (2005). Corporate governance adrift. A critique of shareholder value. Cheltenham: Edward Elgar

Brenner, R. (2003) The boom and the bubble. London: Verso

Crotty, J. (2005) The Neoliberal Paradox: the impact of destructive product market competition and 'modern' financial markets on nonfinancial corporation performance in the Neoliberal Era. In: G. Epstein (ed): Financialization and the World Economy. Cheltenham: Edward Elgar

Duménil, G, and D. Lévy, (2001) Costs and benefits of Neoliberalism: a class analysis. Review of International Political Economy 8 (4), 578-607

Girouard, N, Kennedy M, André, C, (2006) Has the rise in debt made households more vulnerable? OECD Economics Working Paper 535 (ECO/WKP(2006)63)

Glyn, A. 2004. Capitalism unleashed: Finance, Globalization and Welfare. Oxford University Press.

Krippner, G. (2005) The financialization of the American economy. Socio-Economic Review 3: 173-208

Stockhammer E. (2004) Financialization and the slowdown of accumulation. Cambridge Journal of Economics. 28 (5), 719-41

Stockhammer, E. (2008). Some stylized facts on the finance-dominated accumulation regime. Competition and Change forthcoming

van Treeck, T, Hein, E, Dünhaupt P, (2007). Finanzsystem und wirtschaftliche Entwicklung in den USA und in Deutschland im Vergleich - Eine makroökonomische Skizze. WSI Mitteilungen 12/2007: 635-42

Anmerkungen:

1 Die Diskussion stützt sich in den ersten Teilen v.a. auf die laufende Berichterstattung in der Wirtschaftspresse (v.a. im Economists und der Financial Times Deutschland). Die englische Version von Wikipedia.org hat einen nützlichen Überblicksartikel zum Thema „Subprime mortgage crisis.“ (Beim Lesen zu beachten: Hinterhältigerweise entspricht die englische billion der deutschen Milliarde, nicht der deutschen Billion!) Der zweimal jährlich erscheinende Financial Stability Review der EZB (http://www.ecb.int/pub/fsr/html/index.en.html) gibt einen fundierten Überblick und die Einschätzung der EZB.

2 Financial Times, Feb 7, 2008. Zum Vergleich: der Jahresgewinn der Citigroup betrug 2006 24,6 Mrd US$, der von Merrill Lynch 5,1 Mrd, die jeweiligen Umsätze 131 und 47,8 Mrd. US$ (Quelle: Fortune 500).

3 Financial Times Deutschland, 28.1.08

4 Zur Diskussion der Rolle des Finanzsystems siehe u.a. Glyn (2004), Brenner (2003), Krippner (2003), Stockhammer (2004, 2008), Aglietta and Rebérioux (2005), Crotty (2005), Duménil and Lévy (2001), van Treeck et al (2007).

Tom Waibel

Wortfluchten

Vom Risiko über keinen absoluten Standard zu verfügen

Die folgenden Überlegungen sind von einem Essay inspiriert, der - mehr als 20 Jahre nach seiner Präsentation als Vortrag mit dem Titel *Macht, Begehren, Interesse* - nun erstmals vollständig übersetzt vorliegt: Gayatri Chakravorty Spivak, *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, übersetzt von Alexander Joskowicz und Stefan Nowotny, mit einer Einleitung von Hito Steyerl, Wien: Turia u. Kant 2008 (Bd. 6 der Reihe: Es kommt darauf an. Texte zur Theorie der politischen Praxis). Die sorgfältig gestaltete Ausgabe ist ein - leider nicht alltägliches - Beispiel für übersetzerische Sensibilität und editorische Aufmerksamkeit für im deutschen Sprachraum unterbelichtete Themen postkolonialer Kritik. Die Publikation macht nicht nur die lang ersehnte Übersetzung von Spivaks kontroversiell diskutiertem Text zugänglich, sie bietet darüber hinaus Auszüge aus einem Gespräch mit der Autorin, das sich um die Vermittlung ihrer pointierten Thesen bemüht und enthält eine kenntnisreiche Kontextualisierung des Essays durch die Übersetzer. Hito Steyerls einleitende Reflexionen loten kritisch Möglichkeiten aus, die Spivaks Text einer aktuellen Lektüre zu eröffnen vermag; sie markiert damit einige jener Spuren, denen ich - abseits einer Rezension der empfehlenswerten Veröffentlichung - im Folgenden nachgehen werde.[1] Meine Überlegungen konzentrieren sich auf drei Fragestellungen: zunächst soll ermittelt werden, was sich durch die Verschiebung der Frage nach dem politischen Subjekt (wer sind die Subalternen?) hin zur Frage nach politischer Subjektivierung (wie funktioniert Subalternisierung?) gewinnen lässt, dann soll untersucht werden, ob es möglich ist, das Nicht-Sprechen der Subalternen zu übersetzen, um zuletzt darüber nachzudenken, welche Folgen sich aus diesen Fragen für die politische Praxis feststellen lassen.

I. Subaltern werden

Die Rezeption von Spivaks Text und die Auseinandersetzung mit den Subaltern Studies, auf die sich die Autorin kritisch bezieht, ist von der Debatte darüber markiert, wer die Subalternen wohl sind. Spivak hält im Interview *Die neuen Subalternen* fest: „Die Subaltern Studies beziehen sich auf die unterste Gesellschaftsschicht, die nicht notwendigerweise von der Kapitallogik allein hervorgebracht wird.“[2] Auch wenn hier und andernorts immer wieder davon die Rede ist, dass die Subaltern Studies marxistische Kritik verändern und erweitern, gibt es einen konstanten Bezug auf Gramsci, der den Begriff der „Subalternen“ geprägt hat.

Spivak im erwähnten Interview: „Der inhaftierte Antonio Gramsci verwendete das Wort anstelle von ‚Proletarier', um die Gefängniszensoren zu umgehen. Aber der Begriff eröffnete, wie es Wörter eben tun, bald einen Ort und übernahm die Aufgabe, das zu analysieren, was ein von der Kapitallogik hervorgebrachter ‚Proletarier' nicht abdecken konnte. [...] Gramsci hat nicht versucht, Subaltern zu definieren."[3] Identitätslogische Spekulationen darüber, wer sich wohl hinter der begrifflichen Maske der Subalternen verberge, erhalten ihren Reiz nicht zuletzt von der Idee, dass wenn das - widerständige, antagonistische, klassenmäßige, vom Kapital unterdrückte und hervorgebrachte - Subjekt erst einmal bekannt würde, es mit der Kapitalherrschaft bald vorbei wäre. Sehen wir demnach, ob sich die Subjekte der Marxschen Analyse der Klassenzusammensetzung des Kapitals auf die „Subalternen" beziehen lassen. Offensichtlich entsprechen sie nicht dem Proletariat als dem revolutionären Subjekt *par excellence* des 19. und 20. Jahrhunderts: erklärt uns doch Spivak unmissverständlich, subaltern bezeichne etwas, das „ein von der Kapitallogik hervorgebrachter ‚Proletarier' nicht abdecken konnte." Warum? Folgen wir Marx, so bringt das Kapital die ProletarierInnen in einem Abstraktionsprozess hervor, in dem die ‚konkrete' Arbeit, die sich in einer bestimmten und nicht austauschbaren Tätigkeit realisiert, in die allgemeine Form von ‚abstrakter' Arbeit überführt wird, der die besondere Art der Tätigkeit beliebig ist und für die Prozesse von Spezialisierung und Bindung an spezifische Arbeit störend wirken. Für den Proletarier gilt: „Andrerseits ist der Arbeiter selbst absolut gleichgültig gegen die Bestimmtheit seiner Arbeit; sie hat als solche nicht Interesse für ihn, sondern nur soweit sie überhaupt *Arbeit* und als solche Gebrauchswert für das Kapital ist."[4]

In den Bewegungen der Subalternen ist eine solche Gleichgültigkeit gegenüber der ‚Bestimmtheit' der Arbeit nicht zu entdecken. Ein beträchtlicher Teil von Subalternen betreibt Subsistenzwirtschaft, doch worin auch immer ihre konkrete Tätigkeit bestehen mag, sie ist generell am Rande des kapitalistischen Verwertungsprozesses situiert und der Widerstand gegen die Abstraktion von Arbeit und der Bezug auf bestimmte, nicht austauschbare Arbeitsformen hat entscheidenden Anteil an subalternen Mobilisierungen. Die Subalternen sind, um an die Marxsche Begrifflichkeit aus dem *Elend der Philosophie*[5] zu erinnern, weder eine „Klasse für sich selbst", da sie noch nicht im gemeinsamen Kampf „zusammengefunden" haben, ja sie sind noch nicht einmal als eine „Klasse an sich" konstituiert, als eine gesellschaftliche Gruppierung, die unter ähnlichen sozialen und ökonomischen Bedingungen leben, sich aber noch nicht über ihre Verhältnisse verständigen, bewusst werden und darüber „zusammenfinden" würden. Ein besonderes gesellschaftliches Segment, das diesen (an Kant erinnernde) Kategorisierungen entgeht, findet Marx im - rundweg verächtlich gemachten - Lumpenproletariat; sollten die Subalternen ihnen entsprechen?[6] Die Wortbedeutung „von minderem Rang" lässt so etwas immerhin vermuten. Im *Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte* wird das Lumpenproletariat beschrieben: „Neben zerrütteten Roués mit zweideutigen Subsistenzmitteln und von zweideutiger Herkunft, neben verkommenen und abenteuernden Ablegern der Bourgeoisie Vagabunden, entlassene Soldaten, entlassene Zuchthaussträflinge, entlaufene Galeerensklaven, Gauner, Gaukler, Lazzaroni, Taschendiebe, Taschenspieler, Spieler, Maquereaus, Bordellhalter, Lastträger, Literaten, Orgeldreher, Lumpensammler, Scherenschleifer, Kesselflicker, Bettler, kurz die ganze unbestimmte, aufgelöste, hin- und hergeworfene Masse, die die Franzosen la bohème nennen"[7].

Ungeachtet dessen, wie viele Subalterne von den globalisierten Kapitalverhältnissen kriminalisiert werden, ohne danach zu fragen, was diese Ansammlung an Ressentiments über marxistische Ordnungsliebe selbst aussagen mag und ohne die Trefflichkeit der Auswahl verhöhnter Tätigkeiten zu untersuchen (sind doch etwa die „Lastträger" in den so genannten Kuli-Aufständen zu wichtigen gesellschaftlichen Akteuren gegen die britische Kolonialherrschaft in Indien geworden), unterscheidet ein wesentlicher Zug die Charakterisierung des Lumpenproletariats von den Subjekten der Subaltern Studies. Während diese entscheidend von kolonialen (und postkolonialen) Ungleichheiten markiert sind, erscheinen jene durchwegs als (Neben-)Produkte industrialisierter Metropolen. Bleiben demnach als mögliche Identifikationsfiguren nur mehr die von Marx in derselben Abhandlung genannten „Parzellenbauern".[8] Von ihnen wird gesagt, sie „bilden eine ungeheure Masse,



deren Glieder in gleicher Situation leben, aber ohne in mannigfache Beziehung zueinander zu treten. Ihre Produktionsweise isoliert sie voneinander, statt sie in wechselseitigen Verkehr zu bringen. Die Isolierung wird gefördert durch die schlechten französischen Kommunikationsmittel und die Armut der Bauern."[9] Ähnliche soziale und ökonomische Verhältnisse trafen wohl auch für die pauperisierten Bauern des italienischen Südens zu, denen Gramsci seine Überlegungen zur „inneren Kolonialisierung" Italiens widmete,[10] aber auch diese Bestimmung vermag die Bedeutung der Subalternen im Kontext der Postkolonialen Studien nicht abzudecken. Hier sind es nicht länger nur „schlechte [...] Kommunikations*mittel*", die die Verständigung der „ungeheueren Masse" verhindern, vielmehr sind es strukturelle Kommunikations*bedingungen*, die das zur-Sprache-kommen der Subalternen unmöglich machen.

Wenn Spivak kategorisch feststellt: „Die Subalterne kann nicht sprechen",[11] so ist das keineswegs mangelnder Kommunikationsinfrastruktur (etwa nicht vorhandene Internetanbindung etc.) geschuldet, sondern Ausdruck einer viel grundsätzlicheren Unmöglichkeit. Hito Steyerl präzisiert die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Subalterne zum Nicht-Sprechen verurteilen: „Die Ordnung der Diskurse erlaubt die Artikulation bestimmter Sachverhalte nicht, da sie selbst auf diesem Schweigen beruht."[12] Aus diesem Grund sind die Subalternen auch nicht mit aktuellen Konzepten von „Prekariat" oder „Multitude" gleichzusetzen: „Subaltern" bezeichnet jene, die aufgrund der bestehenden gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse nicht gehört werden (und einzig aus diesem Grund nicht sprechen können). Wer Gehör und damit Sprache findet, hört auf subaltern zu sein. Subalternität beschreibt demnach kein Wesen, sondern eine Funktion und die Auseinandersetzung mit den Subalternen gewinnt gesellschaftspolitische Schärfe und Veränderungspotential, wenn sie nach den Mechanismen fragt, die Subalternität produzieren.

Ich möchte das Potential einer solchen Verschiebung der Problematik vom Subjekt hin zur Subjektivierung an einem konkreten Beispiel darstellen, das auch zu zeigen vermag, dass die Mechanismen der Subalternisierung nicht zwangsläufig außerhalb von „westlichen" Gesellschaften zu suchen sind, sondern gesellschaftliche Verhältnisse von Ein- und Ausschluss unabhängig von geographischem Ort oder symbolischer Zuschreibung reproduzieren. Das Beispiel mag überraschen, denn es betrifft den selten sprachlosen Bert Brecht, dem sich wenig Anlass zur Klage bot, nicht gehört zu werden. Seine Hymnen an Partei und Arbeiterklasse sind lautstarke Zeichen für seine Sprachmächtigkeit und seine Fähigkeit sich Gehör zu verschaffen. Wenn ich dennoch ausgerechnet hier auf Mechanismen des Subaltern-Werdens hinweise, so deshalb, um zu unterstreichen, dass der Begriff der Subalternisierung an gesellschaftskritischem Potential gewinnt, wenn er als politisch motivierte Analysekategorie von historischen, politischen, kulturellen und diskursiven Aspekten eines unabgeschlossenen Kolonialdiskurses Verwendung findet. Zugleich zeigt das Beispiel auch, dass sich Subjekt und Objekt von Subalternisierung bisweilen überkreuzen, ohne sich gegenseitig auszuschließen, aufzuheben oder auszulöschen: Derselbe, der im Folgenden über seine Sprachlosigkeit schreibt, unterhielt jahrelang eine florierende Schreibfabrik, die den darin tätigen Frauen ihrer Autorinnenschaft beraubte und sie zu namenlosen Arbeiterinnen am Wort des Meisters degradierte. Subalternisierung ist von Genderverhältnissen ebenso durchzogen, wie jeder andere Mechanismus von Diskurs und sozialem Ausschluss. Bezeichnenderweise schreibt Brecht in seinem US-amerikanischen Exil Ende 1944 nicht etwa an die Öffentlichkeit, sondern an seinen Sohn:

„Ich muss gleich sagen: Ich habe nicht die geringste Hoffnung, die amerikanische Umgangsprache je zu erlernen. Es fehlt mir gewiss nicht die Neigung und schon gar nicht der äußere Antrieb. Es ist etwas anderes, das mir fehlt. Ich versuche schon seit einiger Zeit, mich in der Landessprache auszudrücken. Dabei habe ich festgestellt, dass ich bei Diskussionen nicht das sage, was ich sagen will, sondern das, was ich sagen kann. Und das sind, wie man sich denken kann, sehr verschiedene Dinge. Man könnte vermuten, dieser verwirrende Zustand sei ein vorübergehender, etwas mehr Studium könne Erleichterung schaffen. Das ist leider nicht zu erhoffen. Mir mangeln nicht die Worte allein, noch die Kenntnis des Satzbaus allein. Mir fehlt vielmehr ein ganz bestimmter *Habitus*, den zu erlernen ich einfach nicht die Möglichkeit sehe. Mit einigem Fleiß



könnte ich vielleicht im Laufe der Zeit den Gedanken, dass mir auf gewissen amerikanischen Bildern der Himmel und die Bäume wie Geschminkte vorkommen, wie auf die Produktion von möglichst viel sex appeal bedachte Wesen, in amerikanischen Sätzen ausdrücken. Aber die Haltung, in der ich so etwas sagen müsste, um nicht schon durch eben die Haltung Anstoß zu erregen, werde ich niemals lernen. Ich müsste lernen, ein ‚nice fellow' zu werden."[13]

Es ist sicherlich erstaunlich einen so paradigmatischen Europäer wie Brecht, der genauso selbstsicher chinesische oder südamerikanische Ausbeutungsverhältnisse anprangert, wie er den europäischen Faschismus oder die Verwertungslogik des Kapitals benennt, in einem solchen Prozess der Provinzialisierung zu sehen. Und doch: der von ihm beschriebene Ausschlussmechanismus ist jenem verwandt, den die Subalternisierte in Delhi, Kinshasa oder im equatorianischen Hochland erlebt. Wenn es ihr gelingt eine „nice fellow" zu werden und damit unter Beweis stellt, dass sie den dominanten Habitus erlernt hat, wird es ihr vermutlich auch möglich in irgendeiner lokalen NGO *für* andere Subalterne zu sprechen.

Sprache interessiert in diesem Zusammenhang weniger als reglementierte linguistische Funktion, sondern vielmehr als diskursives politisches Werkzeug, das im Kampf um Hegemonie eingesetzt wird. Wenn in dieser Hinsicht die Subjektivierung den begrifflichen Ort des Subjekts zu übernehmen vermag, so bedeutet das - um mit Bifo zu sprechen, „dass wir uns nicht auf die Identität konzentrieren, sondern auf den Prozess des Werdens."[14] Es geht darum festzustellen, welche spezifischen Machtverhältnisse es einem Individuum in welchem geographischen und politischen Kontext ermöglichen, sich in einer bestimmten Logik zu beschreiben, zu erklären, auszudrücken und sich damit auf einen Subjektivierungsprozess einzulassen.

II. Subalternität übersetzen

Besteht irgendeine Aussicht darauf, das Nicht-Sprechen der Subalternen zu übersetzen? Und: ist das überhaupt eine sinnvolle Frage? Betrachten wir zunächst die Kapitallogik selbst unter der Perspektive der Übersetzung. Es ist eine bekannte Tatsache, dass die kapitalistische Warenwirtschaft aufgrund der Dynamik von tendenziell sinkenden Profitraten zu ständiger Expansion gezwungen ist. In dieser Ausbreitung werden fortwährend Menschen, Dinge und gesellschaftliche Formationen inkorporiert, indem deren Differenzen kapitalisiert werden, um in einen warenförmigen Austausch zu treten. Die kapitalistische Form der Globalisierung ist durchaus kein neues Phänomen, sondern in der Kapitallogik selbst angelegt. Karl Marx stellt in den *Grundrissen* fest: „Die Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen, ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben. Jede Grenze erscheint als zu überwindende Schranke."[15]

Dieser Ausbreitungsprozess lässt sich durchaus als eine Form von permanenter Übersetzung lesen: Der „Moloch" Kapital gleicht einer rastlosen Übersetzungsmaschine, die beständig gesellschaftliche Antagonismen, individuelle Widerständigkeiten und/oder soziale Differenzen unter die einheitliche Sprache des Werts subsumiert. Dabei muss festgehalten werden, dass sich die kapitalistische Übersetzungsmaschine unterschiedslos ökonomischer und nicht-ökonomischer Mittel bedient. Wenn zur Schaffung und Aufrechterhaltung des Arbeitsmarktes, einer notwendigen Voraussetzung für die kapitalistische Warenwirtschaft, die Anwendung von ökonomischem Druck (sinkende Löhne, Verteuerung des Warenangebots, Intensivierung des Arbeitsdrucks etc.) nicht mehr ausreichen, wird jederzeit auf außerökonomische Zwangsmittel (unrechtmäßige Enteignung, Arbeitszwang, betrügerische Kontrakte etc.) zurückgegriffen. Marx bezeichnet diese außerökonomischen Zwangsmittel im *Kapital* sarkastisch die „idyllischen Methoden der ursprünglichen Akkumulation" und nennt einige davon: „Der Raub der Kirchengüter, die fraudulente Veräußerung der Staatsdomänen, der Diebstahl des Gemeindeeigentums, die usurpatorische und mit rücksichtslosem Terrorismus vollzogene Verwandlung von feudalem und Claneigentum in modernes Privateigentum, es waren ebenso viele idyllische Methoden der ursprünglichen Akkumulation. Sie eroberten das Feld für die kapitalistische Agrikultur, einverleibten den Grund und Boden dem Kapital und schufen der städtischen Industrie die nötige Zufuhr von vogelfreiem Proletariat."[16]

Es ist entscheidend sich zu vergegenwärtigen, dass diese „idyllischen Methoden" keineswegs zum antiquierten Arsenal des Frühkapitalismus zählen. Insbesondere die kolonialistische Ausbreitung stößt auf unterschiedliche soziale und ökonomische Regulative (eine Vielheit von Produktions- und Tauschformen, die Marx kurzerhand auf den Begriff „asiatische Produktionsweise" reduziert), die das Kapital dazu veranlassen, seine „idyllischen Methoden" jederzeit zu reaktivieren. Sandro Mezzadra drückt den Sachverhalt so aus: „Ursprüngliche Akkumulation und Übergang (das, was Marx die ‚Frühgeschichte des Kapitals' nannte) sind die Gespenster, die das Kapital auf der höchsten Stufe seiner historischen Entwicklung heimsuchen."[17] Diese Gespenster, die das Kapital „heimsuchen", sind keineswegs ephemere Erscheinungen im

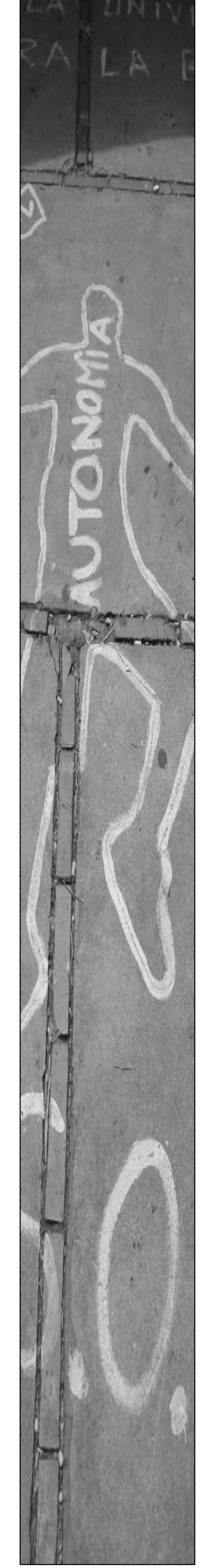
Kapitalprozess, sondern haben vielmehr entscheidenden Anteil an jenen Mechanismen, die menschliche Arbeit in abstrakte Arbeitskraft übersetzen, um damit für die einheitliche Sprache des Werts ein allgemeingültiges Tauschelement zu schaffen.

Marx definiert die Arbeitskraft als „Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten, die in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren“,[18] und das führt Dipesh Chakrabarty zu der Feststellung, „dass die Arbeit, die in der kapitalistischen Suche nach einem gemeinsamen Maßstab für menschliche Aktivität abstrahiert wird, das *Leben* ist“.[19] Halten wir also fest, dass die kapitalistische Übersetzungsmaschine die menschliche Arbeitskraft *und* das Leben selbst einer gewaltsamen Transformation unterwirft, um sie als warenförmige Artikulation in einer (globalen, universalen) Sprache des Werts verfügbar zu machen. Aus dieser Perspektive ist es nahe liegend der eingangs gestellten Frage eine abschlägige Antwort zu erteilen. Weshalb sollte es für die Kritik am Kapitalismus ein lohnendes Ziel darstellen, das Nicht-Sprechen der Subalternen zu übersetzen und damit Differenzen zur hegemonialen Wertsprache erneut kommensurabel zu machen? Judith Butler findet für diese Problematik klare Worte: „Es kommt nicht darauf an, ein gewalttätiges Regime so weit auszudehnen, dass es auch die Subalterne einschließt. Tatsächlich ist sie bereits in dieses einbezogen, und es ist just die Art ihres Einschlusses, die in der Gewalt ihrer Auslöschung wirkt.“[20]

Sicherlich geht es darum, die Machtverhältnisse und Ausbeutungsmechanismen zu dekonstruieren, die die Subalternen zum Schweigen bringen und nicht darum, ihr Nicht-Sprechen in den Habitus der „nice fellows“ zu übersetzen, um es noch einmal in der vorgestellten Brechtschen Begrifflichkeit zu formulieren. Gibt es keine Perspektive, von der aus die Frage nach der Übersetzbarkeit der Subalternen Sinn gewinnen würde? Bisher haben wir den Übersetzungsprozess ausschließlich von der Seite der Kapitallogik betrachtet, jetzt kommt es darauf an, die Problematik von der Seite der Widerstandsprozesse zu beleuchten, die sich der Expansion des Kapitals entgegen stellen und dessen politische Geographie verschieben. Diese Widerstandsprozesse setzen dem Kapital vielfältige Verweigerungsformen entgegen, mit dem Ziel, die lebendige Arbeit vor der Unterordnung unter die abstrakte Arbeitsnorm zu bewahren und damit das Leben vor der Einspeisung in die Übersetzungsmaschine des Kapitals zu retten. Hier begegnen wir der produktiven Macht der Subjektivierung wieder, die am Ende des ersten Abschnitts freigelegt wurde: Sie sind Realisierungsprozesse einer Vielfalt menschlicher Fähigkeiten, die sich auch und gerade außerhalb der direkten Übersetzungsgewalt des Kapitals entfalten.[21]

Im Allgemeinen ist das Problem der Übersetzbarkeit der vielfältigen (und partiellen) Kämpfe und Subjektivierungspraktiken im Herzen der Möglichkeit einer politischen Theorie der Multitude angesiedelt worden.[22] Wie aber lässt sich dem Problem angesichts der Subalternen begegnen, von denen wir bereits gesehen haben, dass sie durchaus nicht dasselbe sind wie die Multitude? Anders gefragt, wie kann eine Übersetzung aussehen, die anti-kolonialistisch verfährt und in der Lage ist, die Grenzen hegemonialer Sprache aufzuzeigen?

Encarnación Gutiérrez Rodríguez stellt eine weit reichende Warnung vor diese Problematik: „Das Projekt der Übersetzung ist ein ambivalentes Projekt, denn sogar wenn es die Möglichkeit der Übertragung verspricht, basiert es fundamental auf ihrer Unmöglichkeit.“[23] Wenn im Sprechen die Sprache dazu aufgeboten wird, nicht etwa die Welt selbst, sondern „einen bestimmten Bezug zur Welt auszudrücken“,[24] ist es hilfreich sich an die Hinweise Walter Benjamins zu erinnern und die Aufmerksamkeit vom sprachlichen Inhalt hin zur sprachlichen Form zu verlagern.[25] Analog zur oben beschriebenen Verschiebung der Frage nach dem Sein des (subalternen) Subjekts hin zur Frage nach dessen Werden geht es einer solchen Übersetzung weniger um die Inhalte sprachlicher Identität (Herkunft und / oder Genealogie), als vielmehr um die Form der jeweiligen sprachlichen Praxis. Derrida begreift aus dieser Perspektive Übersetzung als vollständig transitorische Bewegung. In jedem Fluss von Übersetzung existiere demnach eine „unhörbare Differenz“, ein nicht repräsentierbares Supplement - Derrida nennt es „différance“ - die durch keinen wie auch immer gearteten Begriff verständlich gemacht werden kann.[26] Damit ist er vermutlich auf einen jener Bereiche gestoßen, in dem die Allmacht der kapitalistischen Übersetzungsmaschine endet und das Risiko beginnt über keinen absoluten Standard zu verfügen und damit auch die Möglichkeit, die Grenzen der eigenen Identität in der Arbeit an einer Sprache zu erweitern, die weder Besitz noch Ware ist. Für Gayatri Spivak beginnt hier eine Verlockung: „Dies ist letztendlich eine der Verführungen der Übersetzung. Es ist eine *einfache* Nachahmung der Verantwortung gegenüber der Spur des Anderen im Selbst.“[27] Angesichts der Gefahr, durch die Übersetzung die „leise Stimme der Anderen“ in den Kolonialprozess hegemonial einzuverleiben, erscheint dieses Unternehmen nicht besonders „einfach“, doch das sollte uns nicht davon abhalten in Boris Budens fröhlichen Aufruf einzustimmen: „Übersetzung ist unmöglich. Fangen wir also an.“[28]



III. Politiken der Subalternität

Im Verlauf der Überlegungen sind bereits einige Implikationen, die die Auseinandersetzung mit den Subalternen für die gegenwärtige politische Praxis haben kann, zur Sprache gekommen. Abschließend möchte ich noch auf einen anderen Aspekt dieser Frage eingehen; Spivak selbst ist in ihrem Text *Can the Subaltern Speak* zumindest in negativer Hinsicht unmissverständlich: „die Subalternen zu ignorieren“, schreibt sie, „bedeutet, das imperialistische Projekt weiterzuführen.“[29] Aber heute, mehr als zwanzig Jahre nach der Verfassung des Essays muss das Verständnis von Subaltern überdacht werden.

In einem Interview aus dem Jahr 2000 markiert Spivak die Richtung einer solchen begrifflichen Neufassung: „Er/Sie [der/die Subalterne] ist nicht mehr vom Zugang zum Zentrum abgeschnitten. Das Zentrum, das von den Bretton Woods Agenturen und der Welthandelsorganisation (WTO) repräsentiert wird, ist insgesamt an der ländlichen und indigenen Bevölkerung interessiert als eine Quelle von auf den Handel bezogenem geistigem Eigentum, den TRIPs.“[30]

Zweifellos hat die Ausbeutung der genetischen Ressourcen des Planeten die so genannten Subalternen in doppelter Hinsicht zum Ziel der Biopiraterie gemacht: einerseits die Körper der Subalternen selbst als Reservoir von genetischer Information (die WTO unterstützt freigiebig Projekte zur weltweiten Erfassung des indigenen Genpools) und andererseits das Wissen der Subalternen über Agrikultur und Pflanzenmedizin, das zur Verkürzung von langwierigen und kostenintensiven Laborexperimenten ausgebeutet wird. Ob dieses gesteigerte Interesse an den Subalternen aber dazu geführt hat, dass sie jetzt „nicht mehr vom Zugang zum Zentrum abgeschnitten“ sind, ist mehr als fraglich.

Auch wenn ich diese Ansicht keineswegs teile, zeigt die Debatte um die Patentrechte von biologischem und intellektuellem Eigentum im Zusammenhang mit der Frage nach Subalternität vor allem dies: wie wenig die Rede vom „Leben“, die ich im vorliegenden Text recht allgemein aufgegriffen habe, pathetisch oder metaphorisch gemeint ist. Mit genetischem Design und *genetic engineering* scheint sich das Kapital eine Übersetzungsmaschine angeeignet zu haben, mit der Bausteine des Lebens selbst untereinander austauschbar werden.

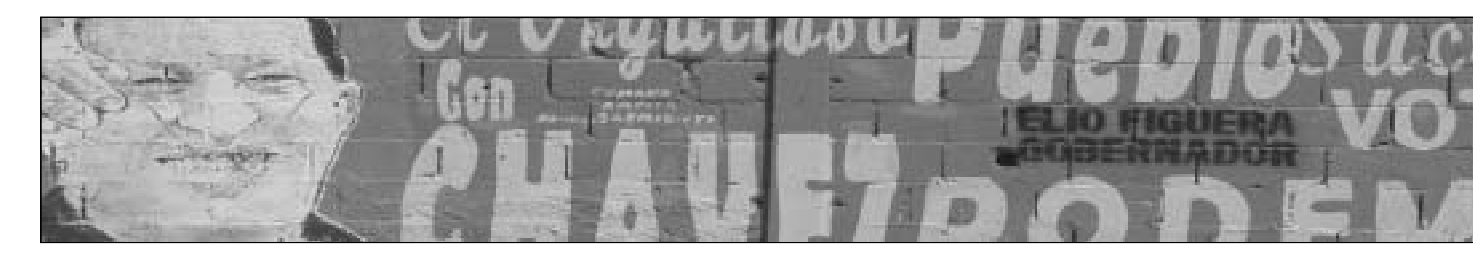
Der Widerstand dagegen kann sich aber nicht in essentialistischen Forderungen *im Namen* der Subalternen artikulieren. Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung, die ihrerseits davon bedroht sind subaltern zu werden, können auch kaum im Namen der Universalität eingefordert werden. Zu oft hat man sich ihrer bedient, um kolonialistische und rassistische Begriffe des „Menschen“ (bzw. in der dominanten sexistischen Variante durch die Gleichsetzung von Mensch und „Mann“) festzuschreiben. Eher können Freiheit und Gleichheit noch als Spuren (im Sinne von Derrida) begriffen werden, um die Möglichkeiten von nicht-kapitalistischer Subjektivierung zu markieren.

Auch Spivak hat sich zwischenzeitlich von ihrer Formel vom „strategischen Gebrauch des Essentialismus“ verabschiedet und in ihren eigenen subalternen Studien eine neue gefunden: „das Lernen von unten lernen.“[31] Das eignet sich nicht gut für einen „großen“ politischen Slogan und erinnert stark an die Maximen der aufständischen Selbstverwaltung der ZapatistInnen. Aber in Zeiten großer Anforderungen sind die Konzepte zur Veränderung wohl zwangsläufig klein und minoritär, weil sie sich darauf besinnen vom Einzigartigen und Unbeweisbaren zu lernen. „Hoffnungslos? Vielleicht. Aber ohne das vermag nichts die Trennungen aufzuheben, die die Aufklärung in den Kolonien installiert hat und die noch immer das beste Legat der Subalternen verschließen.“[32]

E-Mail: tjomki@gmail.com

Anmerkungen:

1 Eine aktuelle Buchbesprechung findet sich etwa bei: Nikita Dhawan, Kulturrisse, in: Translate Web-Journal, http://translate.eipcp.net/publications/spivak/rezensionnikita/
2 Gayatri Chakravorty Spivak, The New Subaltern. A Silent Interview, in: Mapping Subaltern Studies and the Postcolonial, Vinayak Chaturvedi (Hg.), London: Verso 2000, S. 324.
3 Ibid.
4 Karl Marx (1857-1858), Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin: Dietz Verlag 1983, Bd. 42, S. 218. Diese Präzisierungen folgen einer Anregung von Karl Reitter im Rahmen einer Diskussion im Grundrisse-Kollektiv. Die Problematik der ‚Abstraktion' von Arbeit wird im II. Abschnitt des vorliegenden Textes wieder aufgenommen.
5 Karl Marx (1846-47), Das Elend der Philosophie, Berlin: Dietz Verlag 1972, Bd. 4, S. 63 - 182.
6 Gerald Raunig stellt diese Frage in seiner demnächst erscheinenden Untersuchung über Maschinen als soziale Bewegung in Bezug auf das Prekariat. Vgl.: Gerald Raunig, Tausend Maschinen. Eine kleine Philosophie der Maschine als sozialer Bewegung, Wien: Turia u. Kant 2008 (voraussichtlich im April; die folgenden Überlegungen sind an sein originelles Verfahren im 6. Kapitel Abstrakte Maschinen angelehnt.)
7 Karl Marx (1852), Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Berlin: Dietz Verlag 1960, Bd. 8, S. 111-207. Marx polemisiert hier gegen die bezahlten Söldner, die zur blutigen Niederschlagung des Aufstands von 1848 verdingt worden waren. Die (substantialistische) Lektüre dieser Passage hat in der marxistischen Tradition zu einer schroffen Ausgrenzung der so genannten Lumpenproletarier geführt. (Dieser Hinweis verdankt sich nicht zuletzt einer anregenden Debatte im Grundrisse-Kollektiv).
8 Die Debatte über die ‚Parzellenbauern' wurde bereits in einer früheren Ausgabe der Grundrisse eröffnet. Vgl.: Gerald Raunig, Das Monster Prekariat, in: Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie und Debatte 21: Frühling 2007, S. 42-48, http://www.grundrisse.net/grundrisse21/gerald_raunig.htm
9 Karl Marx (1852), a.a.O.
10 Vgl. etwa: Antonio Gramsci (1928), Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens, in: ders., Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, Frankfurt a.M.: 1980.
11 Gayatri Chakravorty Spivak, Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation, Wien: Turia u. Kant 2008, S. 106.
12 Hito Steyerl, Die Gegenwart der Subalternen, in: Gayatri Spivak, Can the Subaltern Speak, S. 12.
13 Bert Brecht, Die Amerikanische Umgangssprache, in: Schriften 1926-1956, Jubiläumsausgabe Bd. 6, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1997, S. 507. Nach Auskunft von Helene Weigel ist der Text, von dem der Auszug stammt, für seinen damals zwanzigjährigen Sohn Stefan geschrieben (vgl.: ibid., S.755).
14 Franco Berardi Bifo, Was heißt Autonomie heute? Rekombinantes Kapital und das Kognitariat, in: http://eipcp.net/transversal/1203/bifo/de
15 Karl Marx (1857-1858), a.a.O, S. 321.
16 Karl Marx (1867), Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Berlin: Dietz Verlag 1987, Bd. 1, S. 760f.
17 Sandro Mezzadra, Leben im Übergang. Zu einer heterolingualen Theorie der Multitude (wird demnächst im Translate Web-Journal des eipcp veröffentlicht).
18 Karl Marx (1867), a.a.O., S.181.
19 Dipesh Chakrabarty, Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference, Princeton/Oxford: Princeton University Press 2000, S. 60.
20 Judith Butler, Restaging the Universal: Hegemony and the Limits of Formalism, in: Butler, Laclau, Zizek, Contingency, Hegemony, Universality: Contemporary Dialogues on the Left, London/New York: Verso 2000. Eine auszugsweise Übersetzung von Butlers Essay unter dem Titel Das Universale auf die politische Bühne bringen. Hegemonie und die Schranken des Formalismus findet sich in: Jungle World, Subtropen 6/10/2001, in: http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2001/41/sub01a.htm
21 Vgl. dazu etwa: Jason Read, The Micro-Politics of Capital. Marx and the Prehistory of the Present, Albany/New York: State University of New York Press 2003, S. 153.
22 Vgl. etwa: Michael Hardt u. Antonio Negri, Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, Frankfurt/New York: Campus 2004, insbesondere Kap. II.3: Die Spuren der Multitude.
23 Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Positionalität übersetzen. Über postkoloniale Verschränkungen und transversales Verstehen, in: http://translate.eipcp.net/transversal/0606/gutierrez-rodriguez/de
24 Emile Benveniste, L'appareil formel de l'énonciation, in: ders., Problèmes de linguistique générale 2, Paris: Gallimard 1974, S. 82. Vgl. dazu insbesondere: Stefan Nowotny, Die Einsätze der Übersetzung, in: http://translate.eipcp.net/transversal/0606/nowotny/de
25 Vgl.: Walter Benjamin, Über die Sprache überhaupt und über die Sprache des Menschen, in: ders., Sprache und Geschichte, Ditzingen: Reclam 1992.
26 Vgl.: Jacques Derrida, Die Différance, in: ders., Randgänge der Philosophie, Wien: Passagen 1988. Die „Entdeckung" der „différance" ist auch ein untrügliches Indiz dafür, dass wir die traditionelle Vorstellung von Übersetzung als einfachen Transkodierungsprozess von A nach B längst verlassen haben.
27 Gayatri Ch. Spivak, , The Politics of Translation, in: Barrett u. Phillips (Hg.), Destabilizing Theory. Contemporary Feminist Debates, Stanford, 1992, S. 177.
28 Boris Buden, Übersetzung ist unmöglich. Fangen wir also an, in: http://eipcp.net/transversal/1206/buden/de
29 Gayatri Chakravorty Spivak, Can the Subaltern Speak, a.a.O., S. 84.
30 Gayatri Chakravorty Spivak, The New Subaltern, a.a.O., S. 326.
31 Ibid., S. 333.
32 Ibid., S. 338.



Bernhard Dorfer

Venezuela: Mit Verfassungsreferenden zur sozialen Befreiung?

Randglossen zum Exodus aus der zum Untergang bestimmten Weltzivilisation des Kapitals

Am 2. Dezember 2007 sind die hauptsächlich von Chávez einerseits sowie von den Chávisten in der Nationalversammlung andererseits vorgeschlagenen Verfassungsreform-Pakete in einem Referendum jeweils knapp gescheitert, das Nationalversammlungspaket noch etwas deutlicher als das hauptsächlich von Chávez initiierte. Entgegen den Befürchtungen, die die Internationale der einäugigen Human Rights & Democracy-Wächter vor der Abstimmung eifrig an die Wand der Weltöffentlichkeit gepinselt hatten, hat Chávez noch am Tag seiner Niederlage diese als solche anerkannt und dabei sogar zugegeben, dass ein solches Ergebnis besser sei, als ein knapper Sieg der Befürworter gewesen wäre. „Por ahora" (vorläufig einmal, fürs Erste) wird es also nichts mit den Reformvorhaben, zumindest nicht auf der Verfassungsebene. Präsident, Regierung und Staat müssen also weiterhin im Rahmen der am 15. Dezember 1999 in einem Referendum beschlossenen Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela agieren.

Dem Prozess der bolivarischen Transformation möge nichts Schlimmeres passieren. Es bleibt zu hoffen, dass die Bolivarische Bewegung aus dieser taktischen Niederlage richtige Schlussfolgerungen zieht und dabei nicht zuletzt auch damit beginnt, ihre Chávez-, Staats- und Verfassungszentriertheit als prärevolutionär-populistische „Muttermale der alten Gesellschaft" (Marx) abzustreifen.

In Venezuela und in der internationalen Solidaritätsbewegung wird der Ausgang des Verfassungsreferendums von verschiedenen Seiten dahingehend interpretiert, dass sich darin ein weiteres Mal zeige, dass „die Leut" zu blöd sind für den Sozialismus, den wohlmeinende revolutionäre Führungen der Bevölkerung angedeihen lassen wollen. Ich möchte hier den gegenteiligen Ansatz in Anschlag bringen, also behaupten, dass „die Leute" häufig klüger sind, als ihre revolutionären Führungen und Letztere gut daran täten, ganz bescheiden „von den Massen zu lernen" (Mao).

Als „Beweis" für die Blödheit der Leut´ wird genommen, dass im Reformpaket ja auch der 6-Stunden-Tag und eine Sozialversicherung für informell Beschäftigte enthalten gewesen seien. Die Leut´ hätten also von der Opposition und deren Medien verhetzt gegen ihre eigenen Interessen abgestimmt? Nun ja, welche Leut´? Wie viele arbeiten

denn in Venezuela tatsächlich Vollzeit? Oder anders gefragt: Was hat eine Frau vom 6-Stunden-Tag, die ihre Kinder und einen perspektivlos saufenden Arbeitslosen zu versorgen hat? Kommt Hugo nach 6 Stunden und macht den Abwasch, bringt die Kinder zu Bett und holt dann spätnachts den besoffenen Gatten aus der Spelunke und überlegt sich zwischendurch, wo und wie am nächsten Tag die Lebensmittel zu organisieren sein werden? Und wenn die Ernte einzubringen ist, können dann die Landarbeiter die Körbe nach 6 Stunden fallen lassen, weil eine bolivarische Eingreiftruppe kommt, und die restliche Ernte einbringt? Was ist mit den ambulanten StraßenhändlerInnen, den Kindern, die an den Kreuzungen stehen, um die Windschutzscheiben der haltenden Autos zu putzen, den GelegenheitsjobberInnen, den BettlerInnen, den Hausbediensteten, den Wäscherinnen und Näherinnen, abenteuernden Ablegern der Oberklassen, den StraßenmusikantInnen, TaschenspielerInnen, den AbfallsammlerInnen, den Haftentlassenen, den SexarbeiterInnen, den BerufsspielerInnen und den Kleinkriminellen? Ist also für die, die man in früheren Zeiten und in bevorzugteren Weltgegenden la bohème genannt hat, dann auch nach 6 Stunden Schluss, nur weil das in der Verfassung so steht?

Und auch mit der Sozialversicherung ist es halt für all jene, die nicht wenigstens teilweise irgendwo offiziell angemeldet jobben, so eine Sache. Und mit der vagen Hoffnung, dass die dann schon irgendwann (mit dem vollen Greifen der Durchindustrialisierung?) alle eine „ordentliche Beschäftigung" ergattern würden, die unter Umständen Mitte des XIX. Jahrhunderts noch denkmöglich war, sollte es am Beginn des XXI. Jahrhunderts bei allen, die keine totale Realitätsverweigerung zustande bringen, wohl auch endgültig vorbei sein.

Die so genannte soziale Seite der Verfassungsreform stellt sich also als totales Minderheitsprogramm heraus. Das ist aber natürlich noch überhaupt kein Argument, dass 6-Stunden-Tag und Ausweitung des Geltungsbereichs der Sozialversicherung nicht auch als Minderheitsprogramm verwirklicht werden sollten, aber eben nicht unbedingt als Gegenstand eines Verfassungsreferendums, sondern im Zuge einer gewerkschaftlichen Kampagne, deren Ergebnis dann als Generaltarifvertrag von UNT (Nationale Arbeiterunion) und CTV (Konföderation der Arbeiter Venezuelas), den beiden Gewerkschaftsdachverbänden, sowie Fedecámaras (Venezolanische Handels- und Produktionskammer) und den zuständigen Staatsministerien unterzeichnet wird. Das hätte zusätzlich den Vorteil, dass sich dabei wahrscheinlich auch die CTV und Fedecámaras, zwei wesentliche Stützen der Chávez-Opposition, zumindest für die Öffentlichkeit in die Haare geraten müssten, ohne dass die Frage pro oder contra Chávez, die in ihrer Binarität ohnehin schon die längste Zeit höchst notwendige gesellschaftliche Debatten und Auseinandersetzungen blockiert und gesellschaftliche Konstellationen zementiert, alles wieder zudecken könnte.

Es bleibt auch fragwürdig, warum und nach welchen Kriterien gruppiert die verschiedenen Themen der Verfassungsreform in zwei Blöcke sortiert nur en bloc abgestimmt werden konnten, es sei denn, es ist bloß darum gegangen, die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten und die Möglichkeit zur Wiederkandidatur von Chávez entsprechend „sozial" und „partizipativ" aufgemascherlt und verpackt zur Abstimmung zu bringen, und jede eingehendere Debatte wieder einmal nur auf ein pro oder contra Chávez herunterzubringen. Dass *dieser* Versuch an den Wahlurnen gescheitert ist, ist uneingeschränkt zu begrüßen, denn es gehört keineswegs zum progressiven Erbe der bisherigen Revolutionen, dass sie nahezu ausnahmslos in lebenslange Herrschaft für den Aufstandsführer, mitunter seiner ganzen Familie eingemündet und nur allzu häufig mit seinem Tode auch untergegangen sind. Eine solche Refeudalisierung der politischen Öffentlichkeit bringt schließlich auch eine Fixierung auf Verdienste der Vergangenheit zum Ausdruck, wo doch der Aufstand eigentlich „nur" das Tor aufstoßen sollte zu einer Transformation der Gesellschaft in eine befreite Zukunft, in der noch keiner war und über die daher auch keiner „wissenschaftlich" und ein für allemal Bescheid wissen kann.

So positiv die nunmehr auch verfassungsmäßig gebotene Pluralisierung der bolivarischen Bewegung an sich daher auch zu bewerten ist, bleibt sie wie alles im Leben natürlich nicht ohne Risiko, denn totsicher

ist nur der Tod. Absehbar ist derzeit leider erst, dass sich um Raúl Baduel, einem Mitverschworenen der ersten Stunde aus dem Fallschirmjäger-Regiment in Maracay und dem entscheidenden antiputschistischen Militär vom April 2002, nach seinem Aufruf, gegen die Verfassungsreform zu stimmen, so etwas wie ein rechter Flügel der bolivarischen Bewegung herausbildet. (Anhänger des Binärdenkens schlagen ihn gleich ungeschaut und teilweise als self-fulfilling prophecy funktionierend der antibolivarischen Opposition zu, was noch keineswegs ausgemacht ist.) Dabei wäre auch links von Chávez noch jede Menge Platz und es auch insgesamt hoch an der Zeit, dass die zivile und vor allem auch die weibliche Seite der Bolivarischen Bewegung Gesicht bekommt und gesellschaftliche Statur gewinnt. Das pueblo ist nämlich keineswegs so einheitlich/vereinheitlicht wie der Propaganda-Slogan „Con Chávez el pueblo es el Gobierno" zusammen mit seiner Repräsentationsmystifikation transportiert.

Und auch das Feld, auf dem sich ein solcher linker Flügel zuallererst und in erster Linie zu bewähren hätte, ist seit dem Referendum auf das Deutlichste markiert, denn es ist vor allem in den Barrios von Caracas für Chávez verloren gegangen: viele Barrio-Bewohner sind diesmal zu Hause respektive bei ihren diversen Beschäftigungen geblieben. Das unbestreitbar große Showtalent von Chávez reicht offenbar nicht mehr aus; ihre große Bereitschaft zu hoffen hat sich mit den Jahren, so scheint es, doch erschöpft: Es macht uns (s)ein Geschwätz nicht satt, es schafft kein Essen her (Brecht). Was die Oberklassen und leider auch allzu viele allzu ordnungsverliebte Traditionsmarxisten als den Mob ansehen und nur aus großer Distanz mit tiefem Misstrauen beäugen, hat revolutionären Prozessen schon häufig aus der Patsche geholfen. Jetzt scheint in Venezuela eine Situation herangereift zu sein, in der just diese Menschen von den Hügeln um Caracas den bolivarischen Prozess entscheidend voranbringen können, indem sie sich für ihre ureigensten Anliegen und Angelegenheiten kraftvoll einsetzen und effektiv organisieren. Es möge gelingen!

E-Mail: bernhard_dorfer_at@yahoo.de

Erklärung des Komitees „Solidarität mit den Clasistas!"

Mit Clasistas werden in Lateinamerika Strömungen oder Organisationen (vor allem in den Gewerkschaften) bezeichnet, die ihre Politik von einem proletarischen Klassenstandpunkt ableiten. In Venezuela kam es im Zuge der bedeutenden gesellschaftlichen Veränderungen nach dem Staatsstreich gegen Chávez und der Unternehmersabotage in der Erdölindustrie 2003 auch zur Gründung eines neuen Gewerkschaftsdachverbandes, der UNT *(Nationaler Gewerkschaftsverband der ArbeiterInnen Venezuelas)*. Innerhalb der UNT formierten sich die Clasitsas 2006 als C-CURA *(Strömung für revolutionäre Klasseneinheit und Unabhängigkeit)*.

2006 stellten die Clasistas die Mehrheit innerhalb der UNT. In der Folge kam es aufgrund der traditionell engen Bindung der UNT an die Regierung Chávez zu einer zunehmenden Polarisierung vor allem in der Frage der Unabhängigkeit von Staat, Kapital und Parteien.

Die Konflikte eskalierten schließlich, als sich Chávez im Zuge der Gründung der PSUV *(Sozialistische Einheitspartei Venezuelas)* für die Bildung eines Arbeiterflügels innerhalb der PSUV aussprach und die parteipolitische Unabhängigkeit der UNT definitiv verurteilte. Der Präsident versucht so die zunehmenden sozialen Konflikte und Betriebskämpfe, die von der C-CURA unterstützt und getragen werden, unter seine Kontrolle zu bringen und seinem bolivarischen Konzept unterzuordnen. Damit sieht sich die C-CURA (und deren bekanntester Vertreter Orlando Chirino) zunehmend bürokratischer Willkür und staatlicher Repression ausgesetzt.

Mit dem Komitee „Solidarität mit den Clasistas" wollen wir, eine Gruppe linker GewerkschafterInnen, konkrete Solidaritätsarbeit leisten. Aber vor allem will das Komitee im deutschsprachigen Raum die politische Theorie und Praxis des linken Flügels der venezolanischen ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung im so genannten „revolutionären Prozess" zur Diskussion stellen.

soli.clasistas@gmx.at
www.labournetaustria.at/venezuela.htm

Anna Leder

Politische Ökonomie der Barrios Chávez und der informelle Sektor

In Venezuela fand im Dezember 2007 ein Referendum zur Verfassungsreform statt. Zum einen wurde über eine Ausweitung präsidialer Machtkompetenzen, zum anderen über wirtschaftliche und politische Reformprojekte abgestimmt, die dem „Sozialismus des 21.Jahrhunderts" (O-Ton Chávez) den Weg ebnen sollten. Bekanntlicherweise endete die Volksbefragung, erstmalig in Chávez Amtzeit, mit einer knappen Niederlage für den Präsidenten. Diese Niederlage ist zum Großteil auf einen drastischen Rückgang der Wahlbeteiligung von 74% bei den Präsidentschaftswahlen 2006 auf 55% zurückzuführen. Drei Millionen WählerInnen blieben der Abstimmung fern. Während die Ablehnung (verglichen mit 2006) landesweit um durchschnittlich 6% zugenommen hatte, so betrug die Zunahme der Neinstimmen in Bundesstaaten mit hohem IndustriearbeiterInnenanteil zwischen 14% und 38%. In Bundesstaaten mit hohem indigenem Bevölkerungsanteil betrug die Ablehnung sogar durchwegs nahezu 50%.

Es waren aber auch große Teile der traditionellen chávistischen Basis, die BewohnerInnen der Barrios von Caracas, die dem Präsidenten diesmal ihre Gefolgschaft verweigerten; Chávez hat in den Vorstadtbezirken Petare 45%, 23 de Enero 38%, El Valle 39%, Caricuao 41% und Catia 45% verloren. Und dies, obwohl neben der Einführung des Sechsstundentages die Sozialversicherung für informell Beschäftigte das sozialreformerische Herzstück des Referendums waren; beide Gesetzesvorhaben hätten allerdings auch mit einfacher Mehrheit im Parlament verabschiedet werden können!

In linken Debatten wurde vielfach der schleppende Fortgang der Reformen, die korrupten lokalen Bürokratien, die undemokratische Diskussion im Vorfeld des Referendums, sowie die geplante Ausweitung der Machtbefugnisse des Präsidenten als Gründe für die Niederlage ins Treffen geführt. In Venezuela selbst stellte der Teil der Gewerkschaftslinken, der die Verfassungsreform ablehnte, vor allem die fehlende Frage von Enteignungen und die Fortschreibung des Rechts auf Privatbesitz großer Unternehmen ins Zentrum ihrer Kritik.

Das Ergebnis des Referendums sowie die Kritik daran, vor allem aber die grundsätzliche Bedeutung, jedoch oftmalige Vernachlässigung des informellen Sektors für linke Gewerkschaftspolitik ist der Anlass, uns in diesem Artikel mit Chávez Politik und Ökonomie im informellen Sektor zu beschäftigen.

Allein das Ausmaß des informellen Sektors verdient Beachtung: Venezuela hat mit 87% einen besonders hohen Anteil an städtischer Bevölkerung, etwa 60% davon lebt in Barrios. Sie sind nicht nur der Lebens- sondern auch der Arbeitsmittelpunkt der meisten informell Beschäftigten. Etwa 50% der

erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet in informellen Verhältnissen, d.h. ohne ein Netz aus Sozial-, Arbeits- und Lohngesetzen. Industrie- und Dienstleistungsbeschäftigte sind davon gleichermaßen betroffen. Der Anteil des informellen Sektors an der nationalen Wertschöpfung betrug 2006 in Venezuela annähernd 40%.

Chávistische Politik im informellen Sektor umfasst neben allgemeinen Sozialmaßnahmen wie der viel beachteten Gesundheitsreform und Bildungsreformen vor allem Maßnahmen, die - allgemein ausgedrückt- die Formalisierung informeller Strukturen zum Ziel haben. Dies entspricht einer weltweiten Tendenz seit den 80er Jahren , als Modernisierungstheorien angesichts eines weltweit wachsenden informellen Sektors und explodierenden Megastädten endgültig am Müllhaufen der Geschichte landeten.

In Venezuela lässt sich diesem Formalisierungsprozess die Landreform in den Städten, die Kooperativengesetzgebung, das Mikrokreditwesen, zum Teil der Mindestlohn, sowie auf politischer Ebene die Konstitution von Landkomitees und Kommunalräten zuordnen.

Die Landreform in den Städten

Das Konzept der Landreform in den Städten ist an die Theorien Hernando de Sotos, einem neoliberalem Ökonomen aus Peru, angelehnt. Mit seinen Theorien eines blühenden Marktes von unten durch die Vergabe von Eigentumstiteln in den Slums sicherte er sich einen fixen Platz in den Herzen von Weltbank und UNO, aber auch vieler NGOs. Kein Wunder, dass dieses Konzept in Venezuela erstmals 2000 von Primero Justicio, einer putschistischen Oppositionspartei, eingebracht wurde. Chávez selbst legte 2002 durch die Verabschiedung eines Präsidialdekrets die Grundlage für die Landreform in den Barrios. Konkret geht es dabei um die Privatisierung staatlichen Grundbesitzes in den Städten (analog zur allgemeinen Landreform), der etwa ein Drittel der besetzten, illegalen Barriogebiete ausmacht. Dieser Grund wird als Eigentum für ein selbstgebautes Haus pro Familie vergeben. Dieses Eigentum ermöglicht dann eine reguläre Kreditaufnahme. Dieser Kredit wiederum soll die Möglichkeit für eine allfällige Hausrenovierung oder aber für die Eröffnung eines Mikrounternehmens bieten. Auch wenn dieses Konzept nicht die neoliberalen Ziele de Sotos verfolgt, so wirft es doch eine Reihe von Problemen auf.

Was passiert mit den BarriobewohnerInnen, die nicht auf staatlichem Grund leben? Privatisierung staatlichen Besitzes erschwert eine egalitäre Stadtplanungsperspektive. Privatbesitz an Wohnraum öffnet Tür und Tor für einen kapitalistischen Immobilienmarkt. Die Infrastruktur in privatrechtlich organisiertem Wohnraum ist ebenfalls ungleich mehr von kapitalistischer Verwertung bedroht. Darüber hinaus bleiben natürlich alle Probleme bestehen, die mit der zumeist unabänderlich schlechten bis gefährlichen Boden- und Bausubstanz in den Barrios zusammenhängen. Der gravierende Unterschied zum Konzept de Sotos besteht in der Form der Umsetzung. Das Präsidialdekret sieht vor, dass je 100 bis 200 Familien ein Landkomitee (Comite de Tieras urbanas) gründen, um mit der Regierung die Vergabe der Eigentumstitel auszuverhandeln. Darüber hinaus bilden die Komitees Unterkommissionen, die für Fragen der Infrastruktur wie Wasser, Strom, Müllabfuhr und Ähnlichem zuständig sind. Hier knüpfen sie an den bereits seit Jahrzehnten bestehenden Stadtteilkomitees an und sind eine wichtige Basis für die Kommunalräte, die Consejos Comunales.

Mikrokredite und Kooperativen

Mikrokredite sind auch eines der neoliberalen Lieblingsrezepte für den informellen Sektor. So war 2005 das UN-Jahr der Mikrokredite. Die Weltbank favorisiert sie; ihr Erfinder Muhammed Yunus erhielt 2003 dafür sogar den Friedensnobelpreis. Für den informellen Sektor bedeuten Mikrokredite oft den erstmaligen Zugang zu einem gesetzlich geregelten Kreditwesen. Im Jahr 2000 ließ sich Chávez von Yunus selbst über eine optimale Umsetzung des Mikrokreditwesens beraten.

In Venezuela liegt die Vergabe von Mikrokrediten in Regierungshand. Die verschiedenen Entwicklungsbanken werden aus einem staatlichen Fonds zur Entwicklung des Mikrofinanzwesens finanziert, der seinerseits, wie nahezu sämtliche Sozialausgaben in Venezuela, aus Erdölgewinnen gespeist wird. Analog zum Konzept Yunus gibt es ein Netzwerk lokaler RepräsentantInnen, die die Kredite vor Ort an die Frau und den Mann bringen. Der grundlegende Unterschied liegt in der finanzökonomischen Bedeutung der Kredite. Während in neoliberalem Zusammenhang das Geschäft mit den Mikrokrediten selbst für große Banken – bei Zinssätzen von 20-40% und einer Rückzahlungsquote von 97% - inzwischen sehr lukrativ ist, sind Mikrokredite für venezolanische Banken bei Zinssätzen von 6 -12% jährlich bei einer Inflation von 22,5% (2007) ein Verlustgeschäft. So muss also in Venezuela bei Mikrokrediten eher von erweiterten Sozialausgaben gesprochen werden.

Kooperativen, die als wichtiges Instrument im Aufbau einer sozialen Ökonomie gelten, sind kol-

lektiv geführte Unternehmen in Privateigentum. Für sie gibt es Einkommenssteuererlässe und staatliche Zuschüsse; sie finanzieren sich durch Mikrokredite. Für den informellen Sektor bedeuten Kooperativen die Formalisierung bis dahin zumeist illegaler Mikrounternehmen bzw. sie sind für die Regierung das wichtigste Instrument zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Aus gewerkschaftlicher Sicht gibt eine Reihe von Gründen, Kooperativen als Mittel zur Arbeitsplatzbeschaffung kritisch gegenüberzustehen: Die EigentümerInnen, d.h. die ArbeiterInnen tragen das volle Risiko für den Betrieb, für sie gilt kein Mindestlohn, keine Sozialversicherung und keine Arbeitszeitgesetz. Es ist inzwischen eine durchaus übliche Praxis, dass Unternehmen formelle Arbeitsplätze in Kooperativen auslagern, um so Kosten zu sparen.

Das gemeinsame Eigentum ändert auch nichts daran, dass Kollektive den Gesetzen des Marktes unterworfen bleiben und sich in Konkurrenz zueinander befinden. In den Barrios selbst kommt dieser Wettbewerb besonders zum Tragen. Da der überwiegende Teil der Dienstleistungen und der Produkte auch vor Ort vermarktet wird bedeutet eine steigende Zahl von Unternehmen bei gleich großem Markt verschärfte Wettbewerbsbedingungen mit wiederum zwangsläufig negativen Folgen für solidarische Beziehungen ihrer BewohnerInnen. Nachbarschaftshilfe und Tauschbeziehungen werden durch sich verallgemeinernde Warenbeziehungen gefährdet.

Auch bei den konkreten Zahlen ist Skepsis über einen nachhaltigen Erfolg von Mikrokrediten bzw. Kooperativen angebracht: Der Prozentsatz uneinbringlicher Kredite bei Entwicklungsbanken machte bis zu 57% (Frauenbank 2003) aus. 2006 waren von knapp 173.000 eingetragenen Kooperativen nur 37.000 operativ tätig. Selbst wenn von einer großen Anzahl von Karteileichen ausgegangen werden kann, so bedeuten diese Zahlen doch, dass hunderttausende Menschen damit die Hoffnung auf ein Leben in sozialer und existenzieller Sicherheit verloren haben.

Frauen und der informelle Sektor

In Venezuela sind Frauen mit einem Anteil von 60 bis 70% von Armut betroffen. Aufgrund ihrer Verantwortung für die Familie und mangels qualifizierter formeller Jobs sind sie mehrheitlich zu informellen Beschäftigungen gezwungen. Die Vergabe von Mikrokrediten speziell für Frauen ist ein Schwerpunkt zur Linderung der Frauenarmut. Auch hier zeigt sich eine Ähnlichkeit zu Yunus Konzept, seine Grameen Bank vergibt über 90% seiner Kredite an Frauen.

2006 vergab die Banmujer (Frauenbank), die mit Abstand aktivste der Entwicklungsbanken, 60.000 Mikrokredite im Wert von 21 Mill. Euro für 12.450 Kooperativen. D.h. eine Kooperative besteht durchschnittlich aus fünf Frauen, denen ein gemeinsamer Kredit von 1730 Euro zur Verfügung steht. Nach Angaben der 2003 gegründeten Hausfrauengewerkschaft ist es Schwerpunkt dieser Mikrounternehmen, haushaltsnahe- bzw. Gemeindedienstleistungen zu erbringen. Dieses Konzept ist so nahe an traditionellen Mustern informeller Frauenarbeit gestaltet, dass ihm ökonomischer Erfolg oder gar ein emanzipatorischer Charakter schwerlich zuzugestehen ist. Frauenpolitik in den Barrios entspringt politisch dem Verfassungsartikel 88, der Männern und Frauen das Recht auf Arbeit zugesteht, Hausarbeit als Mehrwert schaffend bezeichnet und deshalb Hausfrauen ein Recht auf gesetzliche Sozialleistungen einräumt. Im Rahmen der Mission Madres del Barrio erhielten 2006 ca. 240.000 (!) Hausfrauen (von geschätzten 2,5 Mill.) 60-80% (!) des gesetzlichen Mindestlohns von rund 200 Euro, wobei sie sich zur Leistung von Sozialarbeit im Barrio verpflichten müssen.

Abgesehen von der Sichtbarmachung von Hausarbeit ist dieses Konzept eine frauen- und gewerkschaftspolitische Katastrophe. Dass bislang nur 10% der Hausfrauen nur ca. 2/3 des Mindestlohns erhalten, zeigt erstens, dass diese Maßnahme nur eine Art Almosen und kein Rechtsanspruch ist und zweitens, dass Hausfrauen offensichtlich nur 2/3 der Männer wert sind. Durch die Hintertür wird so obendrein ein Niedriglohnsektor im Sozialbereich etabliert. Geschlechtliche Arbeitsteilung ist die Quelle von Diskriminierung von und Gewalt gegen Frauen, deshalb muss eine Politik der Hausarbeit immer auch die Perspektive ihrer gerechten Verteilung zwischen den Geschlechtern, aber auch ihrer Vergesellschaftung verfolgen.

Kommunalräte

Die Etablierung von Kommunalräten, laut Chávez wichtigster Motor zur Herausbildung einer Volksmacht, bedeutet für den informellen Sektor das zentrale Instrument zur politischen Formalisierung der vielfältigen ökonomischen, sozialen und kulturellen Initiativen der Selbstorganisation. Sie haben besonders seit der Wirtschaftskrise in den 80ern, zuerst für das Überleben in den Barrios, später zunehmend auch politisch große Bedeutung.

Grundlage für jeden Kommunalrat ist eine Versammlung, die aus 200 bis 400 Familien besteht; daraus werden Räte gewählt, die mit verschiedensten - ökonomischen, kulturellen, sozialen -

Inhalten befasst sein können, je nach ihren Beschlüssen. Finanziert werden sie von Kommunalbanken, die analog zum Mikrokreditwesen aus einem Nationalfond gespeist werden. Eine vom Präsidenten bzw. der Regierung einberufene Kommission entscheidet über die Mittelvergabe für die von den Kommunalräten eingereichten Projekte. Organisatorisch ist bislang lediglich eine regionale Vernetzung der Consejos geplant, während es von oben bereits eine präsidiale Kommission zu ihrer Koordinierung mit Strukturen in allen 24 Bundesstaaten gibt. Es ist also ein enormes Spannungsfeld, in dem sich die Kommunalräte befinden. Erstens konkurrieren sie mit den lokalen bürgerlichen Verwaltungen um Kompetenzen, die ihrerseits oft von Korruption und Misswirtschaft geprägt sind. Zweitens sind sie sowohl finanziell als auch inhaltlich vollständig von der Regierung abhängig. Drittens steht einer bislang ungenügenden Vernetzung von unten eine recht straffe dem Präsidenten unterstehende Struktur gegenüber. Viertens schließlich ist die neu gegründete chavistische Einheitspartei PSUV ein nicht zu unterschätzender Faktor politischer Einflussnahme. Bei dieser Konstellation scheint der Weg der Kommunalräte, sich als echte Gegenmacht zu lokaler Bürokratie aber auch zur Regierung zu etablieren, als sehr unwahrscheinlich.

Werden nun die ökonomischen Reformen, die den Barrios eine nachhaltige ökonomische Entwicklung sichern sollen, den basisdemokratischen Konzepten ihrer Umsetzung gegenüber gestellt, so bietet sich schlichtweg ein Bild unvereinbarer Widersprüche: Konkurrenz ist nicht mit Kollektivität vereinbar, oder anders gesagt, Privateigentum nicht mit Sozialismus.

Um nun zum Ausgang des Referendums zurückzukommen: Vielleicht sind die drei Millionen nicht nur wegen des langsamen Reformtempos oder der korrupten Bürokratie der Abstimmung ferngeblieben. Vielleicht war es vielmehr die zunehmend konkrete Erfahrung, dass der für den informellen Sektor zur Schau gestellte Marktoptimismus realistischerweise (in Venezuela genauso wenig wie in jedem anderen Winkel dieser Welt) nicht angebracht ist; Dass kollektive Eigentumsformen chancenlos bleiben, wenn sie in einen von der Regierung unangetasteten Markt des Großkapitals eingebettet sind. Und schließlich die Erfahrung, dass das Verhältnis basisdemokratischer Kompetenz zu präsidialer Machtfülle immer nachteiliger für die Idee der direkten Demokratie wird.

E-Mail: anna.leder@inode.at

Markus Griesser

Farewell to the welfare state?

Staatstheoretische Konzepte zu Genese und Wandel des Sozialstaats

„Die Entwicklung der Sozialpolitik überschreitet den Bereich des klassischen Widerspruchs, der seine Apologeten (Wohlfahrtsstaat: Gleichheit durch Umverteilung) und seine Kritiker (Wohlfahrtsstaat: verstärkter sozial-repressiver Kontrollmechanismus) in zwei Lager teilte.“ (Buci-Gluckmann/Therborn 1982: 122)

Als sich 1875 in Gotha die beiden großen sozialistisch orientierten Parteien Deutschlands zur *Sozialistischen Arbeiterpartei* zusammenschließen, kritisiert Karl Marx in seinen „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ u.a. die dort vollzogene Akzentuierung der Verteilungsfrage. Diese basiere nämlich auf der „vulgärsozialistischen“ Annahme einer Autonomisierung der Distributions- gegenüber der Produktionssphäre, welche in der Forderung nach „gerechter Verteilung des Arbeitsertrages“ im Rahmen einer kommunistischen Gesellschaft Niederschlag finde. Eine solche Forderung sei jedoch insofern widersinnig, als mit der Umwälzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse das Verschwinden jenes Äquivalenzprinzips des bürgerlichen Rechtsbegriffs einhergehe, das auch dem Konzept der Verteilungsgerechtigkeit zugrunde liege. An dessen Stelle trete Marx zufolge in der voll entfalteten kommunistischen Gesellschaft die Losung: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (vgl. Marx 1962a: 18-22).

Ein knappes Vierteljahrhundert später, der so genannte „Reformismus-“ bzw. „Revisionismusstreit“ innerhalb der sozialdemokratischen Partei erreicht gerade seinen ersten Höhepunkt, polemisiert Rosa Luxemburg in ihrer Streitschrift „Sozialreform oder Revolution“ gegen Eduard Bernsteins „Versuch, den opportunistischen Strömungen in der Partei eine theoretische Grundlage zu geben“ (Luxemburg 1969: 92f.). Dessen auf der Revision der Marxschen Werttheorie basierende Idee, gestützt auf Genossenschaften und Gewerkschaften den Kapitalismus stufenweise in den Sozialismus hinein zu reformieren, sei nämlich nicht bloß theoretisch fragwürdig. Sie habe auch fatale Konsequenzen für die sozialdemokratische Praxis, indem sie die Sphäre der Produktion zugunsten jener der Verteilung vernachlässige. Das postulierte Ziel einer „gerecht(er)en Verteilung“ ignoriere jedoch den „naturgesetzlichen“ Zusammenhang zwischen den beiden Sphären im Kapitalismus und stütze sich zudem idealistisch auf bloße Gerechtigkeits*ideen* (ebd.: 64-71).

Solchen Kritiken zum Trotz entwickelte sich das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit – im *Gothaer*

Programm noch ein im Jenseits der kommunistischen Gesellschaft zu realisierendes Ziel, bei Bernstein bereits das im Diesseits des Kapitalismus zu erreichende Ideal[1] – in den folgenden Jahrzehnten zur Leitidee der Sozialdemokratie und materialisierte sich im Zuge der keynesianischen Wende schließlich in einem „andere[n], rein redistributive[n] `Sozialismus´" (Buci-Glucksmann/Therborn 1982: 119). Umverteilung galt von nun an als kompensatorische Handlungsmaxime sozialdemokratischer Politik, denn „[d]ie Marktwirtschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung", wie es im *Godesberger Programm* von 1959 heißt, mit dem die SPD ihre endgültige Aussöhnung mit dem Kapitalismus besiegelte, bevor sie sich nach dem Ende des „Sozialdemokratischen Zeitalters" mit dem programmatischen Übergang von der *Verteilungs- zur Chancen- und Teilhabegerechtigkeit* (vgl. Draheim/Reitz 2004) schließlich in ihrer historischen Form selbst auf der Müllhalde ideengeschichtlicher Konzepte entsorgte.

Sozialgeschichtlich jedoch haben die – zumindest rhetorisch – im Namen der Verteilungsgerechtigkeit vollzogenen Sozialreformen nicht bloß Spuren hinterlassen, sondern in einem „von oben" initiierten Prozess der Selbstrevolutionierung /-restauration einen grundlegenden Umbau der Gesellschaft nach sich gezogen. Dieser Prozess, der sich mit Antonio Gramsci als „passive Revolution" – „Revolution ohne Revolution" bzw. „Revolution-Restauration" (Gramsci 1991ff.: 102/1330) – beschreiben lässt, brachte den für die fordistische Phase der kapitalistischen Entwicklung charakteristischen „strukturelle[n] Reformismus des Sozial- und Wohlfahrtsstaates" (vgl. Röttger 2007: 181ff.) hervor, wie er ausgehend vom späten 19. Jahrhundert innerhalb der kapitalistischen Zentren – und nicht zuletzt auf der Basis einer spezifisch-asymmetrischen Konstellation auf der Ebene von Weltmarkt und internationalem Staatensystem – durchgesetzt wurde. Mit dem in Form korporatistischer Arrangements vollzogenen (selektiven) „Einbau der Arbeiterklasse in den bürgerlichen Staat" (ebd.: 183) einher ging die Transformation des Terrains sozialer Kämpfe, welche die revolutionären Traditionslinien in der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung sukzessive verschüttete.

Der Radikalität dieses Wandels zum Trotz begnügte man sich vor allem in leninistischer Tradition lange Zeit mit reduktionistischen Analysen der Sozialdemokratie und mit der sektiererischen Denunziation ihres „Reformismus" (vgl. Buci-Glucksmann/Therborn 1982: 54ff.)[2]. Erst in den Staatsdebatten der 1970er und 1980er Jahre wurde allmählich der „`epistemologische Bruch´" (ebd.: 113) zur Kenntnis genommen, der mit der „strukturell sozialdemokratischen" keynesianischen Wende insbesondere hinsichtlich der Beziehung zwischen ArbeiterInnenklasse und Staatsapparaten im Feld der politischen Formen vollzogen wurde (vgl. stv. Hirsch/Roth 1986: 64ff.). Im Zentrum des Interesses stand dabei häufig jene neue Form der Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse, wie sie sich im keynesianischen Wohlfahrtsstaat materialisiert hatte, und die infolge der wirtschaftlichen und sozialen Krisen der 1970er Jahre im Umbau begriffen war (vgl. stv. Poulantzas 2002: 214ff./239ff.).

Insofern ich nun davon ausgehe, dass dieser Umbau im Prozess der krisenhaften Abkehr vom Fordismus und von der ihm korrespondierenden Staatsform des keynesianischen Wohlfahrtsstaates nach wie vor andauert, werde ich im Rahmen dieses Textes einmal mehr die Frage des Sozialstaats, seiner Genese und seines Wandels aufwerfen. Auf der Basis des von Buci-Glucksmann und Therborn vorgeschlagenen „Perspektivenwechsels" soll die Untersuchung sich dabei anhand von vier klassenanalytisch orientierten Ansätzen[3] aus der (Sozial-)Staatsdebatte am „Standpunkt der Arbeiterklasse in ihren Beziehungen zu den Institutionen" (Buci-Glucksmann/Therborn 1982: 122) ausrichten. Ausgewählt wurden dabei gezielt vier äußerst heterogene Ansätze, um die Relevanz des jeweils fokussierten Faktors – nämlich die *Erfordernisse* industrialisierter Gesellschaften bzw. der kapitalistischen Produktionsweise sowie die *Forderungen* von ArbeiterInnenparteien bzw. sozialen Bewegungen – für eine materialistisch-staatstheoretische Annäherung an die Frage des Sozialstaats zu diskutieren. Darüber soll ein Beitrag geleistet werden zur aktuellen Debatte um die Zukunft des (Sozial-)Staats nach dem „Abschied" von seiner keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Gestalt sowie zu den Möglichkeiten seiner „radikalen Transformation" (vgl. Poulantzas 2002: 283) im Sinne einer emanzi-



patorisch-gesellschaftsverändernden Praxis. Beginnen werde ich dabei mit den Modellen von Karl Polanyi bzw. von Wolfgang Müller und Christel Neusüss, welche in ihren Ansätzen gleichermaßen, wenn auch auf sehr unterschiedliche Art und Weise, die Bedeutung der strukturtheoretischen Dimension für eine Erklärung der „Bewegungsgesetze sozialpolitischer Entwicklung" (Offe/Lenhardt 2006: 170) herausstreichen.

1. Die Geburt des Sozialstaats aus den Erfordernissen einer industrialisierten Gesellschaft

In radikaler Abgrenzung von (neo-)klassischen, aber auch von (vulgär-)marxistischen Ansätzen im Bereich der politischen Ökonomie bemüht sich Karl Polanyi in seiner Studie „The Great Transformation" um eine Beantwortung der Frage, wie sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zuerst in England, später auch in Kontinentaleuropa und in den USA eine Marktwirtschaft etablieren konnte, welche bald schon ins Wanken geriet, um schließlich in den Umwälzungen der 1920er und 1930er Jahre endgültig unterzugehen. Als „Marktwirtschaft" begreift er dabei ein „selbstregulierendes System von Märkten" (Polanyi 1978: 71), in der die über das Gesetz von Angebot und Nachfrage gebildeten Preise das Einkommen der EigentümerInnen der einzelnen Wirtschaftsfaktoren bestimmen (ebd.: 102ff.). Eine solcherart organisierte Gesellschaft bedroht laut Polanyi jedoch insofern ihre eigenen Reproduktionsbedingungen, als sie die Verwandlung all dieser Wirtschaftsfaktoren – einschließlich des Menschen selbst und seiner Umwelt in Form von Arbeitskraft und Boden, also der „Gesellschaftssubstanz schlechthin" (ebd.: 106) – in am Markt feilzubietende Waren impliziert. Deshalb auch sieht er „die Ursprünge der Katastrophe im Aufstieg und Fall der Marktwirtschaft" (ebd.: 55) selbst begründet. Während nämlich die wirtschaftlichen Tätigkeiten des Menschen ihm zufolge bis dahin stets organisch in seine Sozialbeziehungen eingebettet waren (vgl. ebd.: 71ff.), kommt es laut Polanyi im Zuge der Etablierung der Institution eines selbstregulierenden Marktes zu deren Herauslösung aus dem Leben der Gemeinschaft und damit zur Auslöschung „alle[r] organisatorischen Formen des Seins" (ebd.: 224), wie sie durch verwandtschaftliche, nachbarschaftliche, religiöse usw. Bindungen geknüpft waren. Die daraus resultierende atomistische und individualistische Reorganisation der Gesellschaft jedoch kann laut Polanyi auf Dauer keinen Bestand haben, zumal Arbeitskraft – wie auch Boden und Geld – ihm zufolge bloß *fiktive Waren*[4] sind und die auf dieser Warenfiktion errichteten Teilmärkte notwendigerweise eine Zerstörung der Gesellschaft zur Folge haben musste: „[K]eine Gesellschaft könnte die Auswirkungen eines derartigen Systems grober Fiktion auch nur kurze Zeit ertragen" (ebd.: 109). Deshalb, so Polanyi, kommt es sehr bald schon zur Ausbildung von Mechanismen der „gesellschaftlichen Selbstverteidigung" (ebd.: 247), um den seit der industriellen Revolution sich entfaltenden Expansionsdrang des Marktes in Schach zu halten und seine zerstörerischen Effekte einzudämmen. Am Ende des hier sich abzeichnenden Prozesses schließlich steht der moderne Sozialstaat als die – wie Stephan Lessenich und Ilona Ostner es formulieren – „Quintessenz dieses gesellschaftlichen Selbstschutzes" (Lessenich/Ostner 1998: 15) gegenüber der drohenden Zerstörung durch den selbstregulierenden Markt.

Polanyi exemplifiziert diesen Prozess in erster Linie anhand der entsprechenden Entwicklungen in England, ausgehend von der Durchsetzung des Systems der Marktwirtschaft in den 1830er Jahren bis hin zu seinem schlussendlichen Zusammenbruch in den 1920er und 1930er Jahren (vgl. Polanyi 1978: 187ff.)[5]. Dabei interpretiert er die englische Geschichte dieses langen 19. Jahrhunderts als die einer „Doppelbewegung" (vgl. ebd.: 112), welche durch zwei divergierende Organisationsprinzipien der Gesellschaft mit jeweils spezifischen institutionellen Zielen, mit der Unterstützung von unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften und unter Anwendung verschiedener Methoden in Gang gesetzt wurde (vgl. ebd.: 185ff.): Zum ersten nämlich vom *Prinzip des Wirtschaftsliberalismus*, das die Expansion der Marktwirtschaft vorantrieb, zum zweiten vom *Prinzip des gesellschaftlichen Selbstschutzes*, welches eben die angesprochenen Gegenbewegung in Gang setzte. Polanyi zufolge kam es dabei erst ab den 1820er Jahren zur Etablierung der drei, das erstere Prinzip fundierenden Grundsätze des Laissez-Faire – nämlich die Durchsetzung von Freihandel, Goldstandard und Arbeitsmarkt –, welche schließlich infolge der bürgerlichen Revolution in England „mit dem Eifer eines Kreuzzugs" (ebd.: 189) in den Bereichen Arbeit (*Armenrechtsnovellierung 1834*), Währung (*Peels Bank Act 1844*) und Handel (*Korngesetz 1846*) umgesetzt wurden. Entgegen der liberalen Darstellung insistiert Polanyi in diesem Zusammenhang auf den „künstlichen", das heißt politisch vermittelten Charakter dieses Prozesses, während die Gegenbewegung des gesellschaftlichen Selbstschutzes ab den 1860er Jahren sich ihm zufolge auf „natürliche" Art und Weise, also spontan zu entfalten begann (vgl. ebd.: 195ff.). Die aus den Widersprüchen zwischen selbstregulierendem Markt und protektionistischen Selbstschutzmaßnahmen resultierenden Spannungen mündeten 1929 im Zusammenbruch der Weltwirtschaft und wurden schließlich im Rahmen von Faschismus, Sozialismus und New

Deal auf je spezifische, aber verbindlich *anti-liberale* Art und Weise aufgelöst (vgl. ebd.: 270ff.)[6].

Welche Kräfte stehen nun Polanyi zufolge hinter dieser Schutzbewegung bzw. anders formuliert, welche Faktoren zeichnen ihm zufolge für die Genese – und den Wandel – von Sozialstaatlichkeit verantwortlich?

9

Wie bereits angedeutet wurde, betont Polanyi im Rahmen seiner Darstellung der Doppelbewegung im England des 19. Jahrhunderts die Bedeutung von sozialen Klassen als politischen AkteurInnen in besagtem Prozess (vgl. ebd.: 185ff.), meint er in diesen doch „das natürliche Vehikel gesellschaftlicher und politischer Veränderungen" (ebd.: 210) zu erkennen. Für die Erklärung von längerfristigen gesellschaftlichen Transformationsprozessen wie der Genese des Sozialstaats hält er Klasseninteressen oder -kämpfe jedoch für nebensächlich, zumal er diese marxistischen Konzepte durch einen „allzu eng", ja „rein monetär" gefassten Interessenbegriff definiert sieht (vgl. ebd.: 211ff.). Die eigentlichen Ursachen solchen Wandels vermutet er deshalb in Faktoren, die er als der Gesellschaft externe, aber sie in ihrer Gesamtheit betreffende Kräfte bestimmt. Dies zeigt Polanyi anhand der dargestellten Doppelbewegung des 19. Jahrhunderts, in der unterschiedliche Klassenkräfte zwar auf die Expansion des Marktwesens eingewirkt haben – im Falle der KapitalistInnen befördernd, in jenem der ArbeiterInnenklasse und der LandeigentümerInnen in progressiver respektive konservativer Weise behindernd; letztlich ist der gesellschaftliche Selbstschutz ihm zufolge jedoch eine durch „zwingende objektive Gründe" (ebd.: 204) motivierte „spontane Reaktion" (ebd.: 207) gewesen und mithin nicht aus subjektiven Faktoren zu erklären. Die damit bezeichneten Veränderungen resultierten Polanyi zufolge nämlich aus den „Erfordernisse[n] einer Industriegesellschaft, die mit den Mitteln des Marktes nicht befriedigt werden können" (ebd.: 212), und welche zu einer klassenübergreifenden, wenn auch unbewussten Vereinigung sozialer Kräfte zum Schutz der Gesellschaft führten. Die Schutzbewegung wurde mithin nicht von Klasseninteressen, sondern von den „Interessen der ganzen Gesellschaft in Gang gesetzt" (ebd.: 223) und von den RepräsentantInnen dieses Allgemeininteresses, also der jeweiligen Regierung, exekutiert. Entsprechend der drei Hauptangriffspunkte von Seiten des Marktsystems auf die soziale Substanz der Gesellschaft, also die Kommodifizierung von Arbeit, Boden und Geld, sieht Polanyi auch hier, also im Schutz des Menschen, der Natur sowie der Organisation der Produktion, die drei Linien, auf denen besagte Gegenbewegung sich entfaltete (vgl. ebd.: 224ff.).

Der Prozess des gesellschaftlichen Selbstschutzes wird laut Polanyi also von strukturellen Faktoren in Gang gesetzt und sein Ergebnis, der moderne Sozialstaat, erklärt sich funktional aus den Erfordernissen der Reproduktion (industrialisierter) Gesellschaften. Die sozialen Klassen als Trägerinnen dieses Prozesses vollziehen dabei in ihren Handlungen lediglich das, was aus Strukturperspektive ohnedies notwendig gewesen wäre. Gerade im Hinblick auf seine Konzeptualisierung von sozialen und Klassenkämpfen nimmt sich das Modell Polanyis jedoch als hyperfunktionalistische Konstruktion aus, sieht er deren Einflussvermögen doch dadurch bestimmt, dass diese „für Entwicklungen eintreten, die nur scheinbar im Gegensatz zum Allgemeininteresse der Gemeinschaft stehen" (ebd.: 252). Partikulare (Klassen-)Interessen – seien es die des Adels, des Bürgertums oder Industriearbeiterschaft – setzen sich also in einem bestimmten Stadium der Geschichte durch, weil sie „unbewußt" (ebd.: 113) und „zufällig" (ebd.: 252) auch das gesellschaftliche Allgemeininteresse repräsentieren. Eine Erklärung für diesen paradoxen Mechanismus, vermittels dem ein spezifisches Partikular- mit dem funktionalistisch bestimmten Allgemeininteresse in Übereinstimmung gebracht wird, enthält Polanyi jedoch vor. In teleologischer Manier erscheint ihm retrospektiv vielmehr jeder Wendepunkt in der Historie schlicht auf die Konvergenz der siegreichen Klasseninteressen mit jenen der Gesamtgesellschaft zurückführbar – ihr Sieg erklärt sich funktional aus den Erfordernissen gesellschaftlicher Reproduktion. Damit jedoch gerinnt ihm das, was von Offe und Lenhardt noch metaphorisch als „Bewegungsgesetz" sozialpolitischer Entwicklung benannt wurde, zur geschichtsphilosophischen Essenz – und entzieht seine Konzeptionalisierung der Genese und des Wandels von Sozialstaatlichkeit gesellschaftsverändernden Bestrebungen tendenziell ihre Grundlage[7].

2. Die Geburt des Sozialstaats aus den Erfordernissen der kapitalistischen Produktionsweise

In kritischer Absetzung gegenüber der Theorie des Staatsmonopolitischen Kapitalismus (Stamokap) sowie der Spätkapitalismustheorie von Jürgen Habermas, Claus Offe u.a., welche sie gleichermaßen als neue Variationen des Revisionismus identifizieren, formulieren Wolfgang Müller und Christel Neusüss 1971 in ihrem, die so genannte Ableitungsdebatte begründenden Aufsatz „Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital" einen neuen, auf den Marxschen Analysekategorien basierenden funktionalistischen Ansatz der Sozialstaatstheorie. Entgegen der „Auffassung des Staates als einer gegenüber den

Widersprüchen in der Gesellschaft mehr oder weniger selbständigen Institution" (Müller/Neusüss 1971: 7), in welcher Müller und Neusüss die Wurzel aller revisionistischen Theorie und Praxis auszumachen glauben, bemühen sie sich deshalb um eine „Ableitung des `bestehenden Staates´ aus der `bestehenden Gesellschaft´" (ebd.: 46) und ihren Widersprüchen (vgl. Marx 1962a: 28).

Der Ausgangspunkt der Staatsableitungsdebatte ist dabei, ähnlich wie auch schon bei Polanyi, die „Asozialität" des Kapitalismus: „Das Kapital kann [...] von sich aus in den Aktionen der vielen Einzelkapitale die in ihm angelegte Gesellschaftlichkeit seiner Existenz nicht produzieren; er bedarf auf seiner Grundlage einer besonderen Einrichtung, die seinen Grenzen als Kapital nicht unterworfen ist" (Altvater 1972: 7). Diese besondere, neben und außerhalb der Konkurrenz stehende Einrichtung ist der bürgerliche Staat, der als „Nicht-Kapitalist in einer kapitalistischen Gesellschaft" (ebd.: 12) erst deren Existenz sichert. Elmar Altvater, als Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfs" (heute: PROKLA) Anfang der 1970er Jahre in die u.a. dort ausgetragene Staatsableitungsdebatte involviert, bestimmt dabei vier Funktionen des Staates, welche ihm zufolge seitens der Einzelkapitale gar nicht ausgeübt werden *können*, nämlich: „(1) Herstellung allgemeiner materieller Produktionsbedingungen („Infrastruktur"); (2) Setzung und Sicherung der allgemeinen Rechtsverhältnisse [...]; (3) Regulierung des Konflikts Lohnarbeit und Kapital [...]; (4) Sicherung der Existenz und Expansion des nationalen Gesamtkapitals auf dem kapitalistischen Weltmarkt" (ebd.: 9).

Die unter (3) genannte Funktion, welche aus dem Widerspruch des Kapitalverhältnisses resultiert, dass sich LohnarbeiterInnen und KapitalistInnen zwar auf der „Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft" als formal gleiche und freie WarenbesitzerInnen begegnen, tatsächlich jedoch in einem Ausbeutungsverhältnis zueinander stehen, ist dabei Gegenstand der von Wolfgang Müller und Christel Neusüss formulierten Kritik der „Sozialstaatsillusion", welche sie anhand einer Relektüre der von Marx im ersten Band des Kapitals rekonstruierten Durchsetzung des Normalarbeitstags entwickeln (vgl. Müller/Neusüss 1971: 46ff.). Wie Marx darlegt, resultiert der Kampf um die Länge des Arbeitstags aus der Unvereinbarkeit zweier Rechte, nämlich dem des Käufers (Kapitalist) und jenem des Verkäufers (Lohnarbeiter) der Ware Arbeitskraft gemäß den Gesetzen des Äquivalententauschs. Behauptet ersterer nämlich sein Recht, die erstandene Ware durch größtmögliche Verlängerung des Arbeitstags maximal nutzen zu können, so beharrt letzterer aufgrund der spezifischen Natur dieser Ware darauf, ihrem Konsum eine Grenze zu setzen und also den Arbeitstag auf eine gewisse Größe zu beschränken. Auf diesem Weg wird die Grenze des Arbeitstags zum Gegenstand des Kampfs zwischen KapitalistInnen- und ArbeiterInnenklasse. Und da, wie Marx es formuliert, „[z]wischen gleichen Rechten [...] die Gewalt" (Marx 1962: 249) entscheidet, tritt hier nun der Staat auf den Plan, um als eine von der bürgerlichen Gesellschaft getrennte, die Mittel physischer Gewaltsamkeit auf sich vereinigende Instanz rechtsförmig die allgemeinen Bedingungen des Warentauschs zu sichern. Die angesprochene Antinomie zweier Rechte ist Müller und Neusüss zufolge allerdings auch Konstitutionsbedingung des Doppelcharakters kapitalistischer Staaten: Einerseits bringen die aus ihr resultierenden Klassenkämpfe nämlich den Staat als „fürsorgende" Instanz hervor, die im Interesse des Gesamtkapitals (sozial-)politisch interveniert. Andererseits konstituiert sich in diesen Kämpfen aber auch die ArbeiterInnenklasse als handelndes Subjekt, welches das Kapitalverhältnis und seinen Staat selbst aufzuheben droht und damit den Staat als „unterdrückende" Instanz begründet. „Das Janusgesicht des Staatsapparates, Fürsorge und Unterdrückung, ist notwendiger Ausdruck der Antinomie des kapitalistischen Verwertungsprozesses selbst, wie sie als Recht gegen Recht beim Tausch der Ware Arbeitskraft auftritt." (ebd.: 56)

Die eigentliche Ursache für die Ausbildung des „fürsorgenden Gesichts" des kapitalistischen Staates und mithin die Wurzel aller Sozialpolitik vermuten Müller und Neusüss jedoch weniger in den hier angesprochenen Klassenkämpfen, denn vielmehr in der aus der Kurzsichtigkeit der einzelkapitalistischen Profitinteressen resultierenden Tendenz zur Selbstzerstörung des Kapitals. Auf der Basis der Marxschen Ausführungen zum Kampf um den Normalarbeitstags differenzieren Müller und Neusüss dabei zwischen zwei Bewegungen, die von den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft selbst, also quasi „naturgesetzlich", in Gang gesetzt werden. Zum einen nämlich jene, vom erwähnten „Rechtsanspruch" des Kapitals voran getriebene Bewegung nach maßloser Verlängerung des Arbeitstags, welche danach trachtet, selbst die physischen und sozialen „Maximalschranken" des Arbeitstags (vgl. Marx 1962: 246) zu überrennen. Durch diese Tendenz zur Abtötung der Arbeitskraft droht der kapitalistische Verwertungsprozess jedoch seine eigenen Grundlagen zu untergraben und setzt so eine Gegenbewegung in Kraft, welche – obwohl „naturgesetzlich" sich entfaltend – wesentlich vom Widerstand der ArbeiterInnen getragen wird und schließlich in einer gesetzlichen Beschränkung

des Arbeitstags „von Staats wegen“ mündet. Laut Müller und Neusüss ist es also das Erfordernis der Sicherung der allgemeinen Reproduktionsbedingungen selbst, welches – obschon im konkreten Fall von den ArbeiterInnen als Klasse gegen den Widerstand des Kapitals durchgesetzt – „sowohl die Entstehung sozialpolitischer Funktionen des Staates wie [auch] die Ausbildung und Anerkennung von Gewerkschaften“ (Müller/Neusüss 1971: 53f.) begreifbar macht.

Die Kritik von Müller und Neusüss an der *Sozialstaatillusion* des Revisionismus zielt also darauf ab, in Abgrenzung zu dessen Autonomiepostulat die Entstehung des (Sozial-)Staates aus den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft selbst abzuleiten[8]. Die Entstehung und Entwicklung sozialpolitischer Funktionen wird von ihnen mithin aus den funktionalen Erfordernissen der kapitalistischen Produktionsweise erklärt, genauer aus dem Widerspruch zwischen dem langfristigen Eigeninteresse des (Gesamt-)Kapitals an einer Erhaltung von Arbeitskraft und dem kurzfristigen Interesse der Einzelkapitale an ihrer maximalen Ausbeutung, welches droht, den Kapitalismus auf lange Sicht seiner Grundlagen zu berauben. Hinzu tritt dabei die Annahme, dass es die Organisationen der ArbeiterInnenschaft sind, die in ihren Kämpfen und sozialpolitischen Forderungen an den Staat jenen „objektiven historischen Notwendigkeiten zum Durchbruch verhelfen“ (Altvater 1972: 16), die im Interesse des Kapitals ohnedies langfristig erforderlich gewesen wären.

Obwohl sich Müller und Neusüss dabei klar gegenüber Auffassungen distanzieren, welche den Staat als den mit einer „unerschöpfliche[n] Zaubertasche“ ausgestatteten „weise[n] Vertreter der Interessen des Kapitals“ (Müller/Neusüss 1971: 55) begreifen, hat das unterstellte harmonistische Verhältnis zwischen sozialpolitischen Funktionen und den Erfordernissen des kapitalistischen Verwertungsprozesses, zwischen sozialpolitischen Forderungen und dem langfristigen Interesse des Kapitals ihren theoretischen Konzepten den Vorwurf „hyperfunktionalistische[r] Konstruktionen“ (Offe/Lenhardt 2006: 172f.) eingebracht: „Was immer an Staatstätigkeit vorkommt, sobald es in die abgeleiteten Kategorien eingezogen ist, erscheint es als funktional im Sinne des Ausgleichs eben jener ökonomischen Systemdefizienz, als deren Komplemente die staatstheoretischen Kategorien entwickelt wurden.“ (Vobruba 1983: 23) Dabei stellt sich die Frage, wer über das Wissen (bspw. die langfristigen Funktionserfordernisse der Kapitalverwertung betreffend) und die Fähigkeiten (bspw. zur Umsetzung dieser Erfordernisse durch geeignete sozialpolitische Maßnahmen) verfügt, um solche Koordinationsaufgaben vollbringen zu können (vgl. Offe/Lenhardt 2006: 172). Besonders deutlich tritt dieser Funktionalismus im Zusammenhang mit der theoretischen Konzeptualisierung der Rolle von politischem Handeln – im Sinne von Klassen- und anderen sozialen Kämpfen – zu Tage, scheint es im Kapitalismus doch fortwährend bloß jene „vom Interesse der Erhaltung der Kapitalverwertung selbst diktierte Notwendigkeit“ (Müller/Neusüss 1971: 49) zu sein, welche sich „unbewußt auf der Ebene der Interessenkämpfe“ (ebd.) durchsetzt.

Im Gegensatz zu Polanyi wird mit den kapitallogisch definierten Schranken, welche dem Produktions- und Reproduktionsprozess des Gesamtkapitals gesetzt sind, von den StaatsableiterInnen zwar jener Faktor benannt, der dafür verantwortlich zeichnet, dass „*Interessen als allgemeine artikuliert werden können und ihre staatliche Verwaltung zu einer objektiven Notwendigkeit wird*“ (Flatow/Huisken 1973: 133). Erneut jedoch exekutieren die Subjekte auch auf politischem Terrain mit ihren Forderungen und in ihren Kämpfen bloß ein aus der Kapitallogik abgeleitetes Bewegungsgesetz, welches sich hinter ihrem Rücken durchsetzt. Auf diesem Weg jedoch gerinnt menschliches Handeln, wie Georg Vobruba treffend formuliert, „zum Exekutor immer schon feststehender Funktionszusammenhänge“ (Vobruba 1983: 27). Gesellschaftsveränderung ist in Anbetracht eines solchen Strukturdeterminismus bei vielen StaatsableiterInnen deshalb auch nur noch als radikaler, aber in seinem Status mysteriös bleibender Bruch denkbar, im Zuge dessen sich eine Klasse an sich auf geheimnisvolle Weise ihres notwendig verkehrten Bewusstseins entledigt, um im Namen der Revolution die Metamorphose in eine Klasse *für sich* zu vollziehen (vgl. Flatow/Huisken 1973: 123ff.)[9].

Gegenüber solchen Leerstellen in der Argumentation funktionalistischer Sozialstaats-



theorien haben stärker handlungstheoretisch orientierte Ansätze bei der Analyse der Genese und des Wandels von Sozialstaatlichkeit ihren Fokus von den strukturellen *Erfordernissen* auf die *Forderungen* spezifischer AkteurInnen verschoben. Zwei solche Ansätze, zum einen nämlich jener von Gøsta Esping-Andersen, zum anderen der von Frances Fox Piven und Richard A. Cloward, sollen im Folgenden kurz skizziert werden.

3. Die Geburt des Sozialstaats aus den Forderungen (sozialdemokratischer) ArbeiterInnenparteien

In kritischer Absetzung gegenüber funktionalistischen Ansätzen in der Sozialstaatsforschung – sowohl in ihren (neo-)marxistisch-strukturalistischen, als auch in ihren liberal-systemischen Ausprägungen – entwickelt Gøsta Esping-Andersen seinen eigenen, handlungstheoretisch orientierten Erklärungsansatz für die „Bewegungsgesetze" sozialpolitischer Entwicklung. Den Ausgangspunkt für dessen Entwicklung bildet dabei Esping-Andersens Kritik der dominanten Fixierung der Sozialstaatsforschung auf Fragen des Ausgabenniveaus und die darin implizite Ignoranz gegenüber der „theoretical substance of welfare states" (Esping-Andersen 1990: 19). Demgegenüber plädiert er – im Sinne einer „Kausaltheorie unter Einschluß der Akteursdimension" – dafür, „von den Forderungen aus[zu]gehen, die von jenen Akteuren, die wir für die entscheidenden in der Geschichte wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung halten, tatsächlich vertreten wurden" (Esping-Andersen 1998: 35). Eine Sozialstaatsforschung, welche – wie Esping-Andersen – in der ArbeiterInnenklasse besagte Akteurin sieht[10], hat deshalb mit der Suche nach dem zu beginnen, was ArbeiterInnen wollen und wofür zu kämpfen sie mobilisiert werden können. Erst in einem zweiten Schritt hat sie den Beweis für die Verbindung zwischen den sozialpolitischen Maßnahmen und der Macht der ArbeiterInnenklasse zu erbringen (vgl. Esping-Andersen 1990: 108). Besagte, im vorliegenden Zusammenhang relevante Bedürfnisse und Forderungen meint Esping-Andersen dabei in erster Linie im Streben nach Dekommodifizierung zu erkennen, welche den einzelnen ArbeiterInnen eine bestimmte Unabhängigkeit gegenüber den Kräften des Marktes einräumt und so erst die Grundlage für kollektive Aktionen schafft[11]. Auf der Basis dieser Definition von Dekommodifizierung als dem zentralsten unter „denjenigen Prinzipien [...], für die historische Akteure sich bewußt eingesetzt und gekämpft haben" (Esping-Andersen 1998: 52), macht sich Esping-Andersen auf die Suche nach den Faktoren, welche für die – je nach Sozialstaat in ihrem Niveau variierende – Durchsetzung dieses Prinzips verantwortlich zeichneten. Dabei plädiert er dafür, monokausale Erklärungsschemata aufzugeben und stattdessen auf unterschiedliche Faktoren und deren Wechselwirkung zu fokussieren. Als die drei bedeutsamsten Faktoren für die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates bestimmt er dabei den Grad der Mobilisierung von politischer Macht seitens der ArbeiterInnenklasse (*Klassenmobilisierungsthese*), die politischen Fraktionierungen und Bündnisse innerhalb der jeweiligen Klassenkonstellation (*Klassenkoalitionsthese*) sowie das „historische Erbe der Regimeinstitutionalisierung" (ebd.: 47) (*Pfadabhängigkeitsthese*).

Letztgenannte, von Esping-Andersen theoretisch nicht weiter vertiefte, forschungspraktisch jedoch folgenschwere These (vgl. Borchert 1998) besagt, dass vergangene Entscheidungen, die das Einschlagen eines bestimmten Entwicklungspfads bedingten, prädeteminierend auf zukünftige Entscheidungen einwirken. Die für Esping-Andersens Regimekonzept zentrale, von ihm und Walter Korpi entwickelte *Klassenmobilisierungsthese* basiert dagegen auf der Annahme, dass die konkrete Gestalt von Verteilungsprozessen, sozialen Institutionen, Konflikten und Bewusstseinsständen in kapitalistisch verfassten Gesellschaften in erster Linie von der „distribution of power resources between the major collectivities or classes" abhängt (vgl. Korpi 1983: 18ff.; Esping-Andersen 1990: 105ff.). Dabei streichen sie die Mobilisierbarkeit der ArbeiterInnenklasse an den Wahlurnen ebenso wie im Rahmen gewerkschaftlicher Organisationen als Machtressource hervor, vermittels derer die strukturelle Machtasymmetrie zwischen Lohnarbeit und Kapital (partiell) kompensiert werden kann. Dem Parlament kommt dabei insofern zentrale Bedeutung zu, als hier – in Abhängigkeit von der (Länge der) Beteiligung von ArbeiterInnenparteien an der parlamentarischen und Regierungsmacht – im Rahmen von „democratic class struggles" (Korpi 1983) auch solche Interessen durchsetzbar sind, welche nicht im Einklang mit jenen des Kapitals stehen. Esping-Andersen zufolge fungiert dieses mithin als eine Art Transmissionsriemen der mobilisierten Macht der ArbeiterInnenklasse in sozialpolitische Maßnahmen. Allerdings ist der Sozialstaat der Klassenmobilisierungsthese zufolge nicht bloß Effekt der mobilisierten Macht der ArbeiterInnenbewegung, sondern seinerseits auch eine Machtressource, welche positiv auf die Stärke und Einheit besagter Bewegung zurück wirkt (vgl. Esping-Andersen 1998: 28ff.).

Wie Esping-Andersen kritisiert, fokussiert die Klassenmobilisierungsthese jedoch ausschließlich auf die Frage der Mobilisierung von Macht, ohne deren Strukturierung ins Auge zu fassen. Innerhalb

des parlamentarischen Kontexts hängt die Strukturierung von Macht ihm zufolge dabei zentral von zwei Bedingungen ab, nämlich zum ersten von der politischen Koalitionsbildung und zum zweiten von der internen Fraktionierung der ArbeiterInnenbewegungen selbst (vgl. Esping-Andersen 1990: 110f.). Im Hinblick auf die gewerkschaftlichen Strukturen betrifft das bspw. das Verhältnis zwischen HandwerkerInnen- und Industriegewerkschaften oder die Spaltungen entlang von konfessionellen und politischen Linien (vgl. Esping-Andersen 1998: 47ff.), welche z.T. auch im politischen Formierungsprozess der ArbeiterInnenbewegung zu Parteien Niederschlag gefunden haben.

Im Zusammenhang mit der ersten Bedingung für die Machtstrukturierung hingegen ergänzt Esping-Andersen seine Klassenmobilisierungsthese um eine *Klassenkoalitionsthese* (vgl. ebd.: 30f.). Diese und mithin die „history of political class coalitions" (Esping-Andersen 1990: 1) erklärt er in der Folge sogar zum „most decisive cause" (ebd.) sozialstaatlicher Entwicklung. Betont wird dabei die Bedeutung von Allianzen zwischen der ArbeiterInnenbewegung und den Organisationen anderer Klassen(-fraktionen) für die Entwicklung des Sozialstaates, bis zum Zweiten Weltkrieg v.a. der Bauernschaft, danach in erster Linie des neuen Kleinbürgertums. Deren Bedeutung resultiert u.a. aus dem Umstand, dass ArbeiterInnenparteien kaum je über die parlamentarischen Mehrheiten verfügten, um auf sich gestellt entsprechende Sozialreformen durchzusetzen. Deshalb ist, wie Esping-Andersen resümierend feststellt, für die Herausbildung und Konsolidierung – aber auch für die Zukunftsperspektiven – eines spezifischen Sozialstaats „die Struktur von Klassenkoalitionen [...] sehr viel entscheidender, als es die Machtressourcen einer einzelnen Klasse sind" (Esping-Andersen 1998: 49).

Zumal Esping-Andersen, anders als Korpi, im Zuge seiner empirischen Untersuchung den Fokus zu Ungunsten der sozialen umfassend auf die politischen Organisationen verschiebt (vgl. Esping-Andersen 1990: 111ff.), ist es bei ihm letztlich also die auf Seiten der ArbeiterInnenklasse mobilisierte Macht an den Wahlurnen sowie die von den darüber ins Amt beförderten Parteien verfolgte Bündnispolitik mit den politischen Organisationen anderer Klassen(-fraktionen) auf parlamentarischer Ebene, welche für die Genese und den Wandel – und mithin auch für das jeweils konkrete Gesicht – eines Sozialstaats verantwortlich zeichnet. Unterstellt wird dabei, wie gezeigt wurde, ein durch die Machtmobilisierung gewährleisteter und mehr oder weniger unvermittelter Umsetzungsprozess der „working-class interests and demands" in konkrete „social-policy outcomes" (vgl. Esping-Andersen 1990: 107), welcher in seiner Reinheit einzig durch die unterschiedlichen parlamentarischen Bündniskonstellationen verfälscht wird.

Sein Rekurs auf „working-class interests and demands" aber verleiht dem Argumentationsgang Esping-Andersens den Charakter eines Zirkelschlusses: Die von ihm vorab „aus sozialdemokratischer Perspektive" der ArbeiterInnenklasse unterstellten Interessen und Forderungen findet er am Ende in idealtypischer Form im sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatsregime eingelöst[12]. Im Rahmen der empirischen Überprüfung seiner Hypothesen vermag er so zwar die relative Bedeutungslosigkeit demographischer und (im engeren Sinn) „ökonomischer" Faktoren für Genese und Wandel des Sozialstaats heraus zu stellen (vgl. ebd.: 137f.), verspielt mit seinem eigentümlichen Fokus auf den politischen Faktor[13] zugleich jedoch das analytische Potenzial, welches dem Machtressourcenansatz im Hinblick auf eine Erfassung des aktuellen Stands der sozialen Kräfteverhältnisse (vgl. Gramsci 1991ff.: 1556ff.) innewohnt. Besonders deutlich tritt dies im Zusammenhang mit seiner reduktionistischen Konzeptualisierung der „ArbeiterInnenbewegung" zutage, welche einzig in formellen Organisationen (Parteien, Verbände) zu bestehen und ihr Machtpotenzial nur über eine Regierungsbeteiligung zu entfalten scheint. Dadurch kann seine Klassenmobilisierungsthese, wie Esping-Andersen selbstkritisch einräumt, das scheinbare Paradox nicht erklären, dass der moderne Sozialstaat in der Regel nicht etwa von ArbeiterInnenparteien in dem von ihnen vertretenen Interesse eingerichtet wurde, sondern im Gegenteil in Opposition zu diesen[14]. Das führt ihn zu der – ebenso paradox anmutenden – Schlussfolgerung: „A confirmation of the working-class mobilization theory of welfare states cannot therefore begin with the beginning" (Esping-Andersen 1990: 108), ohne dass diese ihn allerdings zur Relativierung ihres Erklärungspotenzials für spätere Phasen der Sozialstaatsentwicklung führen würde.

Letzten Endes bleibt so von Esping-Andersens Machtressourcenansatz nicht viel mehr als die Erkenntnis, dass Genese und Wandel des Sozialstaats von der Machtressourcenverteilung zwischen sozialen Gruppen und Klassen(-fraktionen) abhängig und mithin Ausdruck eines Kompromissgleichgewichts zwischen solchen kollektiven AkteurInnen ist. Wobei selbst dieses Kompromisshafte – in Walter Korpis Verweis auf die aus dem „historischen Kompromiss" resultierenden „substantial negative consequences for wage-earner" (Korpi 1983: 50) noch durchaus fassbar – bei

Esping-Andersen harmonisch aufgelöst scheint. Für Gesellschaftsveränderung bleibt da zumindest im sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatsregime wenig Platz – und scheinbar auch kein wirklicher Grund mehr. Andererseits freilich zeigt sich bei Esping-Andersen gerade aufgrund seiner affirmativen Distanzlosigkeit zum Gegenstand besonders deutlich, wie die subalternen Gruppen und Klassen(-fraktionen) vermittels der Staatsapparate „desorganisierend organisiert“ (vgl. Hirsch/Kannankulam 2006: 78) und in korporatistischer Form in den keynesianischen Wohlfahrtsstaat eingebaut werden, sodass dieser selbst „zum Ort [wird], wo die Bündnisse und ständigen institutionellen Kompromisse geschlossen werden“ (Buci-Glucksmann/Therborn 1982: 113).

4. Die Geburt des Sozialstaats aus den Forderungen sozialer Bewegungen

In Abgrenzung zu den in den 1960er und 70er Jahren in den USA dominanten administrativ-rechtlich, psychologistisch oder ökonomistisch orientierten Ansätzen in der Armuts- und Sozialstaatsforschung entwickeln die US-amerikanischen SozialwissenschafterInnen Frances Fox Piven und Richard A. Cloward einen eigenen, gesellschaftstheoretisch und historisch fundierten Ansatz für die Untersuchung der Genese und des Wandels von Sozialstaatlichkeit. Unter Rekurs auf „die Grunderkenntnis der dialektischen Analyse [...] – daß nämlich die Kämpfe der einfachen Menschen sowohl durch die institutionelle Ordnung geformt werden als auch gegen sie gerichtet sind“ (Piven/Cloward 1986: 7f.) – bemühen sie sich im Rahmen ihrer Untersuchung trotz einer Akzentuierung der Akteursdimension um die systematische Miteinbeziehung struktureller Faktoren. Aufgrund der Fürsorgezentriertheit des US-amerikanischen Wohlfahrtsstaates fokussieren sie dabei vor allem auf die entsprechenden, nach dem Fürsorgeprinzip organisierten Sozialsysteme – und mithin auch auf eine andere Akteursgruppe als etwa Gøsta Esping-Andersen, der zentral die nach dem Versicherungsprinzip organisierten (Renten-)Systeme im Blick hat. Damit gilt ihr Interesse einer Gruppe von Lohnabhängigen, der aufgrund von häufig inexistenten Organisations- und vor allem Vertretungsstrukturen und eines daraus abgeleiteten „Macht- und Einflussvakuums“ von den meisten (Sozial) Staatstheorien zumindest implizit jegliche Konflikt- und Handlungsfähigkeit abgesprochen wird (vgl. ebd.: 25-60).

Piven und Cloward sehen die Sozialfürsorgesysteme dabei durch die doppelte Aufgabe der Regulation sowohl des ökonomischen als auch des politischen Verhaltens der ihnen Unterworfenen gekennzeichnet und meinen ihre Funktion mithin in der durch unterschiedliche Kriterien determinierten Verteilung von Arbeitskraft ausmachen zu können (vgl. Piven/Cloward 1977: 76). In Abhängigkeit von der Frage, ob besagte Kriterien primär durch politische oder ökonomische Notwendigkeiten bestimmt werden, kommt es Piven und Cloward zufolge dabei zur Expansion respektive Kontraktion der Sozialfürsorgesysteme. In diesem Zusammenhang gehen die beiden AutorInnen von einer „zyklische[n] Verlaufsform“ (ebd.: 102) aus, welche bedingt, dass „längere Restriktionsperioden [...] von Zeit zu Zeit durch kürzere Liberalisierungsperioden unterbrochen“ (ebd.) werden. Die Expansion der Fürsorgestrukturen, sowohl im Sinne der Einrichtung neuer Programme als auch im Sinne der Ausweitung bereits bestehender, zielt ihnen zufolge dabei auf die Eindämmung von Unruhen und mithin auf die Wiederherstellung politischer Ordnung, indem Erwerbslose durch sie absorbiert und darüber kontrolliert werden. Der gegenläufige Prozess einer Kontraktion der Fürsorgestrukturen hingegen zielt auf eine Intensivierung der Arbeitsnormen und mithin auf die Wiederherstellung der ökonomischen Ordnung, indem der Großteil der Erwerbslosen zu Existenzsicherungszwecken auf den Arbeitsmarkt verwiesen und die verbliebene Minderheit durch stigmatisierende Fürsorgepraxen als Disziplinierungselement in Dienst genommen wird (vgl. ebd.: 76)[15].

Die ursächlichen Faktoren für diese regulierenden Funktionen wie auch für ihre periodischen Schwankungen vermuten die AutorInnen dabei in spezifischen, „den kapitalistischen Wirtschaftsordnungen inhärente[n] Instabilitätsmomente[n]“ (ebd.: 76). Deren dynamischer Charakter setzt nämlich in periodisch wiederkehrenden Krisen- und Modernisierungsphasen die für gewöhnlich über Marktmechanismen gewährleistete, relativ stabile „Allokation“

der Arbeitskräfte außer Kraft und führt so zu einer massenhaften Freisetzung der Lohnabhängigen. In solchen Momenten kommt es Piven und Cloward zufolge zum Ausbau von Sozialfürsorgesystemen, vermittels welcher die Anpassung der ihnen Unterworfenen an die neuen Arbeits- ebenso wie an die ihnen entsprechenden Lebensweisen gelingen soll. Immanent ist besagten Systemen deshalb selbst in Zeiten ihrer Expansion ein staatlicherseits durchgesetzter Zwang zur Arbeit (vgl. ebd.: 80). Dabei sehen die AutorInnen allerdings keineswegs in der ökonomischen Erschütterung selbst, sowie in der durch sie hervorgerufenen „massenhaften Verelendung" den ausschlaggebenden Faktor für die Initiierung einer Expansionsphase. Vielmehr ist diese ihnen zufolge „eine politische Reaktion auf politische Unruhen" (ebd.: 259) und die bescheidenen Konzessionen des Staates an die Armen dienen v.a. dem Zweck, diese zu befrieden und die politische Ordnung wiederherzustellen. Bestätigung für diese These finden Piven und Cloward dabei sowohl in den sozialen Verwerfungen der Krisenperiode Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre, als auch in jenen der Modernisierungsperiode in den 1950er Jahren: „Die Erfahrungen der fünfziger Jahre, wie die der frühen Depressionsjahre, belegen [...], daß keine einfache und direkte Beziehung zwischen Massenelend und Ausweitung der Sozialfürsorge besteht [...]. Rufen sie [*die wirtschaftlichen Erschütterungen*, Anm. MG] jedoch Unruhen hervor und produzieren damit eine politische Krise, ist die Regierung eher zu einer Verstärkung der öffentlichen Unterstützung bereit." (ebd.: 280) Sind die in erster Linie aus einer Schwächung der Strukturen sozialer Kontrolle resultierenden Unruhen schließlich eingedämmt und ist die politische Ordnung wiederhergestellt, wird laut Piven und Cloward die „Rückkehr zur restriktiven Phase im Zyklus staatlicher Hilfeleistung" (ebd.: 404) eingeleitet. Von nun an erfüllen die Sozialfürsorgesysteme wieder ihre primäre, auf die Ökonomie im engeren Sinn gerichtete Funktion, „Arbeit, vor allem Niedriglohn-Arbeit, zu erzwingen" (ebd.: 191), was in der Praxis über eine Abstimmung der Fürsorgeregelungen mit den lokalen Kapitalerfordernissen und ihrem Arbeitskräftebedarf passiert[16].

Vermittlung findet der hier skizzierte Fürsorgezyklus Piven und Cloward zufolge durch den politisch-institutionellen Prozess, wobei sie für moderne Gesellschaften zwei zentrale Faktoren bestimmen: zum einen nämlich die Funktionserweiterung des zentralisierten Nationalstaats, zum anderen die auf Wahlen beruhenden Prinzipien repräsentativer Demokratie (vgl. ebd.: 104ff.). Die Bedeutung des ersten Faktors erklärt sich dabei aus dem Umstand, dass es aufgrund der beschränkten Reaktionsfähigkeit lokaler Institutionen in der Regel die Zentralregierung ist, welche die Expansion bzw. Kontraktion der Sozialfürsorgesysteme durch politische Interventionen bestimmt. Die Relevanz des zweiten Faktors ergibt sich daraus, dass Wahlen in repräsentativ-demokratisch organisierten Gesellschaften gleich im doppelten Sinn als Barometer der Unzufriedenheit fungieren. Einerseits äußert sich nämlich aufkommende Unruhe unter den Armen nicht bloß auf der Straße, sondern auch an den Wahlurnen, andererseits zeitigen manifeste Unruhen in der Regel gravierende Konsequenzen für das gesamtgesellschaftliche Wahlverhalten. Die Machterhaltung hängt mithin wesentlich von der Stabilität der gesellschaftlichen Institutionen ab, weshalb die Regierenden versuchen, diese durch Zugeständnisse an unzufriedene WählerInnengruppen zu garantieren. „Dieses Ziel – die politische \`Reintegration´ unzufriedener Gruppen – veranlasst parlamentarische Führer die Sozialfürsorge immer dann auszudehnen, wenn wirtschaftliche Not politische Krisen hervortreibt." (ebd.: 107)

Die Entwicklung der Sozialfürsorgesysteme ist laut Piven und Cloward also, so lässt sich zusammenfassend festhalten, „von einander abwechselnden Perioden der Ausdehnung und Verringerung ihrer Leistungen gekennzeichnet, je nach der relativen Wichtigkeit ihrer beiden Hauptaufgaben: der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Durchsetzung von Arbeit" (ebd.: 73). Trotz der Abhängigkeit von ökonomischen Faktoren, sind es ihnen zufolge dabei in erster Linie politische, welche den Wechsel von einer Periode zur anderen bedingen. Als zentral für die Expansion der Sozialfürsorgestrukturen bestimmen Piven und Cloward deshalb auch den „Aufstand der Armen" (Piven/Cloward 1986), welcher vermittelt über den politisch-institutionellen Prozess materielle Zugeständnisse erzwingt. Trotz der bloß *mittelbaren*, wenn nicht gar gänzlich unterbundenen Präsenz der Subalternen innerhalb der Staatsapparate (vgl. Poulantzas 2002: 183f.), zeigt sich hier besonders deutlich, dass gerade deren sozialpolitische Funktionen „sowohl in ihrer Existenz als auch in ihren Rhythmen und Formen *unmittelbar* von der Intensität des Einsatzes des Volkes abhängen: entweder von den Auswirkungen der Kämpfe, oder aber vom Versuch von Seiten des Staates, diese Kämpfe vorzeitig zu entschärfen" (ebd.: 215, HvMG).

Allerdings setzt die oberflächlich betrachtet rigide Unterscheidung politischer und ökonomischer Funktionszusammenhänge und der Schematismus, wie er in ihrer Konzeptualisierung der zyklischen Schwankungen zwischen Expansions- und Restriktionsphasen der Fürsorgesysteme angelegt

scheint, auch das Modell von Piven und Cloward einem Funktionalismusverdacht aus. Dieser ist allerdings nur bedingt gerechtfertigt, betonen die AutorInnen doch das fortwährende, wenn auch unterschiedlich akzentuierte Ineinandergreifen der verschiedenen Funktionen und stellen klar, dass der Fürsorgezyklus keineswegs eine „bewegungsgesetzlich“ bedingte, ewige Wiederkehr des Gleichen impliziert, in deren Verlauf die gerade eben erkämpften Zugeständnisse nach dem Modell eines Nullsummenspiels in der darauf folgenden Phase wieder zurückgenommen werden. Vielmehr wohnt den in Expansionsphasen sich entfaltenden sozialen Dynamiken, wie Sanford F. Schram es formuliert, durchaus das politisch-strategische Potenzial inne, die „Politik des Überlebens“ mit einer „Politik der sozialen Veränderung“ zu verbinden: „Die Zugeständnisse, die den Mächtigen abgerungen werden, dienen als Grundlage für radikale Veränderungen und eine bessere Zukunft“ (Schram 2004: 531)[17].

Deutlich zutage tritt dieser Umstand im Zusammenhang mit der von Piven und Cloward entwickelten *Krisenstrategie* im Kontext der Strategiedebatten innerhalb der sozialen Bewegung der WohlfahrtsempfängerInnen der 1960er und 70er Jahre in den USA. Diese basierte auf dem Vorschlag, vor dem Hintergrund der so genannten „Ghetto-Unruhen“ in den Großstädten des Nordens eine Mobilisierungskampagne zu starten, um die Armen zur Beantragung von Fürsorgeleistungen zu bewegen. Das Ziel bestand darin, durch den massenhaften Ansturm von anspruchsberechtigten, aber bislang nicht unterstützten AntragstellerInnen das Fürsorgesystem und seine kommunalen Verwaltungen in eine institutionelle Krise zu stürzen, welche den Weg für die Einführung eines staatlich garantierten Grund- bzw. Mindesteinkommens ebnen sollte. Hier wird deutlich, dass die in Expansionsphasen errungenen Zugeständnisse vom politisch-strategischen Agieren der jeweiligen Bewegung abhängig sind bzw. davon, „ob sie die momentane Unruhe unter den Armen ausnutzte, um ein Maximum an Konzessionen als Gegenleistung für die Wiederherstellung der Ruhe zu erringen“ (Piven/Cloward 1986: 390).

Resümee

Wie die im Rahmen des vorliegenden Artikels vorgestellten strukturtheoretisch orientierten Ansätze aus der Sozialstaatsdebatte – ob auf der Basis einer empirischen Auseinandersetzung mit den historischen Erfordernissen industrialisierter Gesellschaften, oder auf jener einer theoretischen Beschäftigung mit den (kapital-)logischen Erfordernissen der kapitalistischen Produktionsweise – herausstreichen, ist der Kapitalismus, welcher im Zuge seiner Entwicklung die überkommenen sozialen Formen früherer Epochen der Geschichte gewaltsam zerstört, auf sich gestellt nicht bloß außerstande, jene Gesellschaftlichkeit zu entwickeln, welche doch erst Bedingung seiner Möglichkeit ist; er tendiert sogar fortwährend dazu, sich seiner eigenen Existenzgrundlagen zu berauben. Allerdings neigen solche Ansätze, wie gezeigt wurde, häufig dazu, aus den daraus sich ergebenden „funktionalen Erfordernissen“ gesellschaftlicher Reproduktion auf den „Funktionalismus“ der zu diesem Zweck etablierten Mechanismen zu schließen und aus der „(kapital-)gesetzlichen Bedingtheit“ historischer Entwicklungen einen vermeintlich „gesetzmäßigen Charakter“ des jeweils beschrittenen Entwicklungspfads abzuleiten. Die Art und Weise, wie zu unterschiedlichen Zeiten und an unterschiedlichen Orten auf die angesprochenen Erfordernisse reagiert wird, lässt sich jedoch nicht einfach von einem wie auch immer gearteten „Bewegungsgesetz“ her bestimmen. Die jeweils beschrittenen Wege und die darüber durchgesetzten historisch-spezifischen Regulative müssen nämlich im Rahmen eines „sozialen Konstruktionsprozess[es]“ (Demirovic 2007: 186) von konkreten AkteurInnen in ihren Handlungen praktisch erzeugt und reproduziert werden; sie sind als Resultate von Klassen- und anderen sozialen Kämpfen auch unter kapitalistischen Bedingungen kontingent und in ihrem Ausgang grundsätzlich offen (vgl. Hirsch 1983)[18]. Damit wird jedoch zweifelhaft, ob die bspw. in der Staatsableitungsdebatte artikulierte Frage nach den durch die Gesetze der Kapitalverwertung gesetzten „Grenzen von Reformen“ (vgl. Gerstenberger 2007: 182) in dieser Abstraktheit überhaupt zu beantworten ist. Schließlich gibt es, wie Bob Jessop im Hinblick auf das Wechselspiel von sozialen Kämpfen und staatlichen Institutionen sowie auf dessen potentiell „dysfunktionalen“ Ausgang meint, „keinerlei Garantie dafür, dass die politischen Ergebnisse den Bedürfnissen des Kapitals dienen“ (Jessop 2007: 15)[19].

Stärker akteurszentrierte Ansätze haben deshalb auf spezifische AkteurInnen (Parteien, Verbände, soziale Bewegungen) und auf die von diesen artikulierten Forderungen fokussiert, um deren Bedeutung für die verschlungenen Pfade sozialstaatlicher Entwicklung zu ermessen. Dabei konnten sie zeigen, dass die Durchsetzung von *Forderungen* – also die Notwendigkeit einer politischen Bearbeitung von (Klassen-)Konflikten – sich nicht einfach funktionalistisch aus *Erfordernissen* – also aus der Unabdingbarkeit einer politischen Stabilisierung des Akkumulationsprozesses – ableiten lässt. Dies stellt den Staat vor die diffizile Aufgabe, „sowohl

auf Forderungen wie auf Erfordernisse nach Maßgaben bestehender politischer Institutionen und der durch sie kanalisierten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse" (Offe/Lenhardt 2006: 173) zu reagieren. Deutlich zutage trat dieser Umstand im Kontext der Krisen der 1970er Jahre, als der keynesianische Wohlfahrtsstaat von beiden Seiten her – also sowohl durch Forderungen, die sich in den sozialen Kämpfen artikulierten, als auch durch Erfordernisse, die aus der Krise des Akkumulationsprozesses resultierten – in die Zange genommen wurde. Darüber geriet dieser schließlich selbst in die Krise, um sukzessive einer neuen Gestalt des Staates mit *autoritär-etatistischen* Zügen Platz zu machen, in der Nicos Poulantzas bereits Ende der 1970er Jahre „die Wahrheit" zu erkennen meinte, „die sich aus den Trümmern des Mythos vom Wohlfahrts- und Wohlstandsstaat erhebt" (Poulantzas 2002: 242). Vor dieser „Wahrheit" kapitulierte, wie eingangs erwähnt, schließlich auch die Sozialdemokratie, welche mit ihrem Konzept eines rein redistributiven „Sozialismus" erst die ideologische Grundlage des keynesianischen Wohlfahrtsstaates gelegt hatte. Dies stellte die Linke vor die bis heute evidente Herausforderung, angesichts eines neuen „*Inegalitarismus der Krise*" (Buci-Glucksmann/Therborn 1982: 29) ihre Position zur alten Frage des Sozialstaats, „der alles andere, nur nicht egalitär war" (ebd.), zu reformulieren. Doch zeigt sich der einleitend zitierte Widerspruch zwischen linken ApologetikerInnen und KritikerInnen des Sozialstaats – vielfach bis heute eingefasst durch die alte Dichotomisierung von „Sozialreform" und „Revolution", auf deren zweifelhaften Nutzen im Hinblick auf die politische Praxis bereits Rosa Luxemburg verwiesen hat – nach wie vor weitest gehend resistent gegenüber Versuchen seiner Überwindung. Für eine materialistisch-staatstheoretische Annäherung an den Umbau des Sozialstaats ebenso wie für eine darauf basierende Praxis radikaler Transformation erweist sich das Denken in solchen Gegensätzen mit Blick auf die für seinen Wandel verantwortlichen Faktoren aktuell jedoch mehr denn je als (Erkenntnis-)Hindernis.

E-Mail: markus.griesser@gmail.com

Anmerkungen:

1 Niederschlag findet diese Position bereits im zweiten, von Bernstein verfassten Teil des Erfurter Programms, welches 1891 das Gothaer ablöst. Nach einem ersten, von Kautsky verfassten Teil, der als Beleg für das Umschwenken der SPD auf eine marxistische Linie gedeutet wurde, werden hier Forderungen nach konkreten Umverteilungsmaßnahmen wie der Einführung progressiver Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern angeführt, welche in Art und Umfang über jene des Gothaer Programms weit hinaus gehen.

2 Trotz teils fataler Konsequenzen wie der bis 1934/35 im Rahmen eines „allgemeinen Wettlauf[s] ins Verderben" (Anderson 1979: 84) von der III. Internationale vertretenen Sozialfaschismustheorie, welche die Sozialdemokratie kurzerhand zur Hauptfeindin (v)erklärte und damit nicht unwesentlich zur Entwaffnung der ArbeiterInnenbewegung gegenüber dem Faschismus beitrug.

3 In Abgrenzung dazu würde bspw. eine geschlechteranalytisch orientierte Annäherung an den Sozialstaat eine völlige andere Form der Perspektivierung erfordern (vgl. stv. Gerhard et al. 1988).

4 Bei Arbeit, Boden und Geld handelt es sich insofern um fiktive Waren, als gemäß Polanyis empirischer Definition Waren Objekte sind, die eigens für den Verkauf auf Märkten erzeugt wurden, um auf diesen vermittels des Mechanismus von Angebot und Nachfrage einen Preis zu bilden. Auf eine allgemeine Auseinandersetzung mit den polit-ökonomischen Grundlagen von Polanyis Argumentation, bspw. im Hinblick auf seine Revision der Marxschen Werttheorie, muss an dieser Stelle verzichtet werden.

5 Daneben erläutert Polanyi seine Theorie des gesellschaftlichen Selbstschutzes in Bezug auf den wichtigsten der drei Faktoren, nämlich die Arbeit (vgl. Polanyi 1978: 111), auch anhand des Beispiels der Einschränkung der Einhegungsbewegung von Seiten der Tudors und frühen Stuarts (vgl. ebd.: 60ff.) sowie anhand des Speenhamland Acts, welcher ihm zufolge die Entstehung eines selbstregulierenden Marktes für den Faktor Arbeitskraft temporär verhinderte, wodurch es gelang, das Tempo der hier sich abzeichnenden (ökonomischen) Veränderung zu drosseln und diese darüber gesellschaftlich tragbar zu gestalten (ebd.: 113ff.).

6 Im Kontext der Debatten um die Widersprüche neoliberaler Globalisierung erfährt das hier skizzierte Konzept einer Doppelbewegung der kapitalistischen Entwicklung seit den 1990er Jahre wieder verstärkt Rezeption in politökonomischen Theorien (vgl. kritisch Röttger 1997: 33ff.). Im deutschsprachigen Raum an prominentester Stelle ist dabei wohl Elmar Altvaters und Birgit Mahnkopfs an Polanyi orientierte Analyse der „Grenzen der Globalisierung" zu nennen. Diese reinterpretiert das Disembedding als „eine dem kapitalistischen System eigene Tendenz" (Altvater/Mahnkopf 2007: 91), welche einen Prozess der Herauslösung des Marktes aus der Gesellschaft in Gang setzt und mit der Globalisierung als der „`great transformation´ des späten 20. Jahrhunderts" (ebd.: 31) in das neue Stadium eines Disembedding Global eintritt. Gleich der ihr vorangegangenen sehen Altvater und Mahnkopf jedoch auch diese Phase der kapitalistischen Entwicklung durch eine Doppelbewegung gekennzeichnet, und zwar gemäß der „Interpretationsfigur von Karl Polanyi [...]: Entbettung und Entgrenzung setzen zerstörerische Kräfte frei, die durch soziale Gegenbewegungen gestoppt werden müssen" (ebd.: 478).

7 Neuere, auf Polanyis Konzept der Doppelbewegung referierende Arbeiten versuchen den hier angelegten Strukturdeterminismus durch eine stärkere Akzentuierung der Akteursebene zu korrigieren. So sieht etwa Elmar Altvater im Widerstreit zwischen „dis-"

und „reembedding“-Bewegungen den Gegenstand einer „soziale[n] Auseinandersetzung um soziale und ökonomische Rechte, die immer auch gegen den Staat, um den Staat und im Staat geführt wird“ (Altvater 2006: 167). In dieser Perspektive freilich ließe sich das in einer konkreten Situation als „gesellschaftlich Allgemeines“ Anerkannte und mithin bspw. sozialpolitisch zu Bewerkstelligende nicht einfach funktionalistisch aus den Reproduktionserfordernissen dieser Gesellschaft ableiten, sondern wäre als Objekt sozialer Kämpfe in seiner Art und seinem Umfang kontingent. Zur Erklärung eines solchen „hegemonialen Ringens“ um das im Staat repräsentierte „politisch Allgemeine“ hat etwa Michael Burawoy eine an Gramsci orientierte Revision der Theorie Karl Polanyis vorgeschlagen (vgl. Burawoy 2003: 227ff.).

8 In der Tradition von Marx (1962a: 18ff.) und Luxemburg (1969: 69ff.) melden Müller und Neusüss darüber hinaus gegen das ihres Erachtens den revisionistischen Theorien gemeine Vertrauen in die „Möglichkeit zu umfassender und bewusster Regulierung ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Prozesse“ (Müller/Neusüss 1971: 12) – im Falle des Sozialstaates die „Sphäre der `Verteilung des Sozialprodukts´“ (ebd.) betreffend – Zweifel an. Der daraus resultierende redistributive Optimismus basiert ihnen zufolge nämlich auf der irrigen Annahme einer Entkoppelung besagter Sphäre von jener der Produktion, in der das Sozialprodukt mithin nach politischen Maßstäben zwischen Lohnarbeit und Kapital verteilt werden könne. Dies ignoriert laut Müller und Neusüss jedoch den folgenreichen Umstand, dass die Einkommensverteilung „lediglich ein Moment im Kapitalkreislauf“ (ebd.: 16) darstellt, weshalb der vermeintlich voluntaristisch zu verteilende „Sozialkuchen“ unter dem doppelten Zwang von Kapitalerhaltung und -akkumulation von vornherein aufgezehrt sei: „Der sogenannte Sozialstaat hat demnach gar nichts `zur Verfügung´, was er zwischen den Klassen umverteilen könnte. Seine Möglichkeiten und Maßnahmen bewegen sich [...] in der Sphäre der Umverteilung innerhalb der Klassen.“ (ebd.: 45)

9 Um Missverständnissen vorzubeugen, sei hinzugefügt, dass die Staatsableitungsdebatte tatsächlich eine Debatte war, weshalb hier durchaus konträre Positionen vertreten wurden. Mit der artikulierten Kritik an der Ableitung sozialpolitischer Funktionen ist darüber hinaus auch noch nichts über die (Un-)Möglichkeit einer Ableitung der Form des bürgerlichen Staates ausgesagt. Zur aktuellen staatstheoretischen Debatte um die Frage der Integrierbarkeit von form- mit stärker klassenanalytisch orientierten Ansätzen, welche auch den theoretischen Hintergrund des vorliegenden Artikels bilden, vgl. stv. Hirsch/Kannankulam 2006; Demirovic 2007: 211ff.;

10 Dass Esping-Andersen mittlerweile die „arbeitenden“ zugunsten der „krabbelnden“ Klassen ad acta gelegt und es mit dem neuen Leitbild des Sozialinvestitionsstaates in New Labour-Kreisen zum „Star der europäischen Politikberatung“ gebracht hat, soll zumindest erwähnt werden (vgl. Lessenich 2004).

11 Ganz Sozialdemokrat vermag Esping-Andersen die „wahren Bedürfnisse“ der ArbeiterInnen freilich besser zu deuten als diese selbst und erklärt deshalb all jene, welche nicht nach einem „modicum of `de-commodification´“ (Esping-Andersen 1990: 109) streben, kurzerhand für irrational. Warum ArbeiterInnen aber beispielsweise anstelle der von ihm postulierten „greater immunity from forces beyond their control“ (ebd.: 108) nicht gleich deren Aufhebung und mithin die (Wieder-)Aneignung der Kontrollbefugnisse über jene Kräfte anstreben sollten, lässt er allerdings unbeantwortet.

12 Und auch die „vermittelnden Faktoren“ (Klassenmobilisierungs- und Klassenkoalitionsthese) sind empirisch u.a. aus der Geschichte des Paradefalls sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatlichkeit, nämlich Schwedens, abgeleitet, wo die Sozialdemokratie alleine zwischen 1932 und 1976 44 Jahre lang durchgängig an der Regierungsmacht beteiligt war und ihre parlamentarischen Mehrheiten durch Bündnisse und Koalitionen u.a. mit der Bauernliga sicherte (vgl. Buci-Glucksmann/Therborn 1982: 151ff.; Korpi 1983: 45ff.).

13 Dieser zeichnet sich u.a. dadurch aus, dass mit der „Dekommodifizierung“ als dem vorab gesetzten Hauptkriterium von Sozialstaatlichkeit die ArbeiterInnenklasse als im Grunde einzige Akteurin sozialstaatlicher Entwicklung perspektiviert wird, während andere Klassen(-fraktionen) erst im Nachhinein hinzutreten, um behindernd oder befördernd auf die Realisierung ihrer Interessen einzuwirken; dass in Bezug auf diese Interessenrealisierung der Staat, bei Esping-Andersen weitest gehend reduziert auf das Parlament als repräsentativ-demokratischer Entscheidungsinstanz, als (klassen-)neutrales Instrument zur homologen Umsetzung von Forderungen jedweder Art und darüber hinaus als eine Art „black box“ erscheint, wo die „vorne“ eingespeisten „demands“ auf geheimnisvolle Weise in die „hinten“ ausgesonderten „social policy outcomes“ übersetzt werden; dass schließlich die Partei als geschichtslose Konstante gesetzt wird, welche über sozialstrukturelle Wandlungs-, ideologische Transformations- usw. Prozesse hinweg in ungebrochener Form Klasseninteressen repräsentiert; usw.

14 Neuere Forschungen haben auf der Basis eines modifizierten Machtressourcenansatzes freilich zeigen können, dass die ArbeiterInnenklassenmobilisierung – in Verbindung mit anderen, politisch-institutionellen Faktoren – bereits in der sozialstaatlichen Konsolidierungsphase von ausschlaggebender Bedeutung war: „[A]ll routes to program consolidation are manifestations of working-class pressures for social amelioration even prior to extensive entry of social democratic parties into government during the 1930s.“ (Hicks et al. 1995: 344)

15 Deshalb sind in solchen Kontraktionsphasen, wie Piven und Cloward ausführen, „[d]ie wichtigste Zielgruppe der erniedrigenden Rituale öffentlicher Wohlfahrt [...] nicht die Unterstützungsempfänger selbst [...], sondern die arbeitsfähigen Armen, die erwerbstätig bleiben. Sie sind es, an die sich das Schauspiel vom erniedrigten Pauper richtet.“ (ebd.: 237)

16 Piven und Cloward führen das anhand der drei, ursprünglich im Rahmen des englischen Armenrechts ausgearbeiteten Prinzipien der „lokalen Verantwortlichkeit“, des „weniger Erstrebenswerten“ sowie der „Niederlassungsregelungen“ aus, welche in unterschiedlicher Form bis heute bestimmend für die Sozialfürsorgepraxis geblieben sind. So trug etwa das Prinzip des „less eligibility“, wonach die Fürsorgesätze stets unterhalb des lokal üblichen Lohniveaus anzusetzen sind, erheblich zur Sicherstellung der „Verfügbarkeit der als Arbeitskräfte benötigten Armen ungeachtet ihres Alters oder Geschlechts zu den Bedingungen der Arbeitgeber“ (ebd.: 209) bei – wie Piven und Cloward anhand der (Familien-)Sozialhilfepraxis der 1940er und 50er Jahren in den Südstaaten der USA zeigen (vgl. ebd.: 198ff.). Zusätzlich abgesichert wird dieser Zwang zur Niedriglohnarbeit ihnen zufolge durch die (Spielräume der) Administration, insofern die von dieser entwickelte „Fürsorgepraxis immer ein Stück restriktiver [ist] als das Gesetz“ (ebd.: 213).

17 Die Ausführungen von Piven und Cloward zu dieser Frage sind freilich widersprüchlich. So erinnert bspw. ihr Resümee zu den „Restbeständen der Reform“ in Kontraktionsphasen, dass nämlich „Proteste, wenn überhaupt, nur das erreichen, was ohnehin auf der historischen Tagesordnung steht“ (Piven/Cloward 1986: 60), an die hyperfunktionalistischen Konzeptionen der StaatsableiterInnen.

18 Auf diesen Umstand wurde vor allem im Kontext der französischen Regulationstheorie nachdrücklich verwiesen. So bestimmt etwa Alain Lipietz den stets ungewissen Prozess der Ausbildung solcher regulativen Geflechte aus Institutionen, Netzen und Normen, welche die Reproduktionbedingungen der Kapitalakkumulation über einen längeren Zeitraum hinweg garantieren, als „geschichtliche Fundsache“ (Lipietz 1985: 114).

19 Was freilich auch in der Staatsableitungsdebatte, wie Elmar Altvaters Analyse der Stagflation der 1970er Jahre als eine durch keynesianisches Krisenmanagement staatlicherseits produzierte Erscheinungsform der Krise exemplarisch zeigt (vgl. Altvater 1972: 30ff.), keineswegs von allen Debattierenden a priori unterstellt wurde.

Literatur:

Altvater, Elmar (1972): „Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus". In: Probleme des Klassenkampfs Heft 3 / Mai 1972, S. 1-53

Ders. (2006): „Die zerstörerische Schöpfung. Kapitalistische Entwicklung zwischen Zivilisierung und Entzivilisierung". In: PROKLA 143 / Juni 2006, S. 157-175

Ders. / Mahnkopf, Birgit (2007 [1999]): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster

Anderson, Perry (1979 [1977]): Antonio Gramsci. Eine kritische Würdigung. Berlin

Borchert, Jens (1998): „Ausgetretene Pfade? Zur Statik und Dynamik wohlfahrtsstaatlicher Regime". In: Lessenich, Stephan / Ostner, Ilona (1998), S. 137-176

Buci-Glucksmann, Christine / Therborn, Göran (1982): Der sozialdemokratische Staat. Die „Keynesianisierung" der Gesellschaft. Hamburg

Burawoy, Michael (2003): „For a Sociological Marxism: The Contemplementary Convergence of Antonio Gramsci and Karl Polanyi". In: Politics & Society, Vol. 31 / June 2003, S. 193-261

Demirovic, Alex (2007): Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie. Münster

Draheim, Susanne / Reitz, Tilman (2004): „Work Hard and Play by the Rules. Zur Neubesetzung des Gerechtigkeitsbegriffes in der SPD-Programmdiskussion". In: Das Argument Heft 3-4/2004, S. 468-482

Esping-Andersen, Gøsta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton

Ders. (1998): „Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates". In: Lessenich, Stephan / Ostner, Ilona (1998), S. 19-56

Flatow, Sibylle von / Huisken, Freerk (1973): „Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates". In: Probleme des Klassenkampfs Heft 7 / Mai 1973, S. 83-153

Gerhard, Ute / Schwarzer, Alice / Slupic, Vera (Hg.) (1988): Auf Kosten der Frauen. Frauenrechte im Sozialstaat. Weinheim/Basel

Gerstenberger, Heide (2007): „Fixierung und Entgrenzung. Theoretische Annäherungen an die politische Form des Kapitalismus". In: PROKLA 147 / Juni 2007, S. 173-197

Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Hamburg

Hicks, Alexander / Joya Misra / Tang Nah Ng (1995): „The Programmatic Emergence of the Social Security State". In: American Sociological Review Vol. 60 / June 1995, S. 329-349

Hirsch, Joachim (1983): „Nach der `Staatsableitung´. Bemerkungen zur Reformulierung einer materialistischen Staatstheorie". In: Aktualisierung Marx`. Argument-Sonderband 100, 158-170

Ders. / Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg

Ders. / Kannankulam, John (2006): „Poulantzas und Formanalyse. Zum Verhältnis zweier Ansätze materialistischer Staatstheorie". In: Bretthauer, Lars / Alexander Gallas / John Kannankulam / Ingo Stützle (Hg.) (2006): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg, S. 65-81

Jessop, Bob (2007): Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften. Hamburg

Korpi, Walter (1983): The Democratic Class Struggle. London

Lessenich, Stephan (2004): „Ökonomismus zum Wohlfühlen. Gøsta Esping-Andersen und die neue Architektur des Sozialstaats". In: PROKLA 136 / September 2004, S. 469-476

Ders. / Ostner, Ilona (Hg.) (1998): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Frankfurt/M.

Lipietz, Alain (1985): „Akkumulation, Krise und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff `Regulation´". In: Prokla 58 / März 1985, S. 109-137

Luxemburg, Rosa (1969 [1898f.]): „Sozialreform oder Revolution?". In: Dies. (1969): Politische Schriften. Berlin, S. 5-125

Marx, Karl (1962 [1867]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökono mie. 1. Band, MEW 23. Berlin

Ders. (1962a [1890f.]): Kritik des Gothaer Programms. In: MEW 19. Berlin, S. 11-32

Müller, Wolfgang / Neusüss, Christel (1971): „Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital". In: Probleme des Klassenkampfs Sonderheft 1 / Juni 1971, S. 7-70

Offe, Claus / Lenhardt, Gero (2006 [1977]): „Staatstheorie und Sozialpolitik. Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik". In: Offe, Claus: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Veränderte Neuausgabe. Frankfurt/M. / New York, S. 153-180

Piven, Frances Fox / Cloward, Richard A. (1977 [1971]): Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt. Frankfurt/M.

Dies. (1986 [1977]): Aufstand der Armen. Frankfurt/M.

Polanyi, Karl (1978 [1944]): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/M.

Poulantzas, Nicos (2002 [1977]): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg

Röttger, Bernd (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes. Münster

Ders. (2007): „Passive Revolution – ein Schlüssel zum Verständnis kapitalistischer Umwälzungen und der aktuellen Krise der Gewerkschaftspolitik". In: Das Argument Heft 1/2007, S. 179-195

Schram, Sanford, F. (2004): „Aufstand der Armen". In: Das Argument Heft 3-4/2004, S. 529-533

Vobruba, Georg (1983): Politik mit dem Wohlfahrtsstaat. Frankfurt/M.

Brigitta Kuster und Renate Lorenz: Sexuell Arbeiten. Eine queere Perspektive auf Arbeit und prekäres Leben.

Berlin: b_books, 2007, 332 S., 18 Euro

Sexuelle Arbeit ist keineswegs neu, schreibt Robert Foltin in seinem noch nicht veröffentlichten Text „Produktive Körper". Wenn nun sexuelle Arbeit nicht neu ist, dann haben bisher lediglich die entsprechenden Analyseinstrumente gefehlt, um das Ineinandergreifen von Sexualität und Arbeit, das Funktionieren von Sexualität im Bereich der Arbeit zu beschreiben. Auf welche Weise stellt aber das Sexualitätsdispositiv Verbindungen zwischen Arbeit und einer vergeschlechtlichten und damit verkörperten Sexualität her? Wie funktioniert die Subjektivierung von Individuen unter kontextspezifischen Bedingungen in einem bestimmten historischen Moment - im Bereich der Arbeit? Welche (sexuellen) Praxen sind involviert, wenn es darum geht, „gute Arbeit" zu leisten - und zwar neben bzw. mit der Notwendigkeit, Geld zu verdienen? Wie organisieren sich Sexualität und Lust am Arbeitsplatz und wie wirken sie auf die Verhältnisse zwischen KollegInnen, KundInnen und Vorgesetzten? Inwieweit ist Sexualität daran beteiligt, (hierarchische) Verhältnisse zu etablieren; und wie organisieren sich diese (bereits bestehenden) Hierarchien auf der Basis von Geschlechtlichkeit? Und: Wie lässt sich verstehen, dass jemand eine Arbeit nicht nur notdürftig verrichtet, sondern diese Arbeit - trotz Zwang und Notwendigkeit - gerne tut, und darüber hinaus auch noch bereit ist, (unbezahlte) Mehrarbeit zu leisten?

Fragen dieser Art rücken Arbeit als queeres Politikfeld ins Zentrum - und genau dies ist der von Brigitta Kuster und Renate Lorenz in ihrem Buch *Sexuell Arbeiten* formulierte Anspruch. Dass es höchste Zeit wurde, auch auf Arbeitsverhältnisse einen queer-kritischen Blick zu werfen, wird spätestens dann deutlich, wenn wir die AutorInnen in ihrer Analyse begleiten: Folgen wir den Spuren der Macht im Feld der Arbeit, so nähern wir uns Schritt für Schritt jenen performativen - körperlich spür- und erfahrbaren - Prozessen, die Männlichkeit /Weiblichkeit bzw. sexuelle Identität im Feld der Arbeit selbst herstellen. Prozessen, an die sich sogleich die Frage danach knüpft, welcher Aufwand

aus der Produktion von Geschlecht und (Hetero-)Sexualität im (Lohn-)Arbeitsprozess resultiert.

Arbeit ist doppelt produktiv, so eine der Thesen, da sie nicht nur äußerliche Effekte (etwa ein Produkt) produziert, sondern auch Sexualität und Geschlechtlichkeit hervorbringt: Die Arbeitskraft, die eine Leistung verrichtet, ist also einerseits Ware, das Produkt „individualisierte Arbeitskraft“, zugleich wird sie jedoch in ihrem Arbeitsverhältnis als Person adressiert, als vergeschlechtlichte Person mit spezifischen Fähigkeiten/Fertigkeiten bzw. guten wie schlechten Eigenschaften - die ihrerseits arbeiten wollen (Rhythm King And Her Friends/René Pollesch). Am Arbeitsplatz werden demnach Anforderungen gestellt, die sich nicht auf äußerliche Zwänge reduzieren lassen, sondern vielmehr einem ambivalenten Anreiz/Zwang entsprechen, als natürlich und persönlich begriffene geschlechtsspezifische Fähigkeiten und Emotionen in den Arbeitsprozess zu integrieren: Indem sie daran beteiligt ist, die Individuen mit ihren (geschlechtsspezifisch) erlernten Fähigkeiten/Fertigkeiten in die Arbeit zu involvieren, ist Sexualität als Machtkategorie im Bereich der Arbeit wirksam; sie reizt die Begehren der Subjekte an, die sich als gesellschaftlich vermittelte auf bestimmte Arbeiten richten. Damit wirkt Sexualität als Scharnier bzw. Knotenpunkt zwischen Individuen und Gesellschaft, sie bringt Subjektivierungen hervor, ordnet die Subjekte entlang von *„race“*, Klasse, Geschlecht, Herkunft oder Alter an und setzt sie miteinander in Beziehung.

Im Anschluss an Foucaults in *Sexualität und Wahrheit* ausformulierte Machttheorie - allerdings unter Beimischung einer Portion queerer und psychoanalytischer Überlegungen - betrachten die AutorInnen Sexualität nicht als transhistorische Konstante, die zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich unterdrückt wurde, sondern vielmehr als spezifische Erfahrung: Eine Erfahrung, „die ununterbrochene Modifikationen im Subjekt als einem Körper-Ich“ (de Lauretis, zit. nach Kuster/Lorenz S. 47) bewirkt und dieses dazu anreizt bzw. auffordert, gesellschaftliche Normen und Regeln umzuarbeiten, zu verändern oder einfach beizubehalten. Darin liegt zugleich aber auch eine Möglichkeit, wie Foucault an anderer Stelle schreibt, „nicht auf diese Weise regiert zu werden“ - und die Ordnung des Sozialen mittels eines spezifischen Aufwandes neu zu organisieren.

Wer eine Machttechnologie, Sexualität, als Arbeit adressiert, verfolgt einen strategischen Plan: Und so zeigen Brigitta Kuster und Renate Lorenz unter Bezugnahme auf verschiedene historische und gegenwärtige Schilderungen von Arbeitsrealitäten, wie ein verschlungenes Ineinandergreifen von Arbeit und Sexualität eine Produktivität entfaltet, die es den Subjekten erlaubt, sich zu äußern, und die ihnen eine gesellschaftliche Existenz verleiht, indem sie sie sozialen Kategorien unterwirft und entsprechend anordnet. Sexualität (und damit auch das Nachdenken über Empfindungen, Liebe, Beziehungen etc.) als Arbeit zu analysieren ist, so die AutorInnen, eine strategische Setzung mit mehreren Stoßrichtungen: Einerseits wird auf diese Weise die bereits angesprochene doppelte Produktivität sexueller Arbeit sichtbar - wodurch die aus dem Anreiz/Zwang einer Machttechnologie resultierende Mehrarbeit ins Zentrum der Überlegungen gerückt wird, die Subjektivierungsweisen /Verkörperungen gesellschaftlicher Regeln produziert und so „ein vergeschlechtlichtes, begehrendes, verkörpertes Subjekt als ihr Produkt herstellt“, das selbst wieder genau diese sexuelle Arbeit verrichtet (S. 53). Schließlich, und sicherlich nicht zuletzt, verweist die angesprochene Adressierung, in Anlehnung an feministische Forderungen, also auch auf einen nicht anerkannten Aufwand - eine „gewisse Arbeit“ -, der durch die „Vermittlung“ zwischen einem verkörperten=sexuellen Subjekt und den gesellschaftlichen Bedingungen, die es hervorbringen, entsteht; einen Aufwand, der „ungleich verteilt ist und einigen abverlangt, ‚sehr viel Arbeit‘ zu investieren. Sie [die Subjekte] sind aufgefordert, die Anrufungen, die geschlechtlich, sexuell und ‚rassisch‘ markierte Plätze in der Gesellschaft zuweisen, entgegenzunehmen, sie zu verändern oder sogar abzuweisen“ (Seite 19).

„Frauen müssen drei Melonen unter einem Arm tragen, sie müssen eine gute Aktivistin, eine gute Ehefrau und Mutter und eine gute Lohnarbeiterin sein.“ Unter Bezugnahme auf ein Bild, welches das Tragen von drei - die verschiedenen Aufwände repräsentierenden - Melonen als kunstvollen, auf



mehreren Ebenen zugleich vollzogenen, oft auch lustvollen Balanceakt erscheinen lässt, wird der Blick von den Vereinbarkeitspolitiken (etwa von Familie/Frau/Arbeit) auf die Praxen aktiver Handlungssubjekte gelenkt - und damit auf die oftmals bedrohliche Unvereinbarkeit, jene drei Melonen alleine zu tragen und die daraus resultierenden unterschiedlichen Aufwände/Anforderungen allein zu managen. Sexualität als Arbeit zu adressieren macht deutlich, dass die Arbeit als das Erlernen von Fertigkeiten/Fähigkeiten auch bedeutet, sich als vergeschlechtlichtes, verkörpertes, sexuelles Wesen zu subjektivieren, und zwar jeweils kontextspezifisch je nach Arbeitsbedingungen und -umfeld. Der Aufwand verweist damit auf jenes Moment des permanenten Sich-Bewegens zwischen unterschiedlichen Kategorien („*race*", Klasse, Geschlecht, Sexualität, Arbeitsposition). Auf diese Weise werden wir auf jenen komplexen Vorgang zwischen Individuellem/Subjektivem und Gesellschaftlichem aufmerksam, in dem „widersprüchliche Technologien der Selbstsorge" miteinander in Einklang gebracht oder auch als widersprüchliche beibehalten werden. Die von diesen Widersprüchen durchzogenen Subjekte durchqueren dabei nicht nur prekäre gesellschaftliche Positionierungen, sondern verhalten sich auch in bestimmter Weise zueinander; sie stehen in einem beständigen Abwägungsprozess, wirken auf sich selbst und andere ein, produzieren gesellschaftlich dominante Bilder und sprechen Zuweisungen aus und an. Und genau diese beständige Bearbeitung des „Verhältnisses zwischen sich selber und anderen" feuert sexuelle Arbeit weiter an (S. 53).

Sexuelle Arbeit adressiert also sowohl Praxen, die Sexualität und Geschlecht an bestehenden Normen entlang einüben, wie auch mögliche Praxen der Umarbeitung und Denormalisierung gesellschaftlicher Zuweisungen und Verhältnisse. Das Durchqueren der jeweiligen Machtordnungen dient Brigitta Kuster und Renate Lorenz in ihrer Analyse dabei als wichtiger Begriff, um die beständige Bearbeitung der - durch das Dispositiv der sexuellen Arbeit verursachten - Widersprüche deutlich zu machen. Sexuelle Arbeit kann so auch als Art und Weise verstanden werden, sich der Erfahrung unterschiedlicher Anrufungen und Diskurse zu bedienen, diese in Bewegung zu versetzen und derart einen prekären Weg durch und mittels verschiedener Zugehörigkeiten zu entwerfen (vgl. S. 234). Sexuelle Arbeit lässt sich damit nicht auf ein Tauschverhältnis zwischen sich und sich selbst reduzieren, sondern rückt das Verhältnis zu Dritten sowie die Zumutungen und Zuschreibungen in den Blick, die Subjekte am Arbeitsplatz aushalten müssen, aber die sie eben auch mit aushandeln. Der Begriff der immateriellen Arbeit wird so um einige Analysekomponenten angereichert, da die Analyse sexueller Arbeit es einerseits erlaubt, geschlechtliche, soziale, hierarchische, rassifizierende und/oder ethnifizierende Differenzen zu adressieren und näher zu beleuchten, und andererseits eine kritische Befragung der von Hardt/Negri et al. angesprochenen Produktivität bestimmter immaterieller Arbeitsprodukte in Gang bringt: Ist tatsächlich nur jene immaterielle Arbeit produktiv, die „sich ganz direkt in Form einer Dienstleistung gegen Lohn an eine Kund_in richtet" (S. 224)?

Von „sexueller Arbeit" zu sprechen dient den AutorInnen also als Instrument, um zu verdeutlichen, wie in (auch, aber nicht nur) gegenwärtigen Arbeitsverhältnissen, mittels Selbstführung und Führung anderer, Mehrarbeit trotz äußerlicher Notwendigkeit (nämlich Geld zu verdienen) quasi zum eigenen Vergnügen geleistet wird. Die von Brigitta Kuster und Renate Lorenz durchgeführte Analyse verfolgt dabei keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit; vielmehr erfährt die LeserIn exemplarisch, anhand von drei Beispielen, „[…] wie Individuen unter historisch und kontextspezifischen Bedingungen zu Subjekten werden und welche Praxen in diesem Prozess involviert sind" (S. 19).

Folgen wir den Ausführungen der beiden Textarbeiterinnen, so stoßen wir auf die Tagebücher und Fotografien Hannah Cullwicks - einer „‚maid of all work' im viktorianischen London" - sowie auf die Recherchen ihres bürgerlichen Beziehungspartners Arthur Munby. Nicht nur interessante Details über die konkrete Ausgestaltung des Arbeitslebens einer Hausangestellten und die Indienstnahme der ArbeiterInnenklasse für die Herausbildung des Bürgertums stehen dabei im Mittelpunkt der Beschreibung, sondern vor allem die sadomasochistische Beziehung der beiden sozial ungleich gestellten ProtagonistInnen: Munby begegnet Hannah Cullwick im Zuge seiner sozialwissenschaftlich motivierten Recherchen, die sich vor allem auf Frauen aus der sich herausbildenden ArbeiterInnenklasse richten, welche sehr harten, schmutzigen und schlecht bezahlten Tätigkeiten nachgehen (Schleppen von Milchkannen, Müllentsorgung, Transport schwerer Lasten, Tellerwaschen etc.) und so mit männlichen Attributen versehene Körper ausbilden, wie etwa eine ausgeprägte Muskulatur oder Schwielen an den Händen.

Diese verkörperte Männlichkeit, das durch die Arbeitspraxen produzierte Geschlecht, ist es auch, auf die sich die Hausangestellte Cullwick selbst positiv bezieht und die zugleich einen wesentlichen Bestandteil der sadomasochistischen Beziehung zwischen ihr und Munby bildet. Wie Brigitta Kuster

und Renate Lorenz darlegen, zeigt sich eine mehrfache Verstrickung Cullwicks in sexuelle Arbeit: Im Spannungsfeld zwischen ihren Arbeitgeberinnen einerseits und der Beziehung zu Munby andererseits sieht sie sich mit unterschiedlichen Anforderungen und daraus hervorgehenden Widersprüchen konfrontiert. Aus der einen Szene der Anrufung, etwa als Hausangestellte, wird eine komplexe „sexuelle Szenen*folge*" (S. 46), in der mittels Phantasie Repräsentationen aus der Außenwelt aufgegriffen und in Bilder und Erzählungen, die für das Subjekt bedeutend sind, umgewandelt werden. Diese Bilder und Erzählungen strukturieren das psychische Leben des Subjekts, wie die Autorinnen unter Bezugnahme auf Teresa de Lauretis, eine feministische Psychoanalytikerin, ausführen: „In den entworfenen Szenarien werden Bedeutungen reproduziert oder umgearbeitet. […] Auf diese Weise verschiebt sich nicht nur ihre Selbstrepräsentation in der Szene, es verändern sich in der Folge alle Relationen […]" (S. 46).

Ein Sprung in die Gegenwart des 21. Jahrhunderts: Den Rahmen für eine sexuelle Betriebsanalyse liefert eine neue Hotelform im Kolonialstil, die sich „Büro Suiten Hotel" nennt und mit dem Slogan „Ein Zuhause auf Zeit" wirbt. Die Suiten sind mit Kochnische, Schlafraum und nach Belieben abtrennbarem Arbeits-/Wohnzimmer ausgestattet. Die oftmals zitierte Trennung zwischen Arbeit und Freizeit wird in dieser Hotelform nicht aufgehoben, sondern vervielfacht, wie sich in den mit Hotelangestellten geführten Interviews herausstellte. Durch das „Insourcing des Zuhauses" werden nicht nur die Angestellten, sondern auch die GästInnen angeregt und dazu aufgefordert, „sexuelle Arbeiten" zu verrichten - je besser dies gelingt, je mehr sich ein Gast zu Hause fühlt, desto wahrscheinlicher stellt sich, wie die Autorinnen darlegen, eine „*Kooperation* zwischen Gästen und Angestellten [her], die es erlaubt, ein erhebliches Maß an betrieblicher Kontrolle einzusparen" (S. 165).

Erneuter Sprung, diesmal zur Frage: „Wie arbeitet die Subjektivität unter den Bedingungen der Migration sexuell und wie können wir über diese Arbeit der Subjektivität überhaupt etwas in Erfahrung bringen?" (S. 204.) Ausgangsmaterial für Beispiel Nr. 3 sind von den Autorinnen gemeinsam mit Pauline Boudry geführte Gespräche in Vorbereitung zu ihrem Film *copy me - i want to travel* (Boudry/Kuster/Lorenz 2004). Sechs Interviews mit ComputerspezialistInnen bulgarischer Herkunft, teils in München, teils in Sofia lebend. Brigitta Kuster und Renate Lorenz nehmen an dieser Stelle Prekarisierung als „Subjektivierungsweise" in den Blick, „als das Ensemble der Bedingungen, die auf die Subjektivität formend einwirken und sich darin zeigen, wie Individuen als Subjekte zu den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen jeweils singulär in Beziehung treten" (S. 207). Die AutorInnen betonen, wie die Subjekte, die geforderten Positionen (Programmiererin, Frau, heterosexuelles Gegenüber) an ihrem Arbeitsplatz mittels verschiedener Taktiken besetzen, dabei die normativen Regeln von Heterosexualität gut zu beherrschen versuchen, sich diesen Regeln unterwerfen und sich schließlich über Dienstnahme zu disidentifizieren. Dies erfordert „eine beständige Bewegung zwischen den Plätzen und eine Bereitschaft, jeden der Plätze ‚genügend gut' einnehmen zu können, nur um ihn im nächsten Moment wieder zu verlassen (S. 234)" – ein veränderbarer und vielfältiger Prozess der Konstruktion von Subjektivität.

Abgerundet wird das Buch schließlich durch sehr netten und teils lustigen Gespräche mit Jane Ward, einigen der Precarias a la Deriva, Antke Engel und Katherina Nédbalková.

Insgesamt: absolut lesenswert!

Birgit Mennel, **Andrea Salzmann**
E-Mail: birgit@subnet.at, andrea@subnet.at

Verwendete Literatur:

So nicht anders angegeben beziehen sich alle Seitenangaben auf *Sexuell Arbeiten.*

Pauline Boudry, Brigitta Kuster, Renate Lorenz: Copy me - I want to travel, Berlin, 2004.

Michel Foucault: Was ist Kritik, Merve: Berlin, 1992.

Renate Lorenz (Hg.): Normal Love. Precarious Sex, Precarious Work, B_books: Berlin, 2007.

Heide Hammer: Revolutionierung des Alltags

Auf der Spur kollektiver Widerstandspraktiken. Wien: Milena 2007, 176 Seiten, 17,90 Euro

Bereits die hübsche graphische Gestaltung des Buchs (Layout: Vanessa Wieser) zeigt an, wohin die inhaltlichen Achsen führen: ein bisschen wird da mit den vielen verschiedenen Schriften und Glyphen die Ästhetik von Flyern und Publikationen aus links-autonomen Kreisen angedeutet und der Eindruck erweckt, dass hier aus vielen bereits bestehenden Texten ein neuer zusammengebastelt wurde. Dies ist, wie bereits den ersten Seiten von Heide Hammers *„Revolutionierung des Alltags. Auf der Spur kollektiver Widerstandspraktiken"* herauszulesen ist, jedoch nicht als Mangel an eigenen Erkenntnissen der Autorin und auch nicht einfach als bezugsloses Kokettieren mit linksradikaler Ästhetik zu verstehen. Vielmehr ist dies ein bewusst gewählter Ansatz der umtriebigen Philosophin, der die Stärken von kollektiver Wissensproduktion und Mehrstimmigkeit betont und dem die Kritik am wissenschaftlichen Diktat der AutorInnenschaft des/der Einzelnen und den damit korrespondierenden Geschlossenheitskonzepten eingeschrieben ist. So bezieht sich Hammer denn auch im Vorwort mit ihrer Herangehensweise auf Deleuze/Guattari und die Kommunikationsguerilla: „Da strenge Klassifikationen und Zuordnungen als wirksames Herrschaftsinstrument begriffen werden, deren Überwindung nicht in ebensolche vermeintliche Eindeutigkeit führen soll, gelten meine Bemühungen einer rhizomatischen Praxis (*to be something at the same time*), eines Regimes völliger Vielfalt. […] Die Bedeutung der Allianz, der Kollektive und Assoziationen besteht in der Wahrnehmung von Variationen, wohingegen das autonome Subjekt, seine Gewissheiten und klaren Trennungen zu Beschränkungen und Geschlossenheitsphantasien führen, die das Begehren und hedonistische Vergnügen begrenzen." (S. 11) Im Zitat klingen auch die zwei großen Grundlinien des Buchs an: einerseits wird ein anerkennendes Nebeneinanders der Erkenntnisse von Poststrukturalismus und Kritischer Theorie verfolgt, andererseits werden Widerstandserfahrungen, die sich parodistischer und spielerischer Formen bedienen und die ohne Bezugspunkt auf das eine „revolutionäre Subjekt" auskommen, vergegenwärtigt. Der zirkuläre Prozess, in dem dies in weiterer Folge geschieht, veranschaulicht diesen Ansatz wiederholt: die Autorin entwickelt ihre Überlegungen, indem sie Reflexionen über linke Praxis mit theoretischen Debatten verwebt und umgekehrt.

Wenn Hammer, die selbst seit vielen Jahren in der (Wiener) linken Szene aktiv ist, in den letzten Jahren innerhalb der Linken wieder eine Trennung in unterschiedliche Kämpfe (z.B. in antirassistische und anti-antisemitische Positionen) bemerkt[1], versucht sie diesen eine Haltung, die herkömmliche Dichotomien (Ihr da oben – wir da unten; die Einteilung von Subjekten in Männer und Frauen etc.) radikal zurückweist, entgegenzuhalten. Im theoretischen Teil des Buchs, das seinen LeserInnen durchaus eine gewisse Kenntnis der Kritischen

Theorie und poststrukturalistischer bzw. dekonstruktivistischer Positionen abverlangt, werden Michel Foucaults Macht- und Subjektkritik reaktiviert, Louis Althussers Entwurf einer materialistische Subjektkonstitution wiedergelesen und Judith Butlers Heteronormativitätskritik analysiert. Ausgehend davon positioniert sich die Autorin in ihrer Lektüre schließlich dahingehend, dass Widerstand auch abseits identitärer Politik möglich sein kann: „Das Handlungsvermögen des Subjekts kann nicht marionettenhaft durch die Konventionen der Macht, die Annahme eines Platzes, durch Territorialisierungen bestimmt werden; es geht in der Beharrlichkeit des Begehrens, den Wirkungen der Psyche über Regulierungen der Konstitution hinaus.“ (S. 106) Gleichzeitig weiß sie um die Schwierigkeit, radikale Politik zu betreiben, ohne dabei auf monolithische Erklärungsmodelle zurükkzufallen: „Das Üben kollektiver Selbsttechniken, das Wahrnehmen von Komplexität und Pluralität, das Finden von Alternativen zu vorgegebenen Alternativen, bleibt weiterhin ein *schwieriges Geschäft*.“ (S. 162)

Hammer liefert in ihrer Diskussion der oben genannten theoretischen Strömungen einer orientierungslosen Linken keine fertigen Antworten – vielmehr werden Fragen, die sich aus dem Wust an Diskursen ergeben, herauskristallisiert: Fragen, die sich die Linke zu stellen hätte, um Ausschlüsse zu vermeiden und Selbstblockaden aufzulösen. Das bedeutet wohl auch anzuerkennen, dass die Sprache des Widerstandes nicht eine ist, sondern es derlei viele gibt und Konstellationen wechseln: In einer solchen Auffassung greifen schließlich auch Negri und Hardt zu kurz, indem sie letztlich immer noch das Empire gegen die Multitude stellen …

Dass die Autorin ihre LeserInnen nicht in eine erstarrte Ratlosigkeit entlässt, ist nicht zuletzt dem Abschlusskapitel des Buchs zu verdanken: Unter dem Titel „Spaß am Widerstand“ wird von „gelungenen kollektiven Widerstandserfahrungen“ erzählt, die sich nach Hammer nicht in der Logik von SiegerInnen und Besiegten erschöpfen, darunter der Mai 1968 in Frankreich, die Autonomia in Italien, die Aktionen der Diskursguerilla EZLN und lokale Aktionsformen, die teilweise bereits in Vergessenheit geraten sind, wie das permanent breakfast und Checkpoint Austria. Damit erfüllt gerade dieser Teil von „*Revolutionierung des Alltags*“ zwei wunderbare Funktionen: einerseits macht es das Buch zur Nachlese, zum Erinnerungsbuch an schöne, aber oft flüchtige Aktionen, andererseits wird deutlich, dass Spaß und Widerstand keine Gegensätze sind und in der lustvollen Komponente von Aktivismus eine Wirkungsmacht liegt, die zum Nachahmen und Wiederholen animiert und das Verlangen nach eigenem widerständigen Handeln (wieder) weckt.

Jana Sommeregger

1 Vgl. Heide Hammer im Gespräch mit J.S., Unique 08/07, S. 9.



Peter Birke: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder

Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark
Frankfurt/Main: Campus Verlag, 2007, 376 Seiten, 39,90 Euro

Jubiläumsjahr 2008. Nach 30 Jahren Deutscher Herbst nun 40 Jahre 1968. Das lässt Schreckliches ahnen. Intellektuelle Erfolgsstory oder doch schon Keim des Bösen, der sich 1977 entfaltet? Der Boulevard stellt geifernde Fragen nach Gruppensex und Gewalt auf der Straße[1] ... und wie steht's mit dem beschränkten und beschränkenden Blick und Gehör von Intellektuellen? Was ist mit den damals viel zitierten Massen? Wer macht Geschichte? Wer schreibt Geschichte? Können die Subalternen sprechen, lesen, schreiben, gehört werden?[2] Zählt kollektives Handeln als Sprechen? Hallo, ist da jemand?

Da kommt Peter Birkes Ende 2007 erschienene Studie „Wilde Streiks im Wirtschaftswunder – Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark" gerade recht. Birke will einerseits die Frage, „wo 1968 liegt", in einer Erzählung über die „langen 1960er Jahre" beantworten und andererseits anhand der wilden Streiks einen etwas anderen Blick auf 1968 und die Wechselwirkungen zwischen neuen sozialen Bewegungen und Arbeitskonflikten werfen. Seine Absicht verfolgend musste der Autor zunächst einmal feststellen, dass wilde Streiks ein blinder Fleck in der Geschichtsschreibung zu 1968 sind. Während die 1970er Jahre sehr gut dokumentiert sind, existiert über die Arbeitskämpfe davor fast überhaupt keine Überlieferung. Die vorliegende Arbeit stellt somit die erste systematisch zusammenfassende Studie über die „illegalen" Arbeitskämpfe in der Zeit von 1950 bis 1973 dar.

Neben der Tatsache, dass Streiks und Arbeitskämpfe dem allgemein herrschenden Verständnis nicht als geschichtsbildend gelten, stellt sich das Problem der Begriffsbestimmung: Was sind eigentlich wilde Streiks? Aufgrund unterschiedlicher Gesetzgebungen tritt in den untersuchten Ländern Westdeutschland und Dänemark die Illegalität an verschiedenen Punkten von Auseinandersetzungen ein. Wie weit die Friedenspflicht reicht, war und ist auch umkämpftes Terrain und unterliegt daher wechselnden Definitionen. Legale Arbeitskämpfe können in illegale übergehen und umgekehrt. Die Grenze zwischen Arbeit nach Vorschrift bzw. Go slow und offenem Streik ist fließend. Hinzu kommt, dass in der gewerkschaftsnahen Debatte der Begriff „wild" oftmals abgelehnt wurde, da er als von Arbeitgeberseite sowie von studentischer und gewerkschaftskritischer Linken geprägt gilt.

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der (Un)Sichtbarkeit von „illegalen" Arbeitskämpfen. Denn neben deren illegalisierten oder halblegalem Charakter, der es aus Sicht der Beteiligten sinnvoll macht, nicht alles daran öffentlich zu machen („Die ersten „Streikforscher" waren Polizeibeamte." Seite 243), machten Streikende über lange Perioden hinweg die Erfahrung, dass mit „diskreten" Streiks bessere Ergebnisse erzielt werden konnten. Dass die

Organisationsstruktur von wilden Streiks meist nicht sichtbar ist und es aufgrund drohender Repression zur „Verwischung der Spuren und Hereinnahme des Einzelnen in die Verantwortung des Kollektivs“ (Seite 244) kommt, heißt im Übrigen nicht unbedingt, dass informelle Organisierung durch die Abwesenheit von Hierarchien gekennzeichnet sein muss.

Auch einen anderen weit verbreiteten Mythos entzaubert Birke: Wilde Streiks finden nicht in einer abgeschlossenen Sphäre jenseits der „offiziellen“ Arbeitsbeziehungen statt. „Wenn auch lange Zeit sehr vermittelt, standen die wilden Streiks immer in einem Verhältnis zur Gewerkschafts- und Tarifpolitik.“ (Seite 340) So begannen z. B. die wilden Streiks in der westdeutschen Stahlindustrie im Sommer 1969 die Tarifpolitik der Gewerkschaften nicht mehr nur zu *ergänzen*, sondern zu *ersetzen*. Die Gewerkschaften beobachteten illegalisierte Arbeitskämpfe sehr genau und antworteten darauf mit einer differenzierten Politik der Aus- und Einschließung.

In der öffentlichen Wahrnehmung war 1968 in den besprochenen Ländern anders als in Frankreich eine rein studentische Angelegenheit. Dies führt Birke unter anderem darauf zurück, dass die großen Streikwellen in diesen Ländern erst Ende 1969 einsetzten und „... gleichzeitig die Krise der APO und der Zerfall des SDS Suchbewegungen aus(lösten), die die Ereignisse von 1968 als etwas wirklich Neues begreifen wollten (...) Die jungen eben erst politisierten Aktiven beider Länder „entdeckten“ die wilden Streiks im Laufe des Jahres 1969 wie einen neuen Kontinent. Deshalb konnte die Illusion entstehen, dass dieser nicht existiert habe, bevor man ihn in Augenschein genommen hatte.“ (Seite 215)

Die im letzten Quartal des Jahres 1969 in beiden untersuchten Ländern einsetzenden Streikwellen, in denen massenhaft Beschäftigte die Arbeit niederlegten, OHNE vorher ihre Gewerkschaft zu fragen, seien jedoch weder eine Nachahmung der StudentInnenbewegung noch das plötzliche Erwachen einer schlafenden Riesin gewesen, sondern hatten eine lange eigene, „diskrete“ Vorgeschichte, in der der Einfluss der neuen Jugendbewegungen relativ gering war.

Diese Kontinuitäten werden in der Studie im Detail untersucht, wobei Birke die Suche nach den Wurzeln der Revolte ausdrücklich nicht als im Gegensatz zur Betonung des historischen Bruchs von 1968 stehend verstanden wissen will. Birke geht mit Akribie den vereinzelten Spuren von gelungener Zusammenarbeit von StudentInnen und Streikenden nach, kommt allerdings zu dem Ergebnis, dass sich neue soziale Bewegungen und Arbeitskämpfe hauptsächlich indirekt beeinflussten, z. B. in der Wahl neuer Aktionsformen wie Besetzungen und anderer direkter Aktionen. In der Regel fielen Arbeitskämpfe und Jugendproteste zeitlich, inhaltlich und räumlich auseinander.

Wilde Streiks seien ein Indikator dafür, dass die fordistischen Arbeitsverhältnisse auch in den goldenen Zeiten der 1960er Jahre umkämpft und veränderbar waren. „Noch zwischen 1953 und 1956 hatten die Arbeitsniederlegungen, die offiziell nicht von den Gewerkschaften unterstützt wurden, insgesamt nur einen Anteil von 5,5 Prozent erreicht, bis 1964 war er bereits auf 70,3 Prozent gestiegen. Nach 1969 war der größte Teil der Arbeitskämpfe „wild“, im Organisationsbereich der IG Metall lag der Anteil sogar weit über 90 Prozent.“ (Seite 219)

Die Tatsache, dass insbesondere die wilden Streiks von 1955 bis 1967 in der Forschung bis heute so gut wie keine Rolle spielen, schreibt Birke wesentlich dem Umstand zu, dass auch im so genannten Postfordismus die Modelle und Begriffe der fordistischen Periode hegemonial geblieben sind, was sich in der Wahrnehmung jener Zeit in Nordeuropa als stabil, sozialpartnerschaftlich, widerspruchsfrei und befriedet äußert. Zu dieser Wahrnehmung trug auch die Linke bei, die die Abnahme der zentralisierten Massenstreiks ab 1950 – im Verhältnis zur unmittelbaren Nachkriegszeit – als Schwäche und Passivität interpretierte. Wilde Streiks mit dezentriertem Charakter passten nicht zur Vorstellung der notwendigen „Einheit“ der ArbeiterInnenklasse. Gerade der dezentrierte Charakter der „antisystemischen“ Bewegungen der „langen 1960er Jahre“ aber, deren Bestandteil die wilden Streiks sind, bildet für Birke die Vorgeschichte für die Explosionen und massiven gesellschaftlichen Veränderungen, die 1968 sichtbar wurden.

Und so hält er eine Einsicht in die inneren Antagonismen und die Neuzusammensetzung der Lohnarbeit für notwendig, die aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im umfassenden Sinn resultieren, also nicht nur Ausdruck der Verhältnisse innerhalb der Fabrik sind, und hält der vorherrschenden statischen Vorstellung des Begriffes „Arbeitskämpfe“ die sich historisch wandelnde Form – die Neuzusammensetzung der Streiks – entgegen.

Es geht dem Autor darum aufzuzeigen, wie sich das Gesicht der wilden Streiks verändert hat: „Vom Arbeiterkampf im Bergbau der 1950er Jahre bis zu den Arbeitskämpfen im öffentlichen Dienst in der ersten Hälfte der 1970er Jahre sind nicht viele Jahre vergangen. Aber es ist in der Tat ein weiter Weg, auf dem sich die geschlechtsspezifische, ethnische, be-

rufliche und generationelle Zusammensetzung der Beteiligten völlig veränderte.“ (Seite 17) Folgerichtig geraten ihm dabei auch immer wieder – von der alten Arbeiterbewegung als randständig wahrgenommene – von MigrantInnen und Frauen geprägte Streiks ausführlich in den Blick, aber auch rassistische und sexistische Spaltungsmechanismen.

Von Beverly J. Silver übernimmt Birke den Begriff der Diffusion[3], um zu erklären, wie sich kleine isolierte wilde Streiks ohne direkte Verbindungen in Massenbewegungen verwandeln können, wobei Diffusion nicht einfach Übernahme von Forderungen und Aktionsformen bedeutet, sondern Interpretation und Weiterentwicklung, im Zuge derer es nicht zuletzt zu Transformationen der Machtverhältnisse innerhalb der ArbeiterInnenklasse selbst kommt. Als Beispiel hierfür wird die transnationale Verbreitung von egalitären Festgeldforderungen statt Prozentforderungen in der Streikwelle von 1969/70 genannt. Forderungen nach gleichen Lohnerhöhungen für alle, die ein charakteristisches Moment der wilden Streiks der 1960er Jahre waren, stellten nicht nur den segmentierten Arbeitsmarkt – und damit in weiterer Folge die Hierarchie zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit – in Frage, sondern standen auch im direkten Gegensatz zur traditionellen Gewerkschaftspolitik.

Der von Arbeiterinnen und migrantischen ArbeiterInnen getragene Kampf für bessere Bezahlung der als „weiblich“ und „ungelernt“ geltenden Arbeit – wie z. B. für die Abschaffung der so genannten Leichtlohngruppen – veränderte die Arbeitskämpfe in Form und Inhalt. Birke sieht die Bedeutung der späteren, sehr stark migrantisch geprägten Streikwelle von 1973 nicht darin, dass die von den Gewerkschaften mit getragene Trennung zwischen Frauen und Männern, Gelernten und Ungelernten, „GastarbeiterInnen“ und deutschen Kernbelegschaften in ihr *aufgehoben* worden wäre, denn davon könne angesichts der massiven und rassistisch formulierten Ablehnung des migrantischen Gesichts der Streiks in der westdeutschen zeitgenössischen Öffentlichkeit nicht die Rede sein. Ihre Bedeutung läge vielmehr darin, „dass sie die Arbeitsmarkthierarchie mit einer ganz anderen Vehemenz *artikulierten*.“ (Seite 339) In Dänemark wiederum existierte bis 1969 eine durch Staatsbürgerschaft definierte Ausgrenzung so gut wie nicht, da die Binnenwanderung bis in die 1960er Jahre hinein einen stetigen Nachschub an industrieller Arbeitskraft sicherte und es daher wenig „GastarbeiterInnen“ gab.

Die in engem Zusammenhang miteinander stehenden Fragen nach der fehlenden Wahrnehmung der Transnationalität der Kämpfe durch die lokalen AkteurInnen selbst und nach den Gründen für das nur sehr bruchstückhafte Vorhandensein einer Streik-Erzählung über die Zeit von 1950 bis 1973 durchziehen das gesamte Buch.

Die kollektive Erinnerung an die Streikgeschichte ist heute im Allgemeinen selbst in Betrieben, in denen es im untersuchten Zeitraum zu massiven Arbeitskämpfen kam, eher löchrig. Für die meisten in der Studie geschilderten Geschichten gilt, dass noch niemand den Versuch unternommen hat, die Streikgeschichte der betroffenen Betriebe zu rekonstruieren. Birke führt die Unsichtbarmachung von Arbeitskonflikten jenseits der offiziellen Tarifpolitik auf den Kalten Krieg zurück, aber auch auf die für die Beschäftigten günstige Arbeitsmarktsituation. Öffentlich propagierte Arbeitskämpfe führten eher zu Niederlagen, während Streiks, über die nicht viel gesprochen wurde, leichter gewonnen werden konnten. Auf dieser Grundlage entwickelten sich die Auseinandersetzungen in den Betrieben zur „zweiten Lohnrunde“ jenseits der offiziellen Tarifpolitik.

Lokale Streiks waren in erster Linie indirekt und negativ miteinander vermittelt. Selbst die im Nachhinein erkennbare transnationale Streikwelle von 1969 wurde von den Beteiligten kaum als solche wahrgenommen, bemerkenswerterweise bezogen sich die Arbeitskämpfe sehr wenig aufeinander. Streikende Belegschaften hatten in der Regel keine internationalen Verbindungen, selbst wenn es sich bei den bestreikten Betrieben um multinationale Konzerne handelte. Dort wo sich dennoch eine Einsicht in den transnationalen Charakter der Kämpfe herstellte, waren zwei Faktoren ausschlaggebend: einerseits die Interaktion von transnationalen sozialen Bewegungen und lokalen Arbeiterbewegungen, anderer-



seits die Entwicklung von egalitären Positionen innerhalb der Arbeitskämpfe selbst, die sich gegen die Standortlogik richteten.

Birke interpretiert dieses Auseinanderfallen von (zeitgenössischer) Innensicht und (rückblickender) Außensicht als Spiegelung und Reproduktion der abgegrenzten Räume, in denen sich die Kämpfe um Lohnarbeit bewegten (in der Fabrik, auf dem Arbeitsmarkt). Der Beitrag der Kämpfe zur Sprengung dieser Räume wird erst in ihrer analytischen Aufarbeitung transparent. „Die entscheidenden Elemente, die eine Diffusion der Fabrikkämpfe erst ermöglichten, entstanden in den 1960er Jahren nicht innerhalb der Anstalten, sondern als Ausdruck einer Spannung, die durch den Widerspruch zwischen der „privaten" Existenz des Lohnarbeiters und deren Ausblenden im „Inneren des Kapitals" aufkam. (...) Das Auseinanderfallen von betrieblicher Organisierung und institutioneller Repräsentanz war untrennbar mit der Existenz der Fabrik als geschlossenem Raum verbunden. Die Arbeitskämpfe der frühen 1970er Jahre trugen dazu bei, Löcher in diese Mauern zu sprengen." (Seite 350/51)

Billig ist das Buch mit Euro 39,90 nicht und es ist ihm auch anzumerken, dass es ursprünglich als Dissertation verfasst wurde – in erster Linie an der penibel gelisteten Fülle von empirischen Belegen. Das macht das Buch zwar zu einem hervorragenden Nachschlagewerk, beeinträchtigt jedoch die Lesbarkeit etwas. Ferner führt die an sich wünschenswerte dichte Auflistung (auch kleinerer) wilder Streiks – trotz gegenteiliger zusammenfassender Analysen des Autors für bestimmte Perioden – im Laufe der Lektüre zu dem Eindruck, dass Dänemark und die Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1973 permanent massenhaft bestreikt wurden.

Höchst interessant hingegen – und für die Rezensentin einigermaßen exotisch – der ausführliche Einblick in die Geschichte der Arbeitskämpfe in Dänemark, die hierzulande wohl allgemein einen blinden Fleck darstellen dürfte. Umso mehr als Skandinavien lange Zeit als befriedete Musterregion der Sozialpartnerschaft galt. Spätestens im Jahr 1969 wird jedoch die These vom „sozialfriedlichen" Modell insbesondere für das dänische Beispiel immer fragwürdiger. Auch hier waren die „wilden Streiks Ende der 1960er Jahre (...) ein wirklicher Bruch in der Arbeitskampfgeschichte, sie standen am Ende der kurzen Geschichte des Fordismus als kohärentes, zusammenhängendes und hegemoniefähiges Gesellschaftsmodell." (Seite 273) Zwischen 1990 und 2003 lag Dänemark in Bezug auf das relative Streikvolumen hinter Spanien und Kanada – noch vor Italien, Frankreich und den USA – mit 174 Tagen an dritter Stelle.

Was Deutschland betrifft, das in dieser Rangliste einen der letzten Plätze einnimmt, könnte sich die Situation 2007 geändert haben. Angesichts von rund 580.000 ausgefallenen Arbeitstagen spricht Hagen Lesch vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln von 2007 als dem Jahr mit den meisten Arbeitsausfällen durch Streiks seit 14 Jahren[4]. Dies entspricht dem subjektiven Eindruck der Rezensentin einer zunehmenden Verdichtung von Streiks in Deutschland in den letzten Jahren. Offensichtlich ist allerdings auch, dass sich die Arbeits- und damit auch die Arbeitsverweigerungsbedingungen im Postfordismus grundlegend gewandelt haben. Leiharbeit, freie DienstnehmerInnen, Werkverträge, Subunternehmen, Teilzeitarbeit, Ich-AGs, Hartz IV bzw. jüngste ALVG-Novelle in Österreich, Veränderung des Migrationsregimes, aber auch der Autonomie der Migration – um nur einige Stichworte zu nennen. Im Zeitalter der Differenz besteht die Hauptschwierigkeit für viele darin, überhaupt etwas Gemeinsames zu finden – gemeinsame Interessen, gemeinsame Forderungen, gemeinsame Orte, gemeinsame Gegner.

minimol

Anmerkungen:

1 So von der Rezensentin z. B. wahrgenommen in einem Interview mit Rainer Langhans, das im Jänner 2008 von einem deutschen Fernsehsender ausgestrahlt wurde.

2 Der ursprünglich 1988 (in Teilen schon 1985) erschienene, innerhalb der postkolonialen Theorie breit rezipierte und kontrovers diskutierte Text von Gayatri Chakrovorty Spivak ist unter dem Titel „Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation" 2008 im Verlag Turia + Kant erstmals auf Deutsch erschienen (siehe auch den Artikel in dieser Ausgabe der Grundrisse von Tom Waibel).

3 Beverly J. Silver, Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Berlin 2005, siehe auch Rezension von Francois Naetar in grundrisse Nr. 9/2003

4 zitiert am 30.1.2008 in ProFirma – Das Magazin für den innovativen Mittelstand http://www.profirma.de/newsDetails?newsID=1201181384.36&d_start:int=0